

Jörg Deml, Olaf Struck
Atypische Beschäftigung

Barbara König
Die gemeinsamen
Erfahrungen der
ungleichen Schwestern

Uwe Kremer
Geschichten aus dem
Hannoveraner Kreis

Frank Unger
Bill Clinton: Karriere
eines „Achtundsechzigers“

Ausgabe 6 | 97
Heft 98
9,50 DM
November |
Dezember 1997

LINKE GESCHICHTEN



In den Beratungen erfolgreich

SPD-Linke setzt Änderungen am Innovationsantrag durch

von Carsten Sieling*

Die erste Sitzung der Antragskommission zum Bundesparteitag kann die im Frankfurter Kreis organisierte Parteilinke durchaus als Erfolg verbuchen. Zahlreiche Punkte konnten verändert werden, so wie auf dem Herbsttreffen im September in Kassel verabredet. Verbesserte Ausgangsbedingungen für Hannover sind also geschaffen. Gleichwohl bleibt noch einiges zu tun, denn noch immer mangelt es in vielen Anträgen an klaren Aussagen, wichtigen sozialdemokratischen Zukunftsperspektiven und durchschlagenden Projekten, um dem überfälligen Regierungswechsel am 27. September 1998 auch den notwendigen Politikwechsel folgen zu lassen.

Zentral werden auf dem Parteitag im Dezember die Entscheidungen über den wirtschaftspolitischen Leitartikel „Innovationen für Deutschland“ mit der unauffälligen Antragsnummer 143 sein. Scheinbar mediengerecht ist die Beratung dieses Antrags für den letzten Tag des Parteitages vorgesehen. Nicht gerade ein Zeitpunkt, an dem die Kraft und Bereitschaft zu inhaltlichen Interventionen bei den Delegierten besonders ausgeprägt sein wird. Vielleicht ist dies durchaus gewollt. Sachgerecht ist es jedenfalls nicht, weshalb eine Umstellung der Tagesordnung hier die erste Aufgabe des Parteitages sein sollte - wenn nicht der Parteivorstand bis dahin zu Einsichten gekommen ist.

Für ein ganzheitliches Innovationskonzept

„Innovationen für Deutschland“ kann sich Kanzler-Kandidaten-Aspirant Gerhard Schröder als verantwortlicher Autor des Antrags offensichtlich vorstellen, ohne deutliche Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung, zur Umsetzung des Gesetzesentwurfs der Bundestagsfraktion zur Ausbildungsplatzumlage, zur Ablehnung der Atomenergie und zu einem Zukunftsinvestitionsprogramm zu treffen. Dafür aber mit Kombi-Lohn, Niedriglohnsektor und einer Menge an unverbindlichen Absichtserklärungen. Somit hatte die An-

tragskommission verständlicherweise Änderungsbegehren aus einer Vielzahl von Bezirken, gespeist durch Formulierungen aus verschiedenen Anträgen, vorliegen.

Ich will an dieser Stelle ohne Zweifel lassen, daß ich den Ansatz des Antrags, die zentralen Innovationsfelder beschreiben zu wollen und darum ein konkretes sozialdemokratisches Programm für die Wahlauseinandersetzung zu gruppieren, für richtig halte. Auch sind viele Einzelaspekte mit der richtigen Stoßrichtung versehen. Dennoch verbleibt der hier gewählte Innovationskurs stecken in einer Orientierung auf Wirtschaftswachstum, das man darüber hinaus auch noch rein angebotsseitig zu erreichen glaubt. Es fehlt eine ganzheitliche Innovationsvorstellung: Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Nur wenn es dem Parteitag gelingt, in dem vorliegenden Antrag die entsprechenden Änderungen durchzusetzen, kann hieraus der erforderliche neue sozialdemokratische Wurf für die Zukunft entstehen.

Breschen der Antragskommission ...

Die Antragskommission hat schon erste Breschen für einen solchen Weg geschlagen. Während im Entwurf allgemein von einer „Regelung zur Sicherung und Finanzierung der Berufsausbildung“ die Rede war, die notwendig werden könne, wird die Neufassung deutlicher. Wenn die Wirtschaft ihre Ausbildungsverpflichtung nicht erfüllt, heißt es jetzt, „wird eine faire Lastenteilung zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Betrieben auf der Grundlage des Gesetzesentwurfs der SPD-Bundestagsfraktion notwendig.“ Die Richtung ist klar, die Formulierung bleibt zurückhaltend. Wie ich höre, gibt es in verschiedenen Bezirken und Untergliederungen Überlegungen, hierzu eine weitergehende Änderungen zu formulieren. Ein durchaus unterstützenswertes Anliegen.

Aufwertung hat das streckenweise völlig neu formulierte und nach vorne gerückte Kapitel „Arbeitsorganisation und Arbeitsmarkt weiterentwickeln“ durch Passagen zur Mitbestimmung und Frauenerwerbstätigkeit sowie zum Flächentarifvertrag erfahren. Präzisiert wurden die Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung. Ausdrücklich wird herausgestellt, daß Wachstum allein nicht ausreicht, „um die Arbeitslosigkeit entscheidend zu verringern“. Neu aufgenommen wurde eine ausdrückliche Absage an Arbeitszeitverlängerungen als „der falsche Weg zur Sicherung vorhandener und zum Aufbau zukunftsfähiger Arbeitsplätze.“ Nach wie vor aber wird Arbeitszeitflexibilisierung im Übermaß zum

Allheilmittel stilisiert. Auch dies ist ein Feld für notwendige Klarstellungen im Sinne des von Frank Wilhelmy in spw 96 dargestellten strategischen Ansatzes, der in Anträge der Jusos eingeflossen ist.

Zu einem Teilerfolg ist es in der schwierigen Debatte um den Kombi-Lohn und Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger gekommen. So wurde der Abschnitt „Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen für gering entlohnte Arbeitsplätze“ ersetzt worden durch den Ansatz, die passive Finanzierung der Arbeitslosigkeit in aktive Förderung neuer Arbeit umzuwandeln, und die Unterstützung des Konzepts der 'negativen Einkommenssteuer' wurde ersatzlos gestrichen. Zur Veränderung der Anrechnungsgrenze von Lohneinkommen auf die Sozialhilfe aber sind keine substanziellen Änderungen, sondern nur neue Grenzwerte beschlossen worden. Die jüngst veröffentlichten Berechnungen von Gerhard Bäcker in den WSI-Mitteilungen und von Johannes Steffen in 'Sozialismus' sowie im Handelsblatt¹ verdeutlichen in aller Klarheit, welche desaströsen Auswirkungen ein solches Modell sozialpolitisch und für die Kommunalfinanzen hätte. Diese Debatte sollte von daher auf dem Parteitag - begleitet durch fachkundig vorbereitete Änderungsanträge - offensiv geführt werden.

... auf dem Parteitag erweitern!

Ähnlich verhält es sich mit der berechtigten und wirtschaftspolitisch gut begründeten Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP). Eine entsprechende Passage wurde in der Antragskommission mit 10 zu 13 Stimmen knapp abgelehnt. Auch hierzu muß auf dem Parteitag etwas passieren. Hierfür liegt beispielsweise aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt ein neuer Änderungsvorschlag vor, im dem vorgeschlagen wird, ein ZIP nicht nur in Verbindung mit ökologisch ausgerichteten Infrastrukturinvestitionen, sondern auch zur Fortsetzung des Aufbaus in Ostdeutschland aufzulegen.

Nach den durch die Antragskommission eingeleiteten Änderungen besteht durchaus die Chance, aus den „Innovationen für Deutschland“ noch einen passablen Beschluß zu formen. Die Parteilinke muß sich dafür aber auf die wesentlichen Punkte konzentrieren, wenn sie politische Wirksamkeit erzielen will. Kombi-Lohn und ZIP könnten diese Themen sein.

¹ Kombilohn: Rezept für neue Jobs mit unerwünschten Nebenwirkungen, in: Handelsblatt vom 17.10.97; Johannes Steffen: Bündnis für Billiglöhne, in: Sozialismus 10-97, S. 37-40; Gerhard Bäcker: Kombi-Lohn: Kein Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit!, in: WSI-Mitteilungen 10/1997, S. 701-712

* Carsten Sieling, Mitglied des SPD-Landesvorstands Bremen

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanowinckel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrüd Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Andreas Wehr (Berlin)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Thorsten Cabalo
 Ralf Krämer
 Christoph Meyer
 Joan Mirbach
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Runker
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Freslenstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soll.de
 Internet: <http://www.koeln-online.de/spw>

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte auf Diskette mit einem
 Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:
 Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Dezember 1997

INHALT

MAGAZIN

Carsten Sieling

In den Beratungen erfolgreich
 SPD-Linke setzt Änderungen am Innovationsantrag durch 2

Ralf Krämer

Erfurt – Bochum – Bonn?
 Kongreß der „Erfurter Erklärung“ am 3./4.10.1997 4
spw-intern 5

Benno Salzig, Georg Schulze

Der Trend geht zum Systemwechsel
 Zeitgeistkonferenz Millenium Kassel 6

Antje Trosien

Das Recht der Frauen auf Erwerb 7

Mark Vasic

„Ajmo, Ajde svi u Bojkot“
 Zur Lage einer demokratischen Option in Serbien 8

Jürgen Jentsch

Innere Sicherheit in den USA 12

BONN APART

Burkhard Winsemann

Herbsttheater der Koalition? 13

ARBEIT – ZEIT UND GELD

Jörg Deml, Olaf Struck

Atypische Beschäftigung
 Beschäftigungswirkung und Regulierungserfordernisse 14

LINKE GESCHICHTEN

Christoph Meyer

Linke Geschichten
 Einleitung zum Heftschwerpunkt 20

Mechtild Jansen

Zwischen Aktionseinheit und Antikommunismus 21

Uwe Kremer

Geschichten aus dem Hannoveraner Kreis 25

Christoph Meyer

Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus 31

Barbara König

Die gemeinsamen Erfahrungen der ungleichen Schwestern 36

Frank Wilhelmy

„Moderner Sozialismus in der DDR“ – Reformansätze in der SED 1989 39

Peer Pasternack

IMs – eine Fehlerdiskussion 43

INTERNATIONALES

Frank Unger

Bill Clinton: Karriere eines „Achtundsechzigers“ 47

Hans Günter Bell

Kuba: „mit dem Kapitalismus den Sozialismus zu retten“ 51

THEORETIKER/INNEN

Michael Krätke

Otto Bauer (1881-1938) – Die Mühen des Dritten Wegs (Teil 2) 54

Erfurt – Bochum – Bonn?

Kongreß der „Erfurter Erklärung“ am 3./4.10.1997

von Ralf Krämer*

„Am 9. Januar 1997 haben sich von Erfurt aus GewerkschafterInnen, Intellektuelle, Theologinnen und Theologen und PolitikerInnen an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gewandt. Aus Verantwortung für die soziale Demokratie kritisierten sie die regierende Politik in unserem formal vereinigten Land, forderten eine gerechte Verteilung der Einkommen und Güter, eine andere Politik, eine andere Regierung und eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will.“

Zehntausende haben sich seither mit ihrer Unterschrift zum Anliegen der Erfurter Erklärung bekannt. Hunderte von Basisinitiativen vertreten die erhobenen Forderungen in Regionen, Kommunen und Städten. Täglich melden sich Menschen, die aus der Zuschauerdemokratie heraustreten wollen. Dies bestärkt uns in unserer Haltung, noch lauter als bisher zu sagen: Wir brauchen und wir wollen eine andere Politik! Deshalb wollen wir eine andere Regierung! (...)

Für 1998 rufen wir zu vielen bundesweiten Aktionen auf und schlagen im Juni eine zentrale Demonstration in Bonn vor: ‚Bis hierher und nicht weiter! Mut für eine neue Politik.‘ Um allen, die sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich in die Vorbereitung dieser Aktionen einzubringen, laden wir im Februar 1998 zu einem bundesweiten ‚Ratschlag‘ nach Bochum ein.“

So beginnt und endet der „Erfurter Appell“, der zum Abschluß des Kongresses beschlossen wurde, zu dem die InitiatorInnen der Erfurter Erklärung für den 3. und 4. Oktober in die Hauptstadt Thüringens eingeladen hatten. Gemeinsam mit Aktiven aus der ganzen Bundesrepublik sollten Er-

fahrungen ausgetauscht, inhaltliche Schwerpunkte einer anderen Politik diskutiert und Perspektiven für weitere Aktivitäten entwickelt werden.

Zwischenbilanz der Erfurter Erklärung

Die Eröffnungsveranstaltung fand am Freitagabend an symbolträchtigem Ort in der mit etwa 1000 Menschen überfüllten Augustinerkirche in Erfurt statt – von hier war 1989 die Demokratiebewegung in Thüringen ausgegangen. Nach Redebeiträgen von Probst a.D. Heino Falcke, dem Hallenser Sozialpsychologen Hans-Joachim Maaz, Friedrich Schorlemmer und Rudolf Hickel über Probleme und Anforderungen zur zukünftigen Gestaltung der deutschen Einheit diskutierten auf dem Podium Wolfgang Gehrke von der PDS, Jürgen Trittin von den Grünen, Wolfgang Thierse für die SPD und Andrea Nahles für die Jusos über die Positionen und Perspektiven der Opposition in Deutschland. Am Samstag gab es im Haus der Gewerkschaften mit insgesamt etwa 500 TeilnehmerInnen zunächst Foren zu verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten: Arbeiten und Leben, Armut und Reichtum, Demokratie – Partizipation, und Deutschland in der Welt. Zum Abschluß wurden im Plenum Beiträge und Vorschläge aus verschiedenen Initiativgruppen diskutiert und der genannte „Erfurter Appell“ verabschiedet.

43.000 Menschen hatten bis zu dem Zeitpunkt die Erfurter Erklärung durch ihre Unterschrift unterstützt. In Anbetracht der Tatsache, daß die Erfurter Erklärung schon wegen ihrer Länge für massenhaftes Unterschriftensammeln schlecht geeignet ist und auch nie geplant war, hier gewaltige Zahlen zu erreichen, ist das eine ganze Menge. Aber: Wenn gleich immer wieder – zutreffenderweise – betont wurde, daß die Erfurter Erklärung eine gesamtdeutsche Initiative ist und daß in allen Teilen der Republik Menschen auf dieser Basis Aktionen und Veranstaltungen durchführen, ist doch unübersehbar, daß die politische Bedeutung in Ostdeutschland bei weitem höher ist als im Westen. Im Osten artikuliert die Erfurter Erklärung verbreitete Erfahrungen, Enttäuschungen und Schlußfolgerungen aus sieben Jahren deutscher Einheit und ist ein Thema, das auch in den Medien breit wahrgenommen und diskutiert wird, zu dem sich Intellektuelle und

PolitikerInnen so oder so verhalten. Im Westen besteht ihre Bedeutung bisher vor allem darin, in einzelnen Orten und Regionen den Anstoß für Kontakte und gemeinsame örtliche Diskussionen und Aktionen zwischen Linken aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und anderen Zusammenhängen gegeben zu haben.

Das politische Klima in Ostdeutschland

Der Kongreß in Erfurt war natürlich von der ostdeutschen Situation und Debatte geprägt. Die TeilnehmerInnen kamen ganz überwiegend aus Ostdeutschland, ein erheblicher Teil aus Erfurt und der näheren Umgebung. Im Vergleich zu Westdeutschland waren – in meiner Wessi-Wahrnehmung – die Diskussionen weniger an konkreten politisch durchzusetzenden Reformforderungen orientiert. Vielmehr bestimmte grundsätzliche Kritik an der zunehmenden sozialen Kälte, der Auseinanderentwicklung von oben und unten, dem Verlust an Gemeinschaft und der Dominanz des Geldes, die mit dem Kapitalismus Einzug gehalten haben, und das diffuse Bedürfnis nach einer Alternative – sowohl dazu als auch zum autoritären Staatssozialismus der Vergangenheit – die Diskussion.

Dieses Klima bietet offenbar guten Nährboden für mehr oder weniger dubiose Gruppierungen, die einen „Dritten Weg“ einer Wirtschaftsordnung propagieren, die den „Zinswucher“ und das private Grundeigentum abschaffen soll, aber die kapitalistische Produktion und den freien Markt ansonsten unangetastet läßt. Anknüpfend an „freiwirtschaftlichen“, christlichen und anthroposophischen Lehren werden hier scheinbar einfache Patentlösungen für die soziale und ökologische Krise angeboten, die mit zum Teil extrem konservativen bzw. reaktionären Gesellschaftsvorstellungen verbunden sind, in der z.B. Frauen ganz klar die Rolle als Erziehende zugewiesen wird, und die den komplexen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen in keiner Weise gerecht werden. Die Linke wird sich damit stärker auseinandersetzen und klar machen müssen, daß die Frage, um die es tatsächlich geht und die wieder ernsthaft diskutiert – und popularisiert – werden muß, die der möglichen Gestaltung und Durchsetzung

Wenngleich die Erfurter Erklärung eine gesamtdeutsche Initiative ist und in allen Teilen der Republik Menschen auf dieser Basis Aktionen und Veranstaltungen durchführen, ist doch unübersehbar, daß die politische Bedeutung in Ostdeutschland bei weitem höher ist als im Westen.

* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion

eines zugleich ökonomisch effizienten, ökologisch verantwortlichen und demokratischen Sozialismus ist.

In der Rolle der PDS liegt ein zentraler Unterschied in der politischen Kultur Ost- und Westdeutschlands. Die Forderung der Erfurter Erklärung an alle Oppositionsparteien, sich ohne Berührungsverbote für das gemeinsame Ziel der Ablösung der Kohl-Regierung einzusetzen, findet im Osten eine breite Basis. Trittin, der sich in der Eröffnungsveranstaltung am entschiedensten gegen Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit der PDS ausgesprochen hatte, erntete heftigen Widerspruch gerade auch von anwesenden Bündnis 90/Grüne-Mitgliedern. Andrea Nahles traf oft noch am besten den Ton, den die ZuhörerInnen erwarteten, wenn sie die Notwendigkeit gesellschaftlicher Bewegung und nicht nur von Parteienkoalitionen für einen Politikwechsel betonte. Allerdings offenbarte die Vielzahl von Äußerungen gegen das „Parteiengenzänk“ m.E. auch ein ver-

breitetes Unverständnis für die Rolle und Bedeutung der politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie und für die Bedeutung sozialer Interessengegensätze und die Grenzen ostdeutsch-zivilgesellschaftlicher Konsense.

Die Mühen der Zuspitzung

Der Vorstoß für den „Erfurter Appell“ kam aus NRW, also dem Westen, und entsprang dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen aktionsorientierten Zuspitzung. Der Text sollte – so ursprünglich die Diskussion in NRW – geeignet für massenweise Unterschriftensammlung auf Straßen, in Betrieben, Universitäten usw. sein – Erinnerungen an den „Krefelder Appell“, unter den die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre Millionen Unterschriften gesammelt hatte, wurden aufgerufen. Diese Intention konnte aber mit dem in Erfurt verabschiedeten Appell nicht umgesetzt werden. Und es sollte mit dem Vorschlag einer bun-

desweiten Demonstration ein Ziel- und Höhepunkt der Mobilisierung aufgezeigt werden, mit dem größerer politischer Druck für einen Politikwechsel erzeugt werden kann. Dabei ist klar, daß die Kräfte der „Erfurter Erklärung“ weder politisch noch organisatorisch ausreichen, eine solche Demonstration durchzuführen, sondern daß dazu ein breites Bündnis politischer und sozialer Gruppen und Organisationen nötig wäre und Gewerkschaften dabei eine Hauptrolle spielen müßten.

Der „Erfurter Appell“ und die darin vorgeschlagene Demonstration im Juni 98 in Bonn ist also zunächst ein Signal, ein Vorschlag, der in Gesprächen mit potenziellen TrägerInnen einer solchen Demonstration geprüft werden soll. Der Ratschlag am letzten Februarwochenende 1998 in Bochum soll dann die Ergebnisse bewerten und endgültige Aktionsorientierungen für das Wahljahr 1998 festlegen. **spw**

¹ Vgl. die Dokumentation in spw 93, 1/97, S. 4f.

Der „Erfurter Appell“ und die darin vorgeschlagene Demonstration im Juni 98 in Bonn ist zunächst ein Signal, ein Vorschlag, der in Gesprächen mit potenziellen TrägerInnen einer solchen Demonstration geprüft werden soll.

Liebe Leserinnen und Leser,

Die *spw*-Jahrestagung am 24.-26.10.97 hat einen neuen *Arbeitsausschuß* bestimmt. Er setzt sich zusammen aus Thorben Albrecht, Uta Biermann, Ulf-Birger Franz, Ralf Krämer, Uwe Kremer, Susi Möbbeck, Peter von Oertzen, Horst Peter, Joachim Schuster, Stefan Schostok, Claudia Walther, Thomas Westphal, Frank Wilhelmy. In einem der nächsten *spw*-intern werden wir den Arbeitsausschuß und seine Aufgaben genauer vorstellen.

Vorher hatten die mehr als 60 teilnehmenden GenossInnen mit den ReferentInnen Andrea Nahles, Hermann Scheer und Thorben Albrecht

eine intensive Debatte über die politische Situation im allgemeinen und die der Sozialdemokratie in Deutschland und in Europa im besonderen sowie über die *Perspektiven der spw* vor diesem Hintergrund geführt. Einerseits soll die Interventionsfähigkeit von *spw* in der SPD gestärkt werden, andererseits die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften im Rahmen von Crossover und darüber hinaus weiterentwickelt und ausgebaut werden, um zu einer Revitalisierung der intellektuellen und politischen Ausstrahlungsfähigkeit der sozialistischen und radikalreformerischen Linken in Deutschland zu kommen. U.a. ist eine gemeinsame Tagung mit der Zeitschrift *Sozialismus* anlässlich des

spw intern

150. Jahrestags der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes im nächsten Frühjahr ins Auge gefaßt. Über weitere konkrete Projekte wird der Arbeitsausschuß noch beraten.

Die spw-Redaktion

Regionaltreffen der Parteilinken in den ostdeutschen SPD-Landesverbänden

Samstag, 10. Januar 1997, 11 – 17 Uhr in Berlin, Rosenthalerstr. 13

Machtwechsel = Politikwechsel?

Die ostdeutsche SPD vor den Wahlen 1998/99

Für den Abend ist ein gemeinsamer Kabarettbesuch geplant und für Sonntag, 11.01.97, die Teilnahme an der Karl und Rosa-Manifestation in Friedrichsfelde.

Kontakte, Informationen, Anmeldungen bei:

Burkhard Zimmermann, Hubertusallee 48, 14193 Berlin,

Der Trend geht zum Systemwechsel

Zeitgeistkonferenz Millenium Kassel

von Benno Salzig und Georg Schulze*

Am 18. und 19. September '97 fand nun schon zum dritten mal in Kassel eine „future conference“ statt, die sich in diesem Jahr mit dem Thema „New Work. Zukunft der Arbeit“ beschäftigte. Legt es schon der bevorstehende Beginn eines neuen Jahrtausends nahe, den mutigen Blick in die Zukunft zu werfen, so besteht in dieser Gesellschaft derzeit ein solch hoher Problemdruck, daß die Frage nach der zukünftigen Entwicklung für viele Menschen im Raum steht. Einzelne dieser gesellschaftlichen Probleme zum Thema der Konferenz zu machen, sie zu analysieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, war denn auch das Ziel dieser Veranstaltung. Eine interdisziplinär und kontrovers angelegte Auswahl der ReferentInnen sorgte für Diskussionsstoff, die Organisation durch Mathias Horx' Trendbüro bürgte für den notwendigen

Touch „of tomorrow“.

Das zahlende Publikum, vorwiegend geschäftsführend, besitzend oder beratend mit deutschem Kapital in Verbindung stehend, durfte sich also im Lichte des Nonkonformismus und der Zukunftsfähigkeit zeigen. Zumindest an diesen beiden Tagen.

Nach den Grußworten des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel („Das Wachstum koppelt sich vom Arbeitsmarkt ab“) und des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel, Georg Lewandowski („Kassel ist stolz...“), folgten die ca. 200 TeilnehmerInnen interessiert dem Einführungreferat des amerikanischen Journalisten Jeremy Rifkin mit dem Titel „Von der Krise des Arbeitsmarktes zur neuen Arbeitskultur“. Rifkin spitzte die aus seinem Bestseller „Das Ende der Arbeit und ihre Zu-

kunft“ schon bekannten Thesen noch einmal zu: Ohne umfassende Umverteilung von Arbeit und Profit, sprich ohne neuen Gesellschaftsvertrag entwickle sich die Welt auf eine Katastrophe zu. Zu groß seien die in naher Zukunft zu erwartenden Rationalisierungssprünge auch und gerade im Dienstleistungsbereich der Metropolen. Die hier entstehenden neuen Arbeitsplätze der Wissensgesellschaft seien elitärer Natur und das gerade Gegenteil von Massenarbeitsplätzen. Auch in den Ländern, deren „Stärke“ heute billige Arbeitskraft sei, wirke sich das „biotechnische Zeitalter“ in naher Zukunft verheerend aus.

Rifkin beschwor demgegenüber die Chancen der technologischen Revolution als Möglichkeit zur

Befreiung von der Arbeit.

Das Publikum staunte – und applaudierte in donnerstäglicher Sonntagslaune.

Alltagskost demgegenüber beim zweiten Star der Veranstaltung. Der ehemalige Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Herbert Giersch, sang das Hohelied des herrschenden Neokonservatismus: Deregulierung, Kapitalisierung, Kommerzialisierung immer weiterer Lebensbereiche; Deutschland und seine Bewohner müßten sich bereiten für ein globales survival of the fittest. Ansonsten vertraut der emeritierte Professor auf die Selbstheilungskräfte eines weiter zu befreienden Marktes.

Politische Gestaltung und Regulation auf der einen Seite und Ökonomisierung möglichst vieler Bereiche der Gesellschaft auf der anderen: doch die Vergabe von Etiketten wie links und rechts wird schwierig, fordert Rifkin doch etwa auch Konkurrenzprinzipien im einem notwendig zu entwickelndem dritten Sektor.

Interessant hätte die Sache aber dann durch die Kombination der Elemente werden können, die von den verschiedenen „Progressiven“ genannt wurden:

Individuelle Freiräume seien zu schaffen, forderte etwa Frithjof Bergmann, Prof. für Philosophie und Anthropologie der University of Michigan. Durch Erlösung des Menschen vom Taylorismus erst werde *Motivation und Kreativität* des Menschen geweckt. Der Wert von (auch unternehmerischer) *Selbständigkeit* für die Entwicklung des Menschen wurde ebenso betont, wie die Notwendigkeit für *Chancengleichheit*,

an den Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung teilzuhaben.

Auch Ansätze zur notwendigen Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wurden erörtert. Rifkin etwa plädierte für einen breiten *öffentlichen Beschäftigungssektor* und Stärkung der Massenkaukraft durch deutliche *Umverteilung von oben nach unten*. Der Leiter der Arbeitsgruppe „neue Wohlstandsmodelle“ beim Wuppertal Institut, Gerhard Scherhorn, ergänzte Überlegungen bezüglich ökologisch wie sozial *nachhaltiger globaler Produktion*. Dazu sei ein weithin getragener Wertewandel hinsichtlich *neuer Wohlstandsmodelle* Voraussetzung, den es zu fördern gelte.

Schließlich dürfe die *gesellschaftliche (Selbst-)Wertschätzung des Individuums* nicht mehr allein auf die Stellung im Erwerbsarbeitssystem zurückzuführen sein. Neben die klassische Erwerbsarbeit, die, wie etwa die Autoren Thomas Gesterkamp und Dieter Schack befanden, ohnehin ein durchweg männerdominiertes Terrain sei, müsse eine *in-*

Weil Verantwortung sich auszahlt

investiert ETHIK seit 1988 in eine lebenswerte Zukunft. Sie können Ihr Geld **ökologisch und sozial verträglich** anlegen.

- Ihre Vorteile:
- gute Rendite
 - hohe Sicherheit
 - erfahrenes Fondsmanagement
 - geringe Kosten
 - unabhängiger Anlageausschuß
 - Mitsprachemöglichkeit der AnlegerInnen
 - eigene Forschungsstelle



es Investment Kä

Ethik
Ethisches Investment Köln
Seyengasse 2 • 50678 Köln
Tel. 0221 / 9 31 25 20
Fax 0221 / 3 31 83 83

Der Diskurs ist durch die drückende Gesellschaftskrise des Kapitalismus und den Niedergang des Realsozialismus offenbar etwas befreit – dennoch sind die Protagonisten des „weiter so“ fest im Sattel.

* Benno Salzig, studiert Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Kassel; Georg Schulze, Diplom-Ingenieur, wohnt und arbeitet in Bochum, Mitglied der spw-Redaktion

dividuell selbstbestimmte und nicht mehr geschlechtsspezifisch gelebte *Mixtur aus verschiedenen Arbeitsformen* treten, wobei alle Arbeitsformen durch die Gesellschaft als wertvoll akzeptiert werden sollten.

Wie aus einer bestehenden Konkurrenzgesellschaft heraus ein neues *Gemeinschaftsgefühl* und *praktizierte Solidarität* entstehen soll, wurde leider ebensowenig thematisiert, wir Aspekte umfassender Demokratisierung. Hier schien man auf den guten Willen der Beteiligten zu vertrauen.

Doch all diese teilweise emphatisch vorgetragenen Ansätze blieben im Rahmen der Tagung unvermittelt nebeneinander stehen. Wo man in Summe wohl von notwendigem gesellschaftlichen Systemwechsel hätte

sprechen können, um den Herausforderungen des nächsten Jahrtausends angemessen zu begegnen, blieb diese Provokation den amerikanischen Gastrednern vorbehalten. Die einzelnen „Mosaiksteine des Fortschritts“ ergaben kein Bild. Der Knüppel der Finanzierungsfrage hatte wieder einmal Scherben fabriziert.

Die Umverteilungsfrage

verhalte in der postmodernen Architektur des Tagungsortes – wie ungehört. Oder unerhört? Dennoch erstaunlich, welche ewigen Wahrheiten der Bürgerlichen derzeit ins Wanken geraten: Prof. Giersch und seine positionelle Gefolgschaft repräsentierten sich nicht nur biografisch im deutlich pensionsfähigen Alter...

Bleibt also die Frage: War die Tagung nur ein weiterer Beweis für den Trend zur Beliebigkeit (womit dann auch Herr Horx zu Ehren käme)? Der Diskurs ist durch die drückende Gesellschaftskrise des Kapitalismus und den Niedergang des Realsozialismus offenbar etwas befreit – dennoch sind die Protagonisten des „weiter so“ fest im Sattel. Systemwechsel wird auf der Experimentalbühne geprobt, auf der politischen Bühne steht er nicht auf dem Spielplan. Die politisch und wirtschaftlich hegemonialen Kräfte können sich immer noch trotz fehlender Antworten, trotz sozialer wie ökologischer Katastrophen auf ihren Besitzständen bequem ausruhen – und zum Wochenende den Fortschritt üben. spw

Besprechung zu: Astrid Franzke, Johanna Ludwig, Gisela Notz (Hg.): Louise Otto-Peters – das Recht der Frauen auf Erwerb, 1997, 146 Seiten, zu bestellen für DM 15 bei der Luise Otto-Peters-Gesellschaft e.V., c/o J. Ludwig, Fritz-Siemon-Str. 26/011, 04347 Leipzig.

Lily von Kretschmann, später als Lily Braun neben Clara Zetkin die bekannteste sozialdemokratische Frauenpolitikerin, war noch ein Baby, da hatte Louise Otto bereits das herausragendste Werk ihres Lebens hinter sich gebracht, und ihr, Lily, Clara und anderen¹, das Thema vorgegeben: 1866 erschien in Leipzig „Das Recht der Frauen auf Erwerb“.

Im Leipziger Universitätsverlag² wurde jetzt diese Schrift von Louise Otto-Peters wieder aufgelegt; vom Titel her zeitlos, steht im Mittelpunkt der Fragestellung die auch heute noch für die Frauenemanzipation zentrale Frage. Versehen mit zeitgeschichtlicher Einordnung und den An- und Vorbemerkungen der Autorin war die Schrift in den letzten 130 Jahren nie wieder in voller Länge publiziert worden, lediglich als Auszug in einem Sammelband von Hannelore Schröder³.

Frühe Vorkämpferin für Frauenrechte

Louise Otto-Peters, geboren 1819 in Meißen, gestorben 1895 in Leipzig, war eine der ersten Vorkämpferinnen für ökonomische, bürgerliche und politische Rechte der Frauen

und gründete bereits 1865 einen Frauenbildungsverein in Leipzig, aus dem später der Allgemeine Deutsche Frauenverein hervorging. Dessen Vorsitzende war Otto dann auch dreißig Jahre lang. Stark geprägt durch die 48er Revolution, immer der Sozialdemokratie nahestehend, gründete sie 1869 den ersten Arbeiterinnen-Verein in Berlin, ohne sich später in der proletarischen Frauenbewegung zu engagieren – die allerdings in der intensivsten Schaffensphase Ottos auch noch in den Kinderschuhen steckte.

Ihre Verdienste wurden jedoch sogar von der bekanntlich sehr kritischen Clara Zetkin wahrgenommen und gelobt: „Sie war eine der ganz wenigen Frauen in Deutschland, die mit voller Überzeugung den Kampf um Gleichberechtigung ihres Geschlechts mit der revolutionären Bewegung von 1848/49 verknüpfen...“⁴

Bereits früh hatte Otto mit dem Roman „Schloß und Fabrik“ auf sich aufmerksam gemacht; 1866 begründete sie mit einem sechs Kapitel umfassenden Werk „das Recht der Frauen auf Erwerb“, indem sie zunächst die Ausgangssituation der Frauen schildert, die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Erwerbszweige für Frauen darlegt, die familiäre Rolle der Frauen ebenso beschreibt wie das wachsende Selbstbewußtsein und Möglichkeiten zur Selbsthilfe aufzeigt.

Schließlich formuliert sie, damals utopisch, heute teilweise Realität, zukünftige Berufschancen für Frau-

en, „Fortschritte und Aussichten“, als Künstlerinnen, Schriftstellerinnen, weibliche Ärzte, Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Fabrikarbeiterinnen und fordert Handelsökonomie und Industrieschulen sowie die Möglichkeit zum Eintritt in das Handwerk.

Mangelnde Kritik der gesellschaftlichen Zustände

Leider läßt Louise Otto manchenmal durch ungenaue Formulierungen und verfehlt angewandte Ironie (v.a. in den Anfangskapiteln) den Eindruck entstehen, als würde sie das traditionelle Rollenbild der Frau für erstrebenswert halten (z.B. „Aber es gibt doch ein reicheres Bild des Frauenlebens: Es ist die Mutter im Kreise ihrer Kinder.“ S. 19), auch wenn sie an anderer Stelle kritisiert, daß die einseitige Festlegung der Frauen abzulehnen ist („Das, was wir da schil-

Das Recht der Frauen auf Erwerb

von Antje Trosien*

Wir betrachten dies Recht [der Frauen auf Erwerb] als das Fundament aller weiblichen Selbständigkeit und Mündigkeit überhaupt... (Louise Otto, 1870)

* Antje Trosien, Bayreuth, stv. Landesvorsitzende der Jusos Bayern, Juso-Bundesausschuß

erten, ist der schönste und gewissermaßen leichteste, weil von der Hand der Natur selbst einfach vorgezeichnete Beruf der Frauen – daß man es aber als den einzigen derselben hinstellt, ... steht andererseits im Widerspruch mit allen Verhältnissen...“ (S. 19).

Auch kritisiert sie nur ganz am Rande „die Verhältnisse“ und die sozialen Verwerfungen der aufkommenden Industrialisierung. Wiewohl sie die benachteiligende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen thematisiert und auch die Tatsache, daß Frauen als industrielle Reservearmee verstanden werden, klammert sie einige Probleme wie überlange Arbeitszeiten und Ausbeutung der Arbeiterinnen aus. Diese Fragen sind für sie nur ein Randproblem, wenn es um Grundsätzliches geht.

Auch daß sie, im Gegensatz zu später publizierenden Schriftstellerinnen der proletarischen Frauenbewegung, auf eine umfassendere historisch-ökonomische Einordnung der Stellung der Frau verzichtete, führt zu unnötigen Einseitigkeiten. Frau mag dies als Defizit von Ottos Werk sehen; gerade deswegen unterscheidet sich ihre Schrift aber auch erfrischend von Veröffentlichungen Bebel's, Lily Brauns oder Alexandra Kollontai's, die sich in Aufbau und Aussage teilweise sehr ähneln.

Die Herausgeberinnen Gisela Notz, Astrid Franzke und Johanna Ludwig haben im Januar 1993 in Leipzig die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft mitbegründet, um das Andenken der Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung zu bewahren – sie sorgen nicht nur dafür, daß Ottos Schriften veröffentlicht werden, son-

dern sie veranstalten auch Symposien zum besseren Verständnis der Werke, deren Ergebnisse ebenfalls publiziert werden. Anlässlich des 100. Todestages 1995 stand das Symposium unter dem Motto „Wie nah, wie fern ist uns Louise?“ Eine berechtigte Frage, die sich endlich wieder jede/r selbst beantworten kann.

spw

¹ Lily Braun lebte von 1865 bis 1916, Clara Zetkin von 1857 bis 1933, Alexandra Kollontai von 1872 bis 1952.

² Im Leipziger Universitätsverlag werden angenehm viele Frauenpublikationen verlegt, so z.B. auch: Wir sind der Gipfel! Peace Train zur Weltfrauenkonferenz in Peking, 1997, von Angelica Dullinger.

³ Hannelore Schröder (Hg.): Die Frau ist frei geboren, Feministische Quellentexte in 2 Bänden, München, 1979 und 1981

⁴ zitiert nach Antje Dertinger, Das Recht der Frauen auf Erwerb, in: Dieter Schneider (Hg.): Sie waren die ersten, Frankfurt/Main, 1988

„Ajmo, Ajde svi u Bojkot“

Zur Lage einer demokratischen Option in Serbien

von Mark Vasic*

Auf Republikenebene zeichnet sich immer mehr eine Koalition aus dem sozialistischen Parteienbündnis Jul-SPS-ND und der monarchistischen Partei SPO ab. Die ehemalige „systemfeindliche“ Partei des Vuk Draskovic arrangiert sich mit dem „ach-so“ schrecklichen System.

Die westeuropäische Politik steht ratlos vor dem Problem eines angemessenen Umgangs mit der politischen Landschaft in der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien. Wen sollen die westeuropäischen Staaten auch politisch unterstützen? So ist ein Kennzeichen der politischen Landschaft in Serbien und Montenegro ein hohes Maß an Diffusität.

Die Wirtschaft – nachhaltig getroffen vom Wirtschaftsembargo in der Zeit von 1992 bis 1996 – dümpelt eher schlecht vor sich hin, die soziale Lage könnte nicht dramatischer sein und von einer „Demokratisierung“ der politischen Strukturen ist nichts zu spüren. Unter diesen bedrückenden Umständen fanden im September und Oktober 1997 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in beiden Republiken statt.

Die wirtschaftliche und soziale Situation in Jugoslawien Lage der Bevölkerung

Gleich nach der Gründung der Savezna Republika Jugoslavije (Bundesrepublik Jugoslawien) erlitt das wirtschaftliche Leben einen tiefen Schlag. Am 30. Mai 1992 verhängte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seiner „Resolution 757“ ein kulturelles und (vor allem) wirtschaftliches Embargo gegen die neugegründete Republik aus Serbien (mit rund 10,5 Millionen EinwohnerInnen) und Montenegro (mit rund 600 Tausend EinwohnerInnen).

Grund für dieses Embargo war die ungeklärte Rolle, Partizipation und Position Jugoslawiens in den kriegerischen Konflikten um die Sezession Kroatiens und Bosniens und den serbischen Enklaven in beiden Staaten.

Dieses Embargo hatte eine (gewollte) nachhaltige Schwächung der wirtschaftlichen Kräfte zur Folge: so verzeichneten sämtliche Produktionsbereiche in den Jahren 1992 bis 1996 eine stark rückläufige Entwicklung. Erst als im Jahr 1996 das Embargo zunächst gelockert und dann vollständig aufgehoben wurde, konnte sich die wirtschaftliche Lage entspannen.

Ein anderer Aspekt der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Jugoslawien war eine exorbitante Inflation von rund 2% pro Minute (!), die im Januar 1994 das Leben und das Wirtschaften zuneh-

mend erschwerte. Am 24. Januar 1994 wurde der „Super-Dinar“ als neue, konvertible Währung eingeführt – es kam zur finanzpolitischen „Stabilisierung“. Die Inflation liegt heute bei rund 70-80% pro Jahr.

Die Kaufkraft der Löhne verzehnfachte sich in den Jahren 1994 bis 1997, das Durchschnittseinkommen liegt bei rund 100,- bis 150,- DM pro erwerbstätiger Person, allerdings sind die Kosten für Lebensmittel mit den Kosten in der BRD zu vergleichen, und die Lohnzahlungen sind oft sehr unregelmäßig. Die offizielle Erwerbslosigkeit liegt bei 25%, bei weiterhin steigender Tendenz.

Erwerbslose Personen müssen sich weitestgehend auf familiäre Gefüge verlassen oder sich im sogenannten „Pfennig-Kapitalismus“ verdingen, wie z.B. mit Kleindienstleistungen, Devisenhandel oder Schwarzmarktgeschäften (das Vermieten der eigenen Wohnung scheint zur Normalität zu gehören). Sozialstaatliche Leistungen und Renten existieren, es ist allerdings unklar, ob und wann die Zahlungen geleistet werden.

Die serbische Dominanz in der jugoslawischen Bundespolitik

Ein großes Problem stellt sich, will man die politische Situation und die Parteienlandschaft in Jugoslawien beobachten: es gibt keine bundesweit agierenden Parteien. Sämtliche Parteien beschränken sich weitestgehend auf die Grenzen der Repu-

* Mark Vasic studiert in Hannover Politikwissenschaft.

Sitzverteilung im serbischen Parlament nach der Wahl vom 21. September 1997	
Jugoslawische Linke - Sozialistische Partei - Neue Demokratie	110 Sitze
Serbische Radikale Partei	81 Sitze
Srpski Pokret Obnove - Serbische Erneuerungsbewegung	46 Sitze
Koalition "Vojvodina"	4 Sitze
Bund der Ungarn aus Vojvodina	4 Sitze
Liste für Sandzak	3 Sitze
Demokratische Koalition Presevo-Bujanovac	1 Sitz
Demokratische Alternative	1 Sitz
Quelle: unabhängige Tageszeitung "Nasa Borba" vom 25. September 1997	

blicken und deren Geschicke. So gibt es von den einzelnen Parteien in Serbien lediglich Schwesterparteien oder „Satelliten“ in Montenegro.

Bislang wurde die Politik in der Bundesrepublik Jugoslawien von der Politik Serbiens dominiert. Der damalige charismatische serbische Präsident Slobodan Milosevic, der nun der neue jugoslawische Präsident ist, gestaltete die Politik aus seinem „serbischen“ Blickwinkel. Dies oftmals ohne die Interessen der Politiker der Republik Montenegro zu berücksichtigen. Obwohl „klassischer“ Weise die Politik in Montenegro serbenfreundlich und Milosevic-nah war, entwickelte sich eine starke reformorientierte Bewegung heraus, die eine Neubewertung der Rolle Montenegros in den Bundesstrukturen einfordert. Nicht zuletzt die Wahl von Djukanovic zum montenegrinischen Präsidenten hat gezeigt, daß eine Neubewertung auch Unterstützung in der Bevölkerung findet.

Da der serbische Präsident und das serbische Parlament auf Bundesebene einen dominierenden Einfluß haben, ist eine genauere Betrachtung der politischen Verhältnisse in Serbien erforderlich.

Die Parlamentswahlen am 21. September 1997 in Serbien

Am 21. September 1997 fanden in Serbien die Wahlen zum Parlament der Republik Serbien und die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. In Serbien nahmen an den Parlamentswahlen neben einer ganzen Reihe von Splitterparteien nur neun „relevante“ Parteien oder Parteizusammenschlüsse teil. Nebenstehende Sitzverteilung ergab sich aus der Wahl.

Das oppositionelle Spektrum

Eine ganze Reihe von „demokratischen“ Parteien, die klassisch dem oppositionellen Spektrum zuzuordnen sind, riefen zum Wahlboykott auf. Aus deren Sicht waren die Voraussetzungen für eine demokratische Wahl nicht gegeben. So haben diese Parteien nur beschränkt Zugriff auf die staatlichen Medien, die parteiisch für die sozialistische Regierung seien. Darüber hinaus biete das neue Wahlgesetz in Serbien kaum wahre Chancen für eine Partizipation an parlamentarischen Prozessen. So wurde mit dem neuen Wahlgesetz eine neue Einteilung von Wahlkreisen umgesetzt. Diese neuen, taktisch zugeschnittenen Wahlkreise garantieren den Wahlsieg der Sozialisten, argumentieren Oppositions-Politiker. Letztlich seien viele Oppositionelle von staatlichen Institutionen schikaniert worden. Das Ziel dieses Boykottes sollte eine Wahlbeteiligung von unter 50% sein, um dem serbischen Parlamentarismus die „moralische Legitimation“ zu entziehen und bei den Präsidentschaftswahlen neue Wahlen erforderlich zu machen, zu besseren Konditionen – dies käme (so die Hoffnung der Boykott-Bewegung) einer Staatskrise gleich. Denn bei einer Wahlbeteiligung von unter 50% sind die Präsidentschaftswahlen ungültig und müssen wiederholt werden. Mit aufgerufen zu diesem Wahlboykott haben die „Demokratische Partei“ von Zoran Djindjic, die „Bürgerliche Allianz“ von Vesna Pesic, die „Sozialdemokratische Union“, die „Demokratische Partei Serbiens“ und ein „Demokratisches Zentrum“.

Da rund 55% der Wahlberechtigten am 21. September 1997 in Serbien wählten, ist das Ziel der nunmehr ausserparlamentarischen Opposition weit verfehlt. Durch die Nichtkandidatur der boykottierenden Parteien haben sich deren Zugangsmöglichkeiten zu Medien in deren Anti-Wahl-Kampagne deutlich verschlechtert. So hatten sie keinen Anspruch auf Wahlwerbesendungen, auf Redezeiten usw. Nur in alternativen, nicht-staatlichen, oppositionellen Print- und elektronischen Medien waren sie zu finden, z.B. in den Tageszeitungen „Nasa Borba“ (Unser Kampf), „Danas“ (Heute) oder „Demokratija“, im Rundfunk bei „Radio Indeks“, „B92“ oder im städtischen Fernsehen bei „Studio B“. Doch sind die meisten dieser Sender oder auch dieser Zeitungen außerhalb des Ballungsz-

OST-WEST informationen

Nr. 4/96

AUSGEHUNGERT; KONTROLLIERT; PRIVATISIERT

Universitäten im Osten

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Serbien, Ungarn, BiH und der Ex-DDR. *Dossier:* Neofaschismus in Ostdeutschland.

Nr. 1/97

ENDLICH FREI - UND ARBEITSLOS?

Jugend im Osten

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Kroatien, Bulgarien. *Dossier:* Multikulturelles Litauen.

Nr. 2/97

(ÜBER)LEBEN IN DER MARKTWIRTSCHAFT

Die triste Begleitmusik zur Transformation

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Tschechien, Rumänien. *Dossier:* Parteien und Nation in der Slowakei.

Nr. 3/97

NATIONALE MINDER- HEITEN IN OSTEUROPA

Analysen aus Rußland, Polen, Slowakei, Rumänien, Moldawien, Kroatien. *Dossier:* Ethnische Säuberungen in der Krajina.

Nr. 4/97

EU-OSTERWEITERUNG

(erscheint Ende Dezember 1997)

Bestellungen, Probeexemplar,
Inhaltsverzeichnisse:

Ost-West-Gegeninformationen

c/o Dezentrale f. Alternativen,
Prokopig. 2/1, A-8010 Graz, Österreich.

Fax: 0043/316/810594

Preis: öS 50.- (inkl. Porto/Heft)

Umfang: 48-56 Seiten

Die etwas anderen Weihnachtsgaben aus dem Hause **AKP:**



POLITIK mit leeren Kassen

Grundlagen und Perspektiven
kommunaler Haushaltspolitik

Dieses Buch vermittelt das notwendige Basiswissen und diskutiert die zentralen Aspekte kommunaler Haushaltspolitik.

Bielefeld 1996, 155 Seiten
ISBN 3 - 9803641 - 1 - 9
29,- DM plus 3 DM Versandkosten

Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Der AKP-Klassiker informiert über alle relevanten Themen der Kommunalpolitik, von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zweiter Arbeitsmarkt.

Bielefeld 1994, 416 Seiten
ISBN 3 - 9803641 - 0 - 0
45,- DM plus 4 DM Versandkosten

Katalog anfordern oder einfach
bestellen bei:

Alternative Kommunalpolitik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,
☎ 0521/177517, ☎ 0521/177568

trums Beograds nicht zu empfangen resp. erhältlich. So konnte nur ein Teil der potentiellen Wählerinnen und Wähler resp. Nichwählerinnen und -wähler erreicht werden.

„Zajedno“ oder nun doch nicht? Die gespaltene Opposition

Erschwerend für die serbische Opposition ist deren Spaltung in einen Teil der (nach Otto Kirchheimer) „intransigenten“ Opposition, die jegliches Arrangieren mit den regierenden Sozialisten und dem derzeitigen politischen System ablehnt, und die stabilisierenden Oppositionsparteien, die sich vielmehr mit dem Regime abfinden und kooperieren – in gewisser Weise legitimieren sie das bestehende System qua Existenz als „demokratisches System“. Das Oppositionsbündnis „Zajedno“ aus der serbischen Erneuerungsbewegung, der Demokratischen Partei, der Demokratischen Partei Serbiens und der Bürgerlichen Allianz ist endgültig auseinandergebrochen. Auf kommunaler Ebene allerdings besaß dieses Bündnis, nach der letzten serbischen Kommunalwahl im November 1996 in 14 Städten die Mehrheit. Diese Mehrheiten zerbrechen nun oder sind schon zerbrochen. Auch in Beograd kam es zum Bruch. Die SPO von Draskovic steigt aus der kommunalen Koalition mit der Demokratischen Partei aus. Der beograder Bürgermeister Dr. Zoran Djindjic von der Demokratischen Partei wurde abgesetzt.

Auf Replikenebene zeichnet sich immer mehr eine Koalition aus dem sozialistischen Parteienbündnis Jul-SPS-ND und der monarchistischen Partei SPO ab. Die ehemalige „systemfeindliche“ Partei des Vuk Draskovic arrangiert sich mit dem „ach-so“ schrecklichen System und geht mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Regierungskoalition auf Replikenebene ein.

Die innerparteiliche Demokratie in der „demokratischen“ Opposition

Eine Besonderheit der serbischen Parteienlandschaft ist, das es eigentlich nur eine Partei gibt, die diese Bezeichnung auch verdient: die Sozialistische Partei Serbiens des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic. Diese verfügt über eine breite Mitgliedschaft, über tief verwurzelte Strukturen (auch auf dem Land oder im Süden Serbiens – Zentralserbien). Die SPS verfügt über ein Grundsatz-

programm aus dem Jahr 1992 und Wahlprogramme, diese Partei hat unterschiedliche Flügel, auch „reformsozialistische“ Strömungen. Hingegen sind die „größeren“ Oppositionsparteien eher Sammlungen oder besser Wahlvereine ihrer „Lider“ (serbisch). So sind die „Präsidenten“ der Demokratischen Partei, der Serbischen Erneuerungsbewegung oder Radikalen Partei Serbiens unangefochtene Führer, die dank des Wahlgesetzes (das ist übrigens ein Punkt, der von den „demokratischen“ Oppositionsparteien gefordert wurde) auch über die Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen bestimmen, ihre eigene Kaderwirtschaft betreiben.

Der beograder Politikwissenschaftler und Parteienforscher Laslo Sekelj vergleicht die innerparteilichen Strukturen und „Willensbildungsprozesse“ mit denen der damaligen kommunistischen Parteien. So scheinen sämtliche „demokratischen“ Parteien zwar für demokratische Strukturen in Serbien und Jugoslawien zu kämpfen, ohne jedoch die Prinzipien der Demokratie zu inkorporieren und zu leben. Nur ein kleines Problem der Glaubwürdigkeit? Vielmehr liegt dieses Problem der Glaubwürdigkeit tiefer; so scheinen die Parteien (d.h. die führenden Funktionäre) „Demokratie“ eher als normierten, institutionalisierten, parlamentarischen „Parteienpluralismus“ zu sehen. Ein Problem, daß übrigens der Soziologe Robert Michels schon 1907 den deutschen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei bescheinigt.

Fehlende politische Alternativen

Da alle Oppositionsparteien sich als sogenannte „Catch-All“-Parteien verkaufen, möge man keine konkreten Positionen erwarten. Vielmehr scheinen sie, um es positiv zu formulieren, viele alternative Ideen zu der sozialistischen Politik zu durchdenken, doch sind sie bislang nicht in die Verlegenheit gekommen, diese wirklich auf reales Durchsetzungspotential zu durchleuchten. So zum Beispiel in der Frage der „Wieder“-Einführung der Monarchie, in welchen Formen auch immer. So hat die stärkste außerparlamentarische Partei, die „Demokratische Partei“ (Demokratska Stranka von Zoran Djindjic), die sich als „moderna“, „narodna“, „liberalna“ Partija (als moderne, liberale Volkspartei) verkauft, keine dezidierte Auffassung zur Monar-

chie, so könne der König vielleicht eine „moralische Instanz“, eine Person der Integration sein. Eine eindeutige Position zur Einführung eines solchen obsoleten Systems findet man jedoch bei der Demokratischen Partei Serbiens, den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Eindeutiger Verfechter der Monarchie ist die Serbische Erneuerungsbewegung von Vuk Draskovic. Doch ist sein Entwurf einer Monarchie nicht ausgegoren. Schon gar nicht in der Öffentlichkeit bekannt.

Auch bei großen „explosiveren“ Fragestellungen, wie der ökonomischen und sozialen Zukunft, können von den Oppositionsparteien keine „großen Würfe“ erwartet werden. Politische Ratlosigkeit auch hier.

Sonderfall: Radikale Partei

Ein Sonderfall unter den oppositionellen Parteien stellt die Serbische Radikale Partei (srpska radikalna stranka von Seselj) dar. Diese national-chauvinistische Partei hat einfache Antworten für alle politischen Fragen, seien sie auch noch so schwer. Die nationalistische bis nationalsozialistische Lesart vom Sozialdarwinismus findet sich hier wie-

der und findet großen Anklang in einer (leider) großen Fraktion der Gesellschaft. So wurde diese Partei bei den Wahlen in Serbien zweitstärkste Partei. Gewählt und unterstützt wird diese Partei von einem in jeder Hinsicht marginalisierten Klientel, also Personengruppen, deren Zugriffsmöglichkeiten an (vor allem) kulturelles und ökonomisches Kapital als schlecht zu bezeichnen ist, d.h. Personen mit geringer formaler Bildung und schlechtem oder gar keinem Einkommen. Ihr Potentiale ist also ähnlich wie das der Rechtsextremen oder -radikalen in der BRD oder in Frankreich.

Der Spitzenkandidat der Radikalen und deren Präsident Vojislav Seselj arbeitet mit einer „serbischen“ Paranoia (Alle gegen uns!), träumt von einem ethnisch homogenen „Großserbien“. Da dieses allerdings keinesfalls der demographischen Realität entspricht, läßt sich erahnen, was er will und womit er seine Ziele erreichen möchte.

Das Präsidentschaftswahl-Fiasco

Aufgrund eines fehlenden klaren Ergebnisses bei der ersten Runde der

Präsidentschaftswahlen am 21. September kam es am 05. Oktober 1997 zur zweiten Runde. In dieser zweiten Runde mußten die beiden stärksten Kandidaten gegeneinander antreten. Aus der ersten Runde gingen der Kandidat der Sozialisten, Zoran Lilic, ehemaliger jugoslawischer Präsident und kommissarischer serbischer Präsident und eine Marionette von Slobodan Milosevic, und der Kandidat der Radikalen, Vojislav Seselj, als die beiden stärksten Kandidaten hervor. Lilic mit einem knappen Vorsprung. Bei der ersten Runde kandidierte noch der Monarchist Vuk Draskovic. Durch die Spaltung der Opposition und durch das Nichtantreten Draskovics in der zweiten Wahlrunde war ein Fiasco abzusehen: die Wahl des Radikalen Seselj. Dessen Wahl wird Serbien noch weiter in die internationale Isolation und in einen desaströseren inneren Zustand versetzen.

Die ersten Wahlergebnisse sprachen hierfür. Seselj wurde als serbischer Präsident gewählt. Von rund 7 Millionen Wahlberechtigten errang Seselj 1.726.240 Stimmen und Zoran Lilic 1.685.652 Stimmen. Doch wurden durch die

Durch die Spaltung der Opposition und durch das Nichtantreten Draskovics in der zweiten Wahlrunde war ein Fiasco abzusehen: die Wahl des Radikalen Seselj. Dessen Wahl wird Serbien noch weiter in die internationale Isolation und in einen desaströseren inneren Zustand versetzen.



Antiquariat

und Pulz & Detering Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus
(Bundesweiter Versand)

An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten:

- Arbeiterbewegung • Sozialistika • Sozialkritische Literatur
- Sozialpolitik • Zeitgeschichte • Sexualwiss./Homostudien
- Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140 • 10963 Berlin

Telefon 030/252 99 163 oder 030/252 99 164

Telefax 030/252 99 872

WILLY-BRANDT-HAUS

Wahlkommission die Wahlen für ungültig erklärt. Mit einer Wahlbeteiligung von 49,82% müssen jetzt die Wahlen im Dezember wiederholt werden – auf die Sozialisten ist Verlaß!

Doch müssen jetzt die Karten neu gemischt werden. Die Sozialistinnen und Sozialisten sind auf Kandidaten-Suche – ebenso wie die Opposition, die sich nun zusammenraufen will – die „demokratische“ Opposition – ohne Monarchisten. Doch ein Kandidat steht schon fest: Vojislav Seselj. Die Chancen für eine

erneute Wahl seiner Person stehen nicht schlecht. Die einzige Chance, dieses abzuwenden, ist ein Antreten der ausserparlamentarischen Boykott-Bewegung mit einem gemeinsamen Kandidaten. Vielleicht heißt ein möglicher Präsident Zoran Djindjic.

Doch wie weiter?

Die demokratischen Kräfte in Serbien brauchen, um sich zu formieren, noch viel Zeit. Aus den rund 120 Parteien müssen sich gebündelte, starke Parteien (mit Bindun-

gen in der Bevölkerung) entwickeln.

Denn trotz all der dargestellten Probleme kann nur die Opposition die Hoffnung für Demokratinnen und Demokraten in Europa sein. Die regierende Sozialistische Partei Serbiens ist für das korruptierte politische System und für die ernste soziale Lage verantwortlich. Mit Slobodan Milosevic und seinen Marionetten kann eine Zukunft Jugoslawiens nicht mehr im Sinne einer freiheitlichen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft gestaltet werden. **spw**

Innere Sicherheit in den Vereinigten Staaten

von Jürgen Jentsch*

Wer das Heer der Polizeibeamten sieht, wer dann noch erfährt, dass die Gefängnisse mit etwa 1,2 Millionen Inhaftierten überquellen, die allein pro Jahr 27 Mrd. Dollar kosten, muß feststellen: Dies ist kein Modell für Deutschland.

Man muß sich schon intensiv mit der Strategie zur Inneren Sicherheit in den USA beschäftigen, um den Widerspruch von Theorie und Praxis aufzulösen. Hier, wie in allen vergleichbaren Ländern auch, hat die zunehmende Armut, hat die unterbezahlte Arbeit – jeder 7. hat einen zweiten Arbeitsplatz – oder gar die Arbeitslosigkeit ein Klima geschaffen, das geeignet ist, Kriminalität in all ihren Formen eher zu stabilisieren, statt abzubauen. Die Verslumung und die teilweise Ghettoisierung der Vorstädte führen zu immer stärker werdender Repression nach dem Motto „Null-Toleranz“ durch die Polizei. Notwendige Ausgleichsmaßnahmen wie Beratung, Prävention oder Kinderbetreuung zugunsten Betroffener scheitern auch hier an den finanziellen Engpässen in diesen Programmen.

Repression statt Resozialisierung

Oberflächlich scheinen die harten Maßnahmen – bereits Minderjährige werden bei kleinsten Vergehen ererkennungsdienstlich behandelt und ihre Daten landen in der vernetzten Polizeidatei – zu wirken. Wer sich in den Großstädten umsieht, ist von der Sauberkeit, von den fehlenden Graffitiaktionen beeindruckt. Nur wer dann das Heer der Polizeibeamten sieht, wer dann noch erfährt, dass die Gefängnisse mit etwa 1,2 Millionen Inhaftierten überquellen, die allein pro Jahr 27 Mrd. Dollar kosten, muß feststellen: Dies ist kein Modell für Deutschland. Und die Kosten dieser Polizei explodieren weiter. Wer einmal im Gefängnis saß, wird oft wieder rückfällig. Resozialisierung findet kaum statt. Menschen wegschließen, in die Nachbarstädte vertreiben, so etwa bei Drogenabhängigen und Dealern, bleibt das wichtigste Mittel städtischer und staatlicher Politik. Neben dem Wegschließen werden die Instrumente der elektronischen Fesseln oder Auflagen, sich ab einer bestimmten Zeit im Haus aufzuhalten, angewandt.

Wer dreimal im Besitz von illegalen Drogen erwischt wird, landet unweigerlich im Gefängnis, unabhängig vom Alter. Überhaupt ist der Krieg gegen Drogen zu einer nationalen Aufgabe erklärt worden. Dabei hatte der Kongreß beschlossen, die USA bis 1995 zum drogenfreien Land zu machen. Aber wie beim ehemaligen Krieg gegen Alkohol zu Zeiten der „Prohibition“ funktioniert dies auch nicht. Wie sagt der Direktor des Lindesmith Center in New York, Prof. Ethan Nadelmann: „Wer eine drogenfreie Gesellschaft fordert, macht sich unglaubwürdig.“

Drogen hat es zu allen Zeiten und in allen Kulturen gegeben. Wichtig ist, wie man mit diesen Drogen umgeht. Hier haben die USA einen riesigen Nachholbedarf.“ Wie wahr. Aber so richtig laut wagt dies keiner zu sagen.

Leben in und mit dem Widerspruch

Stolz wird in Boston durch Senator Jajuga verkündet. Wir haben im Senat gerade die Todesstrafe für die Ermordung von Polizisten beschlossen.“ Bohrt man dann nach, dann kommt die kleinlaute Antwort: „Wir wissen, dass auch dies einen potentiellen Täter nicht abhalten wird, aber wir haben doch die Bevölkerung beruhigt.“ Beruhigung durch Strafe hat dann auch Vorrang. Die Politik will Gefängnisse und keine Behandlungen.

Einigermaßen erfreulich dann doch die Erfahrungen mit dem „Freedom of Information Act“ von 1992. Hat doch hierdurch der Bürger gegenüber den Bundesbehörden das Recht, Akteneinsicht in die ihn interessierenden Vorgänge zu nehmen, notfalls auch mit richterlicher Anordnung. Ein positives Beispiel, das wir übernehmen sollten.

Das Beispiel New York hat einen Stellenwert in der Öffentlichkeit erreicht, der nicht dem tatsächlichen Zustand entspricht. Sicher, es gibt dort ein paar positive Ansätze, nur ein Modell für Deutschland ist dies alles nicht. Im Gegenteil, in den Gesprächen wurde deutlich: Wir in Nordrhein-Westfalen haben die besseren Konzepte. Trotzdem, eine Reise in das Land der Gegensätze lohnt sich, denn nur so kann man das Leben in und mit dem Widerspruch ergründen. **spw**

* Jürgen Jentsch ist der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW

Spotlight I: CDU-Parteitag in Leipzig. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble kündigt an, die nicht sozialversicherungspflichtigen, sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (610-DM-Jobs) einschränken zu wollen.

Die FDP schreit empört auf, Vorschläge und Gegenvorschläge schieben ins Kraut. Die SPD nimmt es wohlwollend zur Kenntnis, beteiligt sich aber nicht weiter an der Debatte. Die Intendanz der Partei möchte lieber eine herbstliche Fortsetzung der erfolgreichen Sommertheaterdarbietung der Koalition auf dem Spielplan sehen.

Nachdem noch am 1. Oktober Ursula Engelen-Kefer, Karin Junker und Franz Müntefering in einer Pressemitteilung die Forderung nach Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bekräftigten, ist es seit dem CDU-Parteitag in der SPD still um dieses Thema geworden. Zuletzt ließ sich noch Oskar Lafontaine auf dem Kongreß Innovation und Gerechtigkeit in ähnlicher Weise vernehmen, um sogleich von Gerhard Schröder „korrigiert“ zu werden: Selbstverständlich gehe es nicht um die Abschaffung, sondern nur um die Begrenzung dieser Jobs, zum Beispiel auf 10% der Arbeitsverhältnisse in einem Betrieb.

Spotlight II: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm verkündet, der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung werde im Jahr 1998 auf 21% angehoben (1997: 20,3%, 1996: 19,2%).

Arbeitgeberpräsident Hundt sieht eine Katastrophe für den Standort Deutschland und fordert wieder mal eine grundlegende Strukturreform, sprich massive Rentenkürzungen oder gleich die Abschaffung der umlagebasierten und paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, spart sich aber selbstverständlich jeden Hinweis auf die Verantwortung der Unternehmen, die durch massive Entlassungen und den Umstieg auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit entscheidend zur sich verschärfenden Finanzkrise beigetragen haben – eine typische self-fulfilling prophecy ist das, was Arbeitgeberchefs, FDP und andere an der Demontage der gesetzlichen Rentenversicherung interessierte Kräfte da seit geraumer Zeit betreiben.¹

Der Kanzler findet diesen Beitragssatz nicht akzeptabel und will

ihn mit den „Mitteln der Vernunft“ noch verhindern, und die SPD stellt sich willig als Helfer zur Verfügung. Erneut bringt sie das Umfinanzierungskonzept in die Diskussion, das bereits als Vermittlungsergebnis zur Steuerreform an der Bundestagsmehrheit gescheitert war.² Noch weiter geht Gerhard Schröder (der Autermann), der sich schon damit zufrieden geben würde, nur die im Rentenreformkonzept der Koalition für 1999 ohnehin vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung auf 1998 vorzuziehen.

Den Steuersenkungsmythos zerstören

Ein ganz geschickter Schachzug, so scheint es beispielsweise der FAZ (6.11.97, S.1). Mit seinem Zugehen auf die Koalition könnte Schröder diese zwingen, noch vor der Bundestagswahl Steuern zu erhöhen und damit den Mythos von der Steuersenkungspartei FDP endgültig zerstören. Deren Klientel sind Mythen allerdings ziemlich egal, solange die Partei nur den Steuererhöhungen zustimmt, die sie nur marginal treffen.

Dumm ist aber vor allem, daß damit der einzige Punkt, der das Rentenreformgesetz zustimmungspflichtig macht, ausgekoppelt, der Bundesrat sich mithin seines Einflusses begeben würde. Schröder nimmt damit mindestens billigend in Kauf, daß die Rentenkürzungen der Koalition in Kraft treten und somit die Flucht aus dem System mit immer höheren Beitragssätzen und immer niedrigeren Leistungen weiter verstärkt wird. Die angebliche Zukunftsunfähigkeit des Umlagesystems würde damit einmal mehr unterstrichen. Für das von Schröder favorisierte Modell der Grundrente kann das nur dienlich sein.

Nachdem die SPD jahrelang (zu Unrecht) daran mitgewirkt hat, daß die Höhe der Lohnnebenkosten zur entscheidenden Determinante für die Arbeitslosigkeit hochstilisiert worden ist, ist sie in der aktuellen Debatte um die Rentenbeiträge natürlich gezwungen, in der Frage der Umschichtung von Beiträgen zu indirekten Steuern Kompromisse mit der Regierungskoalition zu suchen. Wenig Phantasie ist erforderlich, um sich das Blockade-Lamento über das Beharren der Partei auf dem einen oder anderen Punkt vorzustellen.

Rätselhafte Zurückhaltung

Gänzlich rätselhaft bleibt aber, daß ein wesentlicher Bestandteil des

Herbsttheater der Koalition?

von Burkhard Winsemann*

Konzepts der Alterssicherungskommission der SPD, die Ausweitung der Sozialversicherungspflicht, gar nicht erst richtig in die Diskussion gebracht wurde. Einerseits geht es dabei um ein nicht unerhebliches Beitragssatzsenkungspotential, bei der geringfügigen Beschäftigung, vor allem aber auch bei der obligatorischen Einbeziehung Selbständiger. Andererseits ist die Zurückhaltung in diesem Punkt auch taktisch und strategisch absurd. Taktisch, weil man nicht mit Minimalforderungen (eigentlich noch weniger) in Verhandlungen geht – es sei denn, man legt es darauf an, ein völlig unzulängliches Gegenangebot zu bekommen und sich dann quasi freiwillig als Blockierer beschimpfen zu lassen. Strategisch, weil die Sozialdemokratie ihr ureigenstes Terrain preisgibt. Schäuble kann sich mit seinem Vorstoß zu den 610-DM-Jobs als weitsichtiger Verteidiger des Sozialversicherungssystems präsentieren, ohne überhaupt in die Verlegenheit zu geraten, die Ernsthaftigkeit seiner Äußerungen in der Auseinandersetzung mit der FDP beweisen zu müssen. Denn – vielleicht ist das Teilen der SPD entgangen – die ganze Aufregung über den „Beitragsschock“ hat dazu geführt, daß gerade die Ursachen dieser Entwicklung – auch die massive Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse – wieder aus der Diskussion verschwunden sind. spw

Rätselhaft bleibt, daß ein wesentlicher Bestandteil des SPD-Konzepts, die Ausweitung der Sozialversicherungspflicht, gar nicht erst richtig in die Diskussion gebracht wurde. Einerseits geht es um ein erhebliches Beitragssatzsenkungspotential, andererseits ist diese Zurückhaltung auch taktisch und strategisch absurd.

¹ Vgl. Jörg Deml/Roland Wutz: Die Zukunft des Rentensystems, in spw 96, 4/97, S. 52-55

² Anhebung der Mehrwertsteuer auf 16% und Anhebung der Mineralölsteuer um 10 Pf, Senkung der Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung um je 1%-Punkt

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Atypische Beschäftigung

Beschäftigungswirkung und Regulierungserfordernisse

von Jörg Deml und Olaf Struck*

1. Das Problem

In den achtziger Jahren hat sich in nahezu allen Branchen die Ausbreitung zahlreicher Beschäftigungsformen verstärkt, die nicht der normativen Denkfigur eines „Normalarbeitsverhältnisses“ entsprechen, sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse darstellen (vgl. Mückenberger 1991, Matthies 1993, S. 154ff.). Vor dem Hintergrund eines erhöhten Kosten- und Innovationsdrucks, dem strukturellen Wandel der Märkte von einem Anbieter- zu einem Käufermarkt, der Abkehr von der fordristischen Massenproduktion und einer diskontinuierlichen Auslastung, sehen sich Unternehmen einem hohem Flexibilisierungsdruck ausgesetzt. Im Anbetracht dieser Entwicklung versuchen Unternehmer u.a. Vertragsverhältnisse von sogenannten Randbelegschaften flexibler als bisher zu gestalten. Durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit sind viele Beschäftigte gezwungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Gleichzeitig lassen sich die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten jedoch auch nicht mehr mit einem standardisierten Zeitkonzept, das ein Bestandteil des Normalarbeitsverhältnisses ist, zusammenbringen. Nicht zuletzt wurden atypische Beschäftigungsverhältnisse durch Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen des Gesetzgebers gefördert.

Indem atypische Beschäftigungsverhältnisse nicht auf Kontinuität, Dauer und Vollzeit angelegt sind, bergen sie besondere Risiken in sich. Diese Risiken sind nicht auf die Beschäftigung selbst beschränkt, sondern betreffen ebenso die soziale Sicherung der Betroffenen.¹ Die Vermeidung von Risiken bedarf einer be-

sonders sorgfältigen rechtlichen Ausgestaltung. Die zentrale Problematik atypischer Beschäftigung besteht vor allem darin, daß sich die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland vor allem hinsichtlich des Eintritts des Versicherungsfalls, der Leistungsform und der Leistungshöhe am Idealtyp des Normalarbeitsverhältnisses orientieren.

Ein „Sicherheit generierendes“ Normalarbeitsverhältnis ist zu charakterisieren durch

- eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung,
- in der ein Standardarbeitsvertrag über Vergütung usw. abgeschlossen wurde,
- wo arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen eingehalten werden,
- und ein Bestandsschutz, Sozialleistungen und Weiterbildungsangebote bestehen, die zumeist mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit wachsen (vgl. Engelen-Kefer u.a. 1995).

In Abweichung zu diesen Standards lassen sich vor allem sechs Formen atypischer Beschäftigungsverhältnisse voneinander unterscheiden:²

- Teilzeitarbeit,
- geringfügige Beschäftigung,
- befristete Beschäftigung,
- Leiharbeit,
- abhängige Selbständigkeit,
- neue (Tele-) Heimarbeit

2. Umfang atypischer Beschäftigung

Der Gesamtumfang atypischer Beschäftigung ist schwer zu ermitteln, da unterschiedliche Formen in Kombination auftreten können (z.B. befristete Teilzeit-Leiharbeit u.a.). Insgesamt ist festzustellen, daß das Ausmaß atypischer Beschäftigung in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Bislang bestehen jedoch zugleich strukturelle Grenzen der Ausbreitung. Eine Ursache ist, daß Qualitätsproduktion durch gut qualifizierte Beschäftigte und häufig mit betrieblichen Qualifikationen ausgestatteten Beschäftigten ausgeführt wird. Personen mit derartigen Befähigungen sind auf dem externen Arbeitsmarkt knapp vertreten. Darüber hinaus hängen Obergrenzen ab von der konjunkturellen Lage und der Situation am Arbeitsmarkt, und sie variieren vor allem nach der Branche und danach, ob es sich um einen Endmontage- oder einen (abhängigen) Zuliefererbetrieb handelt. Die folgenden

Zahlen sind lediglich Annäherungen an den tatsächlichen Umfang atypischer Beschäftigung:

Teilzeitbeschäftigung

Die seit Jahren zu beobachtende Zunahme der Teilzeitbeschäftigung trug wesentlich zu der Ausweitung der Beschäftigung in den 80er Jahren bei, und setzt sich auch angesichts der Verringerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den 90er Jahren fort (Siehe Abbildung 1). Diese Zunahme erfolgte nahezu ausschließlich im Bereich von weniger als 18 Wochenstunden, so daß von den Teilzeitbeschäftigten 43% unterhalb der Versicherungspflichtgrenze der Arbeitslosenversicherung und immer noch 30% unterhalb der Versicherungspflichtgrenzen der Renten- und Krankenversicherung lagen (vgl. Büchtemann 1990, S. 238f). 1995 umfaßte die Teilzeitbeschäftigung ca. 5,3 Millionen Beschäftigte und stieg damit weiter auf etwa 16,3% aller Erwerbstätigen. Dabei ist mit einem Anteil von etwa 89% Teilzeitarbeit vorwiegend Frauenarbeit.

Geringfügige Beschäftigung

Der überproportionale Anstieg der geringfügigen Beschäftigung ist bereits angesprochen. Nach Zahlen des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) waren im Frühjahr 1992 in ganz Deutschland rd. 4,5 Mio. Personen (davon 60% Frauen) geringfügig beschäftigt (siehe Abbildung 1), was etwa 4% des Arbeitsvolumens entspricht (vgl. Bäcker/Ebert 1996 und insbesondere Ochs 1996 für einen Überblick über verschiedene Studien zur Erfassung der geringfügigen Beschäftigung).

Befristete Beschäftigung

Auf Grundlage der Ergebnisse der Mikrozensus 1985 bis 1994 läßt sich feststellen, daß auch die befristete Beschäftigung bei insgesamt rückläufiger Beschäftigung weiter ansteigt: Nach der Auswertung des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hatten 1995 in Westdeutschland 1,286 Mio. Erwerbspersonen befristete Arbeitsverhältnisse; gegenüber 1993 stieg der Anteil von 5,0% auf 5,7%. In Ostdeutschland beträgt dieser Anteil – befördert durch das starke Gewicht von Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, wie ABM-Stellen und Maßnahmen nach § 249h AFG – sogar 11,5%. Überproportional sind von einer Befristung

Die zentrale Problematik atypischer Beschäftigung besteht vor allem darin, daß sich die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland vor allem hinsichtlich des Eintritts des Versicherungsfalls, der Leistungsform und der Leistungshöhe am Idealtyp des Normalarbeitsverhältnisses orientieren.

* Jörg Deml, Bremen, Mitglied im Forum „Solidarische Gesellschaft“ beim SPD-Parteivorstand, Dr. Olaf Struck arbeitet an der Universität Bremen im Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf.

jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 25 Jahren betroffen.

Leiharbeit

Wie bei den meisten atypischen Beschäftigungsverhältnissen, ist auch die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse von Leiharbeitnehmern nur unzureichend erfaßt. Die Bundesregierung gibt in ihrem „8. Bericht über Arbeitnehmerüberlassung und Bekämpfung illegaler Beschäftigung“ die Zahl der LeiharbeiterInnen zum Stichtag im Juli 1995 mit 187.727 Beschäftigten an; der Anteil der LeiharbeiterInnen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt danach 0,76% (West) bzw. 0,25% (Ost) (Sozialpolitische Umschau, Nr. 372/1996).³

Abhängige Selbständige

Über die Zahl der abhängigen Selbständigen liegt eine Untersuchung des Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) vor. Da der Umfang dieser Form der atypischen Beschäftigung notwendigerweise von der Abgrenzung zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit abhängt, ist in der IAB-Untersuchung von verschiedenen Modellannahmen ausgegangen worden; so ergibt sich nach den vom Bundesarbeitsgericht (BAG)⁴ formulierten Kriterien die Zahl von 179.000 abhängigen Selbständigen (0,57% aller Haupterwerbstätigen), während sich auf Grundlage eines in den letzten Jahren entwickelten alternativen Modells⁵ eine Zahl von 410.000 Personen (1,31% aller Haupterwerbstätigen) errechnet (vgl. Dietrich 1996).⁶

(Tele)Heimarbeit

Die Schätzungen über die Größenordnung von Telearbeit differieren gewaltig: Sie reichen von 2.000 Stellen (Deutscher Industrie- und Handelstag) über 3.000 echte Telearbeitsplätze nach DGB-Recherchen (hier sind nur die eindeutig abhängig Beschäftigten berücksichtigt) bis zu 150.000 Stellen nach einer Studie des Empirica-Institutes im Jahr 1994. Selbst nach dieser bislang verlässlichsten Zahl beträgt der Anteil der Teleheimarbeit an allen Arbeitsplätzen weniger als ein halbes Prozent (Sozialpolitische Umschau, Nr. 445/1996, S. 5; Welsch 1997, S. 41).

Zusammenfassend gilt: Die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse steigt. Darunter nimmt der Anteil prekärer Beschäftigung überproportional zu.

3. Beschäftigungspotentiale atypischer Beschäftigung

Atypische Beschäftigungsverhältnisse werden in den Betrieben insbesondere aus Gründen einer Steigerung interner und externer Flexibilität geschaffen. Inwiefern die beschäftigungspolitische Argumentation von Arbeitgeberverbänden und Regierungsparteien zutrifft, daß sich durch eine derartige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes über die Kostenentlastung der Unternehmen gesamtwirtschaftliche Effekte erzielen ließen, ist eine empirische Frage. Eine Beantwortung hat die Beschäftigungswirkungen differenziert nach den einzelnen Formen atypischer Beschäftigung zu betrachten. Mit Blick auf die quantitative Bedeutung soll hierbei im Folgenden auf die Teilzeitarbeit, die geringfügige Beschäftigung und die befristete Beschäftigung eingegangen werden.

Teilzeitbeschäftigung

Teilzeitbeschäftigung wird heute als ein vielversprechender Beitrag zu Reduzierung von Arbeitslosigkeit gesehen. Gestützt auf optimistische Prognosen, die davon ausgehen, daß Teilzeitpotentiale von Betrieben und Beschäftigten in einer Größenordnung von gut 1,5 Millionen Stellen nicht ausgeschöpft wurden (vgl. Hof 1994; McKinsey 1994), versucht die Bundesregierung (BMAS 1994) mit Unterstützung anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure eine „Teilzeitoffensive“ zu starten.

Ein kurzer Blick in die Nachbarstaaten gibt Hinweise auf Initiativvorschläge (vgl. O'Reilly 1996; Walwei 1997). Durch finanzielle Anreize können Teilzeitarbeitsplätze direkt gefördert werden. In Frankreich beispielsweise verringern sich die arbeitgeberseitigen Sozialbeiträge um 30-50%, wenn der Betrieb neue Teilzeitarbeitsplätze schafft. In den Niederlanden bestehen – ähnlich wie in Deutschland – finanzielle Risikoentlastungen für die Arbeitnehmer. Beschäftigte, die von einer Vollzeit- in eine Teilzeitstelle wechseln, erhalten einen Anspruch auf Vollzeitarbeitslosengeld. Darüber hinaus bestehen – wiederum in den Niederlanden – gesetzliche bzw. tarifvertragliche Regelungen, die jüngeren oder älteren Menschen den Arbeitsmarkteintritt bzw. -austritt mit dem Instrument der Teilarbeitszeit flexibel und beschäftigungswirksam gestalten sollen.⁷ Zwischen 1982 und 1995 war

es belgischen Arbeitslosen möglich, dann wenn sie ein Teilzeitbeschäftigungsverhältnis aufnehmen, zusätzlich ein Teilzeitarbeitslosengeld zu erhalten. Zudem bestehen indirekte Förderaspekte. Der geringe Anteil geringfügiger Teilzeitbeschäftigung in Schweden ist im Zusammen-

hang mit dem guten Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zu betrachten. Eine Erhöhung der Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen könnten Regelungen ergeben, die Teilzeiterziehungsurlaub ermöglichen.

Wie hoch die Anreize für Teilzeitarbeit jedoch auch sein mögen, immer ist das Verhalten der Arbeitsmarktakteure nur bedingt beeinflussbar. Verhaltenänderungen benötigen Zeit. Zudem bestehen Nebenbedingungen, die Beschäftigungspotentiale beeinflussen:

- Insbesondere in kleineren Betrieben sind Übereinstimmungen von nachgefragten und angebotenen Qualifikationen nicht immer leicht zu herzustellen.
- Weichen die neu geschaffenen Teilzeitarbeitsverhältnisse nur gering von den Vollzeitarbeitsverhältnis ab, dann kompensieren Produktivitätseffekte den Beschäftigungseffekt. Zum einen gelten Teilzeitarbeiter als produktiver als Vollzeitbeschäftigte. Zum zweiten sind Anreize einer technologischen und arbeitsorganisatorischen Produktivitätssteigerung bei flexibleren Arbeitszeiten leichter umzusetzen.
- Unterscheiden sich die zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze stärker von der vollen Arbeitszeit, dann sind Beschäftigungszuwächse zu erzielen, die jedoch durch Mobilisierungseffekte der „Stillen Reserve“ – und damit vorrangig Frauen – kompensiert werden, so daß der Abbau der registrier-

Abbildung 1: Geringfügig Beschäftigte 1992

	Mio. Personen bzw. Anteile		
	West	Ost	zusammen
Ohne hauptberufliche Erwerbstätigkeit	2,616	0,363	2,979
Frauen	70%	47%	67%
Männer	30%	53%	33%
Mit hauptberuflicher Erwerbstätigkeit	1,217	0,257	1,474
Frauen	47%	44%	46%
Männer	53%	66%	54%
Geringfügig Beschäftigte zusammen	3,833	0,620	4,453
Anteil am Arbeitsvolumen	4,8%	2%	4%
Frauen	63%	46%	60%
Männer	37%	54%	40%

Quelle: ISG, nach: Bäcker/Ebert 1996, S. 248f

Zusammenfassend gilt: Die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse steigt. Darunter nimmt der Anteil prekärer Beschäftigung überproportional zu.

Abbildung 2: Entwicklung der Anteile befristeter Beschäftigungsverhältnisse (in Prozent)

Mikrozensus	Bundesgebiet West			Ost	
	1985	1990	199-4	1991	1994
Insgesamt	5,4	5,9	5,7	10,3	11,5
Alter					
unter 25 Jahre	10,3	11,6	15,5	13,0	18,9
25-44 Jahre	5,1	5,9	5,4	10,1	10,3
45-59 Jahre	3,2	3,2	2,7	9,6	11,8
60 Jahre und älter	5,2	4,6	4,6	12,2	12,4
Geschlecht					
Männer	4,8	4,9	5,3	9,8	10,4
Frauen	6,3	7,2	6,1	10,9	12,9

Quelle: Sozialpolitische Umschau, Nr. 53/1996
(Tabelle ist gekürzt)

ten Arbeitslosen gering ist.⁸

• Zuletzt sei erwähnt, daß eine „erzwungene“ Teilarbeitszeit zu mehr Aktivitäten in der Schattenwirtschaft führen kann.

Mehr Beschäftigung durch Teilzeit führt nicht notwendigerweise zu einer Senkung der Zahl der Arbeitslosen,

so das Fazit. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß eine Mobilisierung der „Stillen Reserve“ durchaus sozial- und gleichstellungspolitisch erwünschte Folgen hat.

Geringfügige Beschäftigung

Eine grundsätzlich prekäre Form der Teilzeitarbeit stellt die geringfügige Beschäftigung dar. Neuerdings sind Teilzeitarbeiter bei einer Arbeitszeit von unter 15 Wochenstunden (bis vor kurzem waren es 18 Wochenstunden) aus der Arbeitslosenversicherung ausgenommen. Weder zur Renten- noch zur Krankenversicherung werden Beiträge abgeführt, wenn die Tätigkeit weniger als 15 Stunden pro Woche und/oder das erzielte monatliche Einkommen 1997 weniger als 610 DM in Westdeutschland bzw. 520 DM in Ostdeutschland beträgt.⁹

In Nordrhein-Westfalen wird seit jüngstem versucht, die Nachteile der geringfügigen Beschäftigung mit der Einrichtung von Dienstleistungszentren auszugleichen. Hier werden mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in Pools gebündelt. Die Arbeitnehmer haben ein festes und dauerhaftes Arbeitsverhältnis und werden temporär an verschiedene Arbeitgeber verliehen. Zeiten der Nicht-Beschäftigung können zur Qualifizierung und damit zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktchancen im ersten Arbeitsmarkt genutzt werden. Ähnliche Modelle bestehen in den Niederlanden und in Dänemark. Es ist allerdings verfrüht, Aussagen über Beschäftigungswirkungen zu treffen.

Befristete Beschäftigung

Befristete Arbeitsverträge ermöglichen es Unternehmen, Arbeitskräfte entsprechend betrieblicher Absatzkonjunkturen auf leichte Weise und ohne Entlaßkosten einzustellen oder zu entlassen. Mit der erleichterten Zulassung von befristeten Beschäftigungsverträgen im Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985, das bislang im Fünfjahresrhythmus verlängert wurde, haben die Protagonisten dieses Gesetzes eine beschäftigungspolitische Initialzündung erwartet.

Nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin waren die quantitativen Wirkungen dieses Gesetzes allerdings gering. Nur etwa 2% aller Einstellungen zwischen Mai 1985 und April 1987 wurden in der Form eines befristeten Vertrages abgeschlossen, der ohne das BeschFG nicht möglich gewesen wäre (vgl. Büchtemann/Höland 1989). Bei den betrieblichen Neueinstellungen dominierten Aushilfs- und Saisontätigkeiten sowie sonstige Arbeitsaufgaben von begrenzter Dauer (Messaytätigkeiten und projektorientierte Forschung) mit rund 65%. Lediglich 1,5% aller befristeten Einstellungen entfällt auf Betriebe, die nach eigenen Angaben infolge des BeschFG „mehr Neueinstellungen als ursprünglich geplant“ vorgenommen haben (vgl. Büchtemann 1991, S. 151).

Grundsätzlich gilt: Die Beschäftigungswirkungen der verschiedenen atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind gering bemessen. Atypische Beschäftigung tritt an die Stelle von Normalarbeitsverhältnissen.

4. Regulierung atypischer Beschäftigung

Der Anteil atypischer Beschäftigung an den Arbeitsverhältnissen ist erheblich. Aus diesem Grund lohnt der Blick auf die Regulierungsgrundlagen dieser für Beschäftigte häufig risikogeladenen Beschäftigungsformen. Anlässe für eine sozialverträgliche Re-Regulierung bestehen einerseits in den jeweiligen spezifischen Benachteiligungen, die atypischen Beschäftigungsverhältnissen innewohnen, und andererseits in den sich hierin noch einmal ausdifferenzierenden grundsätzlichen ungleichgewichtigen Ausgangsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Darüber hinaus lassen sich Gründe der Verteilungsgerechtigkeit anführen: Kosten der sozialen Sicherung werden allzuoft auf die Gemeinschaft der Beitrags- bzw. Steuerzahler übertragen, obgleich sie le-

diglich von speziellen Gruppen verursacht werden (z.B. Zahlung von Sozialhilfe infolge fehlender oder geringer Ansprüche gegenüber der Arbeitslosen- und/oder Rentenversicherung).

Defizite atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die hinsichtlich sozialer Sicherung, Einkommen, Beschäftigungsstabilität oder Partizipation an Qualifizierungsmaßnahmen, Mitbestimmung usw. bestehen können, sind nur durch differenzierte Regulierungsmaßnahmen auszugleichen. Vor dem Hintergrund der Anerkennung von Flexibilisierungserfordernissen folgen unsere Regulierungsvorstellungen der Maxime, soziale Risiken gleichwertig zum „Normalarbeitsverhältnis“ abzusichern und zwischen dem Flexibilisierungsbedarf von Betrieben und selbstbestimmten Handlungsspielräumen der Beschäftigten zu vermitteln.¹⁰

Im folgenden stellen wir eine möglichst einfache Systematisierung der Regulierung der differenzierten atypischen Beschäftigungsverhältnisse vor (vgl. zu folgendem Keller/Seifert 1993). Der Leitgedanke setzt zunächst an bei der analytischen Unterscheidung von teilbaren und unteilbaren Rechten. Unteilbare Rechte, wie etwa Kündigungsschutz, Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrechte, Lohnsysteme und Entlohnungsgrundsätze, Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen sollen bei allen Beschäftigten – unabhängig ob sie sich in „normalen“ oder atypischen Arbeitsverhältnissen befinden – in gleichen Umfang gelten. Teilbare Rechte, wie etwa Einkommen und betriebliche Sozialleistungen, können anteilig hinsichtlich der Arbeitszeit gelten.

Einzelne Defizite atypischer Beschäftigungsverhältnisse sind von diesem Leitgedanken nicht erfaßt. Insbesondere betrifft dies zum einen das Risiko einer nicht-kontinuierlichen Einkommenserzielung bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen und z.T. bei der Leiharbeit. Hier schlagen wir in Anlehnung an Keller und Seifert (1993) die Einführung von Risikoausgleichszahlungen vor. Zum zweiten sind Scheinselbständigkeiten durch Regulierungsmaßnahmen nur sehr schwer zu erreichen. Dabei besteht die Gefahr, daß mit der Durchsetzung von Regulierungen in den anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen die Attraktivität von Werkverträgen u.a. für die Arbeitgeber gesteigert wird. Hier sollte ver-

sucht werden, Selbständige in die Arbeitslosenversicherung zu integrieren und Vertragsgeber an den Kosten zu beteiligen. In der nachfolgenden Darstellung der Regulierungen innerhalb der unterschiedlichen Beschäftigungsformen kommen wir auf diese Probleme im einzelnen zurück. Die Abbildung 3 vermittelt einen Überblick über die Systematik der Überlegungen zur Veränderung bestehender Regulierungsmuster.

Teilzeitbeschäftigung

Arbeit in Teilzeit ist in ihrer Normalform, d.h. unbefristet und sozialversicherungspflichtig – vor allem auch gemessen an den im folgenden angesprochenen Formen atypischer Beschäftigung –, eine recht unproblematische Beschäftigungsform. Dies gilt allerdings nicht für flexible Sonderformen, wie die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz).

Flexible Teilzeitarbeitsformen („Kapovaz“ und „job sharing“¹¹) sind ansatzweise im Beschäftigungsförderungsgesetz geregelt. Sofern keine andere Arbeitszeitdauer im Kapovaz-Arbeitsvertrag festgelegt ist, gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von 10 Stunden als vereinbart. Bandbreitenregelungen (etwa 10-15 Stunden) sind nicht erlaubt. Es besteht eine Ankündigungsfrist von mindestens 4 Tagen und ein Mindestarbeits-einsatz von 3 Stunden (§ 4 BschFG). Diese Mindeststandards sind unzureichend. So hat beispielsweise ein Arbeitnehmer, der mit einer verkürzten Ankündigungsfrist zur Arbeit aufgefordert wird, ein Leistungsverweigerungsrecht, doch kann er dieses in der Praxis allenfalls dann geltend machen, wenn er für den Arbeitgeber unentbehrlich ist.

Eine überzeugende Regulierung von Kapovaz sollte zwei Aspekte berücksichtigen: Zum einen sollten Ankündigungsfristen nach Fristenlänge gestaffelt in Form von (Ruf-)Bereitschaftszulagen honoriert werden (solche Prämienregelungen bestehen u.a. in Hafenbetrieben). Kostenvorteile, die Betriebe durch eine extrem flexible Arbeitszeitgestaltung erzielen,

werden auf diese Weise mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geteilt, die Einschränkungen ihrer zeitlichen Gestaltungsfreiheiten erleiden. Im Unterschied zur normalen Teilzeitbeschäftigung besteht bei der Kapovaz eine Blockierung der Zeitsouveränität und Arbeitskraft. Für diese Sonderleistung keinerlei Vergütung vorzusehen, stellt eine Benachteiligung dar, für die sachliche Gründe nicht ersichtlich sind. Von dem Arbeitgeber ist aus diesem Grund ein berechnungszeitabhängiger Ausgleich zu zahlen.

Geringfügige Beschäftigung

Sozialversicherungsfreie Teilzeitformen sind lediglich dann unbedenklich, wenn die „Geringverdiener“ anderweitig sozialversichert sind. Dies betrifft Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher sowie Arbeitslose. Aus diesem Grund geht es nicht um die Einführung einer allgemeinen Versicherungspflicht, sondern „um deren differenzierte Ausdehnung auf etwa die Hälfte der geringfügig Beschäftigten“ (Keller/Seifert 1993, S. 543), die keine anderweitige soziale Absicherung haben bzw. sozialversicherungsrechtliche Anwartschaften erwerben können (Ausnahme: Krankheitsschutz

Verheirateter über die Familienversicherung).

Trotz des gemeinsamen Ziels, die geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherung einzubeziehen, klaffen die hierzu mittlerweile von allen Oppositionsparteien im Bundestag vorgelegten Gesetzesinitiativen im Ansatz und in der Reichweite deutlich auseinander. So soll durch die Vorlage der SPD (1995) zwar der „Mißbrauch der geringfügigen Beschäftigung wirksam bekämpft werden, ohne diese Beschäftigungsform aufgrund gesetzlicher Normen generell vom Arbeitsmarkt verdrängen zu wollen“ (ebd.), während die PDS (1996) in den Mittelpunkt ihrer Initiative gerade auch deren ordnungspolitische Funktion stellt: „Um zu verhindern, daß Arbeitsstellen weiter zergliedert und in stundenweise Beschäftigung umgewandelt werden, soll für Einkommen unterhalb des Existenzminimums der Arbeitgeber prinzipiell beide Beitragsanteile tragen.“ (ebd.) Aus dieser divergierenden Herangehensweise resultieren deutliche Unterschiede im Sicherungsniveau der geringfügig Beschäftigten: Kern des SPD-Modells ist die Entkopplung der Beitragspflicht der Arbeitgeber einerseits und der individuellen Versicherungspflicht der Arbeitnehmer andererseits; zwar werden die Arbeitgeber generell oberhalb einer Ba-

Unsere Regulierungsvorstellungen folgen der Maxime, soziale Risiken gleichwertig zum „Normalarbeitsverhältnis“ abzusichern und zwischen dem Flexibilisierungsbedarf von Betrieben und selbstbestimmten Handlungspielräumen der Beschäftigten zu vermitteln.

Abbildung 3: Re-Regulierung atypischer Beschäftigungsformen

	Teilzeitarbeit	Geringfügige Beschäftigung	Befristete Beschäftigung	Leiharbeit	Abhängige Selbständigkeit	(Tele-)Heimarbeit
Einkommen	Anteilig an tarifl. Regelung (bei Kapovaz: Berechnungsausgleich)	Anteilig bis gesetzliche Höchstgrenze	Wie im Tarifvertrag geregelt	Anteilig an Tarifvertrag mit Verleihunternehmen	Wie im Tarifvertrag geregelt	Wie im Tarifvertrag geregelt
Weiterbildung	Wie Vollzeitbeschäftigte	Annäherung an Vollzeitbeschäftigte	Wie Vollzeitbeschäftigte	Über Verleihunternehmen	Wie interne Beschäftigte	Wie interne Beschäftigte
Beruflicher (Bewährungs-) Aufstieg	Wie Vollzeitbeschäftigte	Annäherung an Vollzeitbeschäftigte	Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen	Bereitstell. von Qualifizierungsmaß. seitens des Verleihunternehmens		Wie interne Beschäftigte
Beschäftigungsstabilität	Wie Vollzeitbeschäftigte	Wie Vollzeitbeschäftigte	Risikoaussgleich	Bei Verleihunternehmen	Risikoaussgleich	Wie interne Beschäftigte
Interessenvertretung	Wie Vollzeitbeschäftigte	Wie Vollzeitbeschäftigte	Wie unbefristet Beschäftigte	Doppelte Vertretungsregelung bei Ver- u. Entleiher		Wie interne Beschäftigte
Soziale Sicherung: Rente, Arbeit, Krankheit	Anteilig in Höhe und Dauer	Leistungskatalog differenz. n. d. Zweig. d. Sozialvers. oder umfass. Pauschallösung	Wie bei Normalarbeitsverhältnis	Wie bei Normalarbeitsverhältnis	GRV und GKV wie bei Normalarbeitsverhältnis	Wie interne Beschäftigte

Quelle: Keller/Seifert 1993, überarbeitet und ergänzt

gatellgrenze (ein Fünfzigstel der Bezugsgröße) für die Beschäftigten in allen Sozialversicherungen beitragspflichtig¹², doch ergibt sich für die Beschäftigten nur dann – und hier differenziert nach den Zweigen der Sozialversicherung – eine persönliche Versicherungspflicht, wenn ein Schutzbedürfnis besteht, und keine Mitnahmeeffekte möglich sind. Demgegenüber stellt der PDS-Antrag darauf ab, daß grundsätzlich jede Stunde abhängiger Beschäftigung sozialversicherungspflichtig zu sein hat, mit dem Ziel, derartige Beschäftigungsverhältnisse für den Arbeitgeber finanziell unattraktiv zu machen.

Befristete Beschäftigung

Regulierungserfordernisse gründen vor allem auf der Tatsache, daß die Arbeitnehmer infolge der Instabilität befristeter Beschäftigung erhöhte soziale und finanzielle Kosten zu tragen haben. Diese sind durch eine Risikoausgleichzahlung, deren Höhe zeit- und einkommensabhängig zu bemessen ist, zu kompensieren (in verschiedenen Ländern – so in Frankreich, Italien und Spanien – bestehen derartige Regelungen). Zu überlegen wäre weiterhin, ob nicht die Zusatzbelastungen, die der Bundesanstalt für Arbeit durch die Externalisierung der Personalangleichungspolitik entstehen (insbesondere Vorhaltung ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik) nicht in Teilen auf die Unternehmen zurückzuverlagern sind. Beispielsweise könnten in den Fällen, in denen befristet eingestellte Beschäftigte nicht übernommen werden, die Arbeitgeberbeiträge an der Arbeitslosenversicherung erhöht werden. Daneben sind befristet Beschäftigte insbesondere bei der beruflichen Weiterqualifizierung den unbefristet Beschäftigten gleichzustellen.

Leiharbeit

Wie die anderen atypischen Arbeitsverhältnisse erleichtert die Leiharbeit eine Personalpolitik, die um einen kleiner werdenden und relativ geschützten Beschäftigungskern bedarfsorientiert flexible Beschäftigungschalen aufbaut. Je nach saisonaler und/oder konjunktureller Auftragslage werden Schalen gebildet oder abgeworfen. Die Ausleihzeit von Leiharbeitskräften beträgt mittlerweile maximal 12 Monate. Weiterhin sind Leiharbeitskräfte von Seiten des Verleihers nach Wunsch des Gesetzgebers unbefristet zu beschäftigen. In der Praxis wird den

Betroffenen jedoch nahegelegt, befristete Verträge zu unterzeichnen. Wie grundsätzlich in Fällen befristeter Beschäftigung könnte auch hier das Instrument von Risikoausgleichzahlungen die Problematik mindern.

Mit Blick auf gesetzliche Grundlage sollte eine grundsätzliche Regelungsstrategie versuchen, die systematische Gleichbehandlung von Betriebsangehörigen und Leiharbeitnehmern hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Entlohnung durch die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu erwirken.

Abhängige Selbständigkeit

„Abhängige Selbständige“ – oft Einzelpersonen – führen zumeist auf Werkvertragsbasis Teilaufgaben aus, die vormals im auftraggebenden Unternehmen selbst verrichtet wurden. Den Nutzen haben vor allem die Auftraggeber, die vielfach die früheren Arbeitgeber der nunmehr „selbständigen“ Auftragnehmer waren. Der Werkvertrag ist Mittel, um den sozialen Verpflichtungen wie etwa der Sozialversicherungspflicht und dem Einhalten von Kündigungs-schutzregelungen sowie Beschäftigungsrisiken, wie Lohnfortzahlung bei Krankheit, Feiertagen und Schwangerschaft u.a., zu entgehen. Die Risiken und sozialen Belastungen, wie freiwillige Kranken- und Rentenversicherung, liegen bei denjenigen, die sich zur Ausführung eines Werkes verpflichtet haben. Ebenso tragen allein die abhängigen Selbständigen die potentiellen Belastungen betrieblicher oder sektoraler Konjunkturschwankungen.

Regulierungserfordernisse bestehen insbesondere in der sozialen Absicherung der prekär beschäftigten Selbständigen. Die sogenannten Scheinselbständigen haben keine Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Rentenanwartschaftszeiten weisen allzuhäufig Lücken auf. Angesichts der Schwierigkeit, diese individualisierte Form der Arbeit vor deren prekären Folgen zu schützen, sind grundlegende Änderungen im Zugang zu der gesetzlichen Sozialversicherung unumgänglich. Bedeutsam ist vor allem die Absicherung im Alter.¹³ Hier ist die Versicherungspflicht von Selbständigen anzustreben. Um einen korrekten und reibungslosen Beitragseinzug zu gewährleisten, könnte hinsichtlich der Betragshöhe ein Wahlrecht zwischen einem Pauschalbetrag entsprechend der Bezugsgröße und einer einkommensgerechten Beitragszahlung ein-

geführt werden (vgl. Bäcker/Ebert 1996); bei abhängig Selbständigen erfolgt eine volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber.

(Tele-)Heimarbeit

Handlungsbedarf besteht hier primär in der Sicherstellung der Arbeitnehmerstatus für TeleheimarbeiterInnen, um zu verhindern, daß die Ausgliederung von Tätigkeiten aus dem Betrieb als Einstieg in die unfreiwillige abhängige Selbständigkeit fungiert; darüber hinaus sind aus unserer Sicht derzeit keine gesetzlichen Initiativen notwendig.

5. Schluß

Die Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse erfordert differenzierte Re-Regulierungen. Wenn ein Unternehmen seine Arbeitseinsatzorganisation flexibilisiert und darüber seine Gewinne steigert, dann ist es ebenso an den gesellschaftlich entstehenden sozialen Kosten wie auch an den individuellen Kosten zu beteiligen. Individuelle Kosten entstehen beispielsweise dann, wenn unteilbare Rechte, wie etwa Teilhabe an Qualifizierung, Mitbestimmung und Kündigungsschutz, nicht gewährt werden. Dies ist bei befristeten Beschäftigungen der Fall. Damit ist gleichzeitig auch ein betrieblicher Aufstieg und eine Beschäftigungsstabilität verhindert. Hinzukommt, daß bei befristeten, wie auch bei Leiharbeitsverhältnissen und bei der Kapovaz, eine kontinuierliche Einkommenssicherung nicht immer sichergestellt ist. Derartige individuelle Kosten sind von Seiten des Arbeitgebers in Form einer Risikoausgleichzahlung zu mindern. Darüber hinaus ist es unumgänglich, auf die durch atypische Beschäftigung entstehenden sozialen Risiken innerhalb der Sozialversicherung zu reagieren.

spw

Literatur

- Bäcker, G./T. Ebert (1996): Defizite und Reformbedarf in ausgewählten Bereichen der sozialen Sicherung, Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in der Reihe „Zukunft des Sozialstaates“. Düsseldorf
- Büchtemann, C. F. (1990): „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes: Begriffsbestimmung und sozialstaatliche Implikationen, in: C. F. Büchtemann/H. Neumann (Hrsg.), Mehr Arbeit durch weniger Recht? Berlin: edition sigma, S. 229-243
- Büchtemann, C. F. (1991): Betriebliche Perso-

Wenn ein Unternehmen seine Arbeits-einsatzorganisation flexibilisiert und darüber seine Gewinne steigert, dann ist es ebenso an den gesellschaftlich entstehenden sozialen Kosten wie auch an den individuellen Kosten zu beteiligen.

- anpassung zwischen Kündigungsschutz und befristeten Arbeitsvertrag. In: K. Semlinger (Hrsg.): Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Interessen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 135-157
- Büchtemann, C. F./Höland, A. (1989): Befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 (BeschFG 1985). Hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsbericht 183. Bonn
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1994): Teilzeitarbeit. Ein Leitfadens für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Bonn
- Dietrich, H. (1996): Empirische Befunde zur „Scheinselbständigkeit“, IAB-Werkstattbericht Nr. 7, 25. 11. 1996
- DGB (1996): DGB-Stellungnahme zur Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG – sowie zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung – BillBG (Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 2/1996)
- Hof, B. (1994): Von der Voll- zur Teilzeit. Internationale Erfahrungen und Perspektiven. In: iw-trends, Heft 1
- Keller, B./Seifert, H. (1993): Regulierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse. In: WSI-Mitteilungen. Jg. 46, Heft 9, S. 538-545
- Matthies, H. u.a. (1993): Arbeit 2000. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Mayer, U. R. (1992): Präkäre Beschäftigungsverhältnisse. Abschiede der Beschäftigungspolitik vom Sozialstaat? In: H. Schmitthenner (Hrsg.): Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik. Hamburg: VSA, S. 91-107
- McKinsey (1994): Teilen und Gewinnen. Das Potential der flexiblen Arbeitszeitverkürzung. München
- Mückenberger, U. (1991): Re-Regulierung neuer Beschäftigungsformen – Kann „atypische Beschäftigung“ sozialverträglich sein? In: K. Semlinger (Hrsg.) Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Interessen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 203-224
- Ochs, C. (1996): Nur ein kleiner Zuverdienst? Geringfügige Arbeitsverhältnisse. In: G. Pohl/C. Schäfer (Hrsg.): Niedriglöhne. Hamburg: VSA, S. 162-177
- O'Reilly, J. (1996): Labour Adjustments though Part-time Work. (Manuskript. Ist erschienen in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Handbook of Labour Market Policy Evaluation.
- PDS (1996): PDS-Bundestagsgruppe: Sozialversicherungspflicht für jede bezahlte Arbeitsstunde, Bundestagsdrucksache 13/6090 vom 12.11.96
- Sozialpolitische Umschau, div. Ausgaben
- SPD (1995): SPD-Bundestagsfraktion: Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung des Mißbrauchs der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung, Bundestagsdrucksache 13/3301 vom 11.12.95
- Walwei, U. (1995): Beschäftigungswunder durch Förderung der Teilzeitarbeit? Das niederländische Modell im europäischen Kontext. In: Arbeit und Sozialpolitik. Heft 1, 13-24
- Walwei, U. (1997): Mehr Teilzeitbeschäftigung durch flexiblere Arbeitszeitarrengements? – Eine Analyse auf der basis eines internationalen Vergleichs. In: D. Sadowski/K. Pull (Hrsg.): Vorschläge jenseits der Lohnpolitik. Optionen für mehr Beschäftigung II. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 175-202
- Weber, U. (1990): Bestandsaufnahme zum Beschäftigungsförderungsgesetz 1985. In: Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht. Heft 18, S. 713-717
- Welsch, Jochen (1997): Arbeiten in der Informationsgesellschaft. Studie für den Arbeitskreis „Arbeit-Betrieb-Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Zukunftskommission (1996): Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Teil 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. Bonn
- 1 Ungeachtet der Risiken, die atypischen Beschäftigungsverhältnissen anheften, ist zwischen atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen zu unterscheiden. Viele, jedoch nicht alle atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind zugleich prekär, d.h. a) durch geringen sozialen Schutz (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) und/oder b) geringem Einkommen, also für eine eigenständige Lebensführung unzureichendem Verdienst und/oder durch c) geringem Bestandsschutz gekennzeichnet.
- 2 Zwar entsprechen auch die Beschäftigungsverhältnisse in Form von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§§ 91ff. AFG) und der „Hilfe zur Arbeit“ (§§ 18ff. BSHG) den oben genannten Kriterien atypischer Beschäftigung, doch sind diese Instrumente des „Zweiten Arbeitsmarktes“ auf die (Re-)Integration in den regulären Arbeitsmarkt ausgerichtet.
- 3 Dabei wird naturgemäß nur die Größenordnung des legalen Verleihgewerbes erfaßt; der illegale Arbeitnehmerverleih dürfte die Zahl der amtlich erfaßten Arbeitnehmerüberlassung um ein Mehrfaches überschreiten: „Allein das Ausmaß der illegalen Leiharbeit beträgt nach DGB-Schätzungen mehr als 1 Million Menschen, die in West- und Ostdeutschland ein- oder mehrmals jährlich im Rahmen unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung eingesetzt werden“ (DGB 1996, S. 6).
- 4 Das BAG-Modell für die Unterscheidung von Selbständigen und abhängig Beschäftigten basiert auf dem Leitbegriff der persönlichen Abhängigkeit, die sich durch die Merkmale der inhaltlichen, zeitlichen und örtlichen Weisungsbindung sowohl der personellen und materiellen Eingliederung in den Betrieb des Auftragsgebers definiert.
- 5 Das „Alternativmodell“ orientiert sich an dem Leitbegriff des Unternehmerrisikos, also der wirtschaftlichen (Un-)Abhängigkeit, und stellt dabei die Kriterien der eigenen Unternehmensorganisation, die Zahl der Auftraggeber, die Verteilung der Chancen und Risiken und der freiwilligen Übernahme des Unternehmerrisikos in den Mittelpunkt. Nicht eindeutig zuzuordnen sind je nach Abgrenzung zwischen 225.000 („Alternativmodell“) und 280.000 („BAG-Modell“) Personen, sogenannte „Semiabhängige“, die Merkmale sowohl von abhängiger als auch von selbständiger Erwerbstätigkeit aufweisen; hier könnte der Erwerbsstatus nur durch eine gerichtliche Einzelfallprüfung geklärt werden.
- 6 Ein weiteres Modell beruht auf einem Vorschlag einer Arbeitsgruppe der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger und grenzt danach ab, ob a) eine erwerbsmäßige Tätigkeit vorliegt und im Zusammenhang mit der Tätigkeit (mit Ausnahme von Familienangehörigen) keine Arbeitnehmer mehr als geringfügig beschäftigt werden, b) regelmäßig nur für einen Auftraggeber Tätigkeiten erbracht werden und c) eine für abhängig Beschäftigte typische Arbeitsleistung erbracht wird; sind alle diese Merkmale gegeben, sollten die Beschäftigten der Pflichtversicherung in der Sozialversicherung unterliegen. Nach dieser Konzeption wäre von 431.000 abhängig Beschäftigten auszugehen, die gegenwärtig als „selbständig“ firmieren.
- 7 Mit einer neuen Altersteilzeitregelung wurde 1996 in der Bundesrepublik ein Instrument des allmählichen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben speziell für „Frührentner“ geschaffen. Ob diese Regelung mehr Zuspruch finden wird als die Teilrentenregelung von 1992 ist zur Zeit ungewiß.
- 8 Dieser Effekt führte bei dem „Teilzeitweltmeister“ Niederlande dazu, daß sich die erhebliche Steigerung der Teilzeitbeschäftigung – zwischen 1983 und 1992 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer von 0,9 auf 2,1 Millionen Beschäftigte – nicht in einer Verringerung der Arbeitslosenquote niederschlug. Die Teilzeitoffensive mobilisierte hier insbesondere Frauen, deren Beschäftigungsquote sich Anfang der 80er Jahre – etwa im Vergleich etwa zur Bundesrepublik – auf einem sehr niedrigen Niveau befand (vgl. Walwei 1995; 1997).
- 9 Diese Einkommensgrenze wird jährlich neu festgelegt; sie stellt ein Siebteil der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 SGB IV dar.
- 10 Die folgenden Vorschläge orientieren sich an den bestehenden Beschäftigungs- und Sozialversicherungssystem. Die bedeutsame alternative Diskussion um Grundsicherung und Mindesteinkommen ist damit zunächst nicht berührt. Mit Bezug auf diese Debatte lassen sich in unserem Beitrag jedoch ergänzende Hinweise auf Regulierungsnotwendigkeiten finden.
- 11 Die Bedeutung von „job-sharing“ ist in der Praxis minimal und bleibt aus diesem Grund in dieser Darstellung unberücksichtigt.
- 12 Kurzfristige Beschäftigungen (bis zu 2 Monaten/50 Tagen) bleiben hiervon unberührt.
- 13 So wünschenswert die Möglichkeit der (freiwilligen) Integration der arbeitnehmerähnlichen abhängigen Selbständigen in die Arbeitslosenversicherung für diese sein mag, so groß ist die Gefahr des Mißbrauchs. Schwierigkeiten bereitet hier die Definition von „Arbeitslosigkeit“ bei Selbständigen. Aus diesem Grund ist auf eine Einbeziehung zu verzichten. Demgegenüber läßt sich für den Krankenversicherungsschutz keine Sicherungslücke feststellen: So waren im April 1990 in Westdeutschland nur 0,15 % der Bevölkerung nicht in irgendeiner Form gegen das Krankheitsrisiko geschützt; ob diese Lücke bei den abhängig Selbständigen tatsächlich signifikant größer ist, läßt sich nicht feststellen.

Linke Geschichten

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Christoph Meyer*

Geschichtspolitik betreibt in Deutschland vor allem die Rechte erfolgreich und massiv. Sie weiß warum, denn das konservative Geschichtsbild dient der ideologischen Absicherung und Legitimation konservativer Herrschaft, Hegemonie. Nicht umsonst umgibt sich der Bundeskanzler, selbst gelernter Historiker, mit Wissenschaftlern wie dem Politologen Hans-Peter Schwarz, der eine quellenmäßig breit fundierte, gleichwohl reichlich apologetische Adenauer-Biographie geschrieben hat, nunmehr aber – bestückt mit pseudowissenschaftlichen historischen Argumenten – die Rückkehr Deutschlands als „Zentralmacht Europas“ auf die „Weltbühne“ fordert¹.

Nicht nur ansatzweise gelingt es hier, das eigene zeitgeschichtliche Bild durchzusetzen und daraus einen politischen Gestaltungsanspruch herzuleiten. In dieser Sicht wird Konrad Adenauer der Wegbereiter der deutschen Einheit, der immer schon alles gewußt habe, und Helmut Kohl, der „Enkel“, der Vollender dessen, was Adenauer schon immer gewollt habe: des Wiederaufstiegs Deutschlands als europäische Großmacht mit fester Einbindung in das nach Osten expandierende westliche Militärbündnis.

Rechte Geschichtspolitik und die Sozialdemokratie

In diesem Bild wird die deutsche Linke, die Sozialdemokratie eingeschlossen, als ständige Neinsagerin gesehen, nationsvergessen und politisch unzuverlässig, wenn es um das Verhältnis zum Gegner im Kalten Krieg, zum Ostblock geht: „Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur“, wie ein weiterer konservativer Wissenschaftler dichtet². Und dieses Bild wird in die politische Gegenwart und Zukunft hineinprojiziert, wenn es darum geht, den Politikwechsel mit Hilfe des PDS-Feindbildes zu verhindern.

Ein Gegendiskurs findet innerhalb der Sozialdemokratie durchaus statt. Da geht es, bezogen auf die Geschichte nach 1945, vor allem um die Betonung der eigenen antikommunistischen, freiheitlich-demokratischen Tradition³; bezüglich der jüngeren Geschichte befindet man sich in einem Abwehr- und Rückzugsgefecht, besonders, was die sogenannte „zweite Ostpolitik“ 1982-1989 angeht⁴. Die Haltung dieses sozialdemokratischen Gegendiskurses ist defensiv, und er begibt sich gegenüber der rechten Hegemonie in eine subalterne Position, indem er deren Maßstäbe weitgehend kritiklos übernimmt. Damit wiederum wird die Wirkung der konservativen Kampa-

gne weiter verstärkt. Hinzu kommt die rechte Vorherrschaft in den Massenmedien sowie das offenkundige Desinteresse der Parteiführung an der Thematik. Was will sie auch mit derlei ‚ollen Kamellen‘, wo es doch um aktuellste Demoskopie und ‚Innovation‘ geht?

Geschichtsaufarbeitung der Linken

Von einer gemeinsamen Anstrengung, das Vergangene aufzuarbeiten und es für die Zukunft produktiv zu wenden, ist die Sozialdemokratie derzeit weit entfernt. Hier fehlt es auch und gerade an Beiträgen aus der Linken, die von ihrem Anspruch her die radikalste und deutlichste Gegenposition zur konservativen Geschichtsauffassung entwickeln müßte. Dazu gehört auch die ehrliche und selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle „zwischen“ den Polen des Kalten Krieges. Solange es aber nicht gelingt, zu einer eigenständigen Geschichtsauffassung mit klaren politischen und politisch-ethischen Maßstäben zu kommen, werden Linke recht hilflos zwischen Verdrängung, Apologie und gegenseitiger Denunziation schwanken, und der ebenso notwendige Angriff auf rechte ideologische Positionen leidet an einem Legitimationsdefizit. Auch werden historisch begründete Spaltungen innerhalb der Linken auf diese Weise schwerlich überwunden werden können. Eine notwendige (gleichwohl nicht hinreichende) Voraussetzung für die Entwicklung und Bearbeitung gemeinsamer politischer Projekte ist die selbstbewußte und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Kritik an der Position des „Antikommunismus“ hat heute die Kritik an der Position der „Aktionseinheit“ zur Voraussetzung.

Mit diesem Heftschwerpunkt will *spw* die Diskussion um die jüngere Vergangenheit der Linken, insbesondere der sozialdemokratischen, vorantreiben. Nach dem Umbruch von 1989/90 drängen sich da zwei Problemkreise besonders auf: Wie ist das Verhältnis zwischen sozialdemokratischer Linke und KommunistInnen im Nachhinein zu bewerten? Und, damit eng zusammenhängend: Wie ist der staatsgewordene Parteikommunismus, die DDR, im Nachhinein zu bewerten? Dabei kommt der ersten Frage in diesem Heft eindeutig die Priorität zu, was daran liegt, daß dieser Bereich übersichtlicher und mit der unmittelbaren Geschichte des *spw*-Zusammenhangs verwoben ist.

So geht es in den folgenden drei Beiträgen geht es um die Linke im Spannungsverhältnis von Antikommunismus und Aktionseinheit, dann konkretisiert an den Beispielen des Hannoveraner Kreises (HK) bei den Jusos und des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), jeweils dargestellt aus der mehr oder minder subjektiv geprägten Sicht von Menschen, die an den damaligen Prozessen aktiv beteiligt waren. Es folgt ein Vergleich der Ergebnisse feministischer Diskussionen im Westen mit der Situation der Frauen in der DDR. Die Diskussionen um Konzepte für einen „Modernen Sozialismus“ in der DDR im Jahre 1989 dokumentieren nicht nur Reformbestrebungen innerhalb der SED, sondern sind auch inhaltlich heute noch beachtenswert. Der abschließende Beitrag befaßt sich mit dem bis heute und auf absehbare Zeit allgegenwärtigen Thema der ‚Stasi‘-Verstrickungen und ihrer politischen Instrumentalisierung. Weitere Beiträge, die sich auch mit linker Geschichte in den 50er/60er Jahren beschäftigen, werden folgen.

Schließlich bleibt hier vieles lückenhaft, sowohl von den behandelten Themen als auch von der politischen Konzeptionalisierbarkeit her. Keiner der hier vorgelegten

Die selbstbewußte und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ist eine Voraussetzung für die Entwicklung und Bearbeitung gemeinsamer politischer Projekte der Linken.

* Dr. Christoph Meyer, Köln, Historiker und Mitglied der *spw*-Redaktion

Texte ist apologetisch, einseitig oder denunziatorisch. Alle bemühen sich um Offenheit. Offenheit für weitere Diskussionen, die die Linke sehr nötig hat, wenn sie die Zukunft gestalten will. In diesem Sinne hoffen wir auf Reaktionen und weitere Beiträge. spw

- ¹ Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- ² Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin und Frankfurt am Main 1992.
- ³ Vgl. z.B. Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen So-

zialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995, hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996 (Gesprächskreis Geschichte; Heft 13), sowie, bezogen auf die Vor- und Frühgeschichte der DDR, zuletzt Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; Bd. 45).

- ⁴ Vgl. z.B. Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn, hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1993 (Reihe Gesprächskreis Geschichte; Heft 4).

Die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und der „Antikommunismus“ sind politische Stichworte, mehr noch flammend leuchtende Signalzeichen, die einst emotional hoch besetzt waren. Heute klingen sie nach einer vergangenen Zeit. Als Erkennungsmerkmale politischer Gesinnung, als programmatische Ansprüche und gesellschaftsverändernde Praxen scheinen sie sich mit dem Verschwinden der kommunistischen Staaten und dem Dahinsiechen der letzten kleinen kommunistischen Parteien erübrigt zu haben. Und dennoch wirken sie fort, auch wenn sie ihren Anker verloren haben. Sie betreffen nicht nur zentrale Aspekte des politischen Selbstverständnisses eines bestimmten Teils der Linken ebenso wie ihrer Gegner, die als – zudem unverdaute – Historie bewußt oder unbewußt fortwirken. Sie spielen zumindest indirekt auch eine erhebliche Rolle bei der Definition zukünftiger Ziele und Veränderungswege linker Politik sowie den Überlegungen für mögliche gesellschaftliche oder parteipolitische Bündnisse zur Wende der konservativen Wende und zum Regierungswechsel. Sie wirken fort als lähmender, in der Vergangenheit festhaltender Phantomschmerz der großen fortlebenden Partei, der SPD, und, politisch weniger relevant, als schuldbewußtes, aber wenig verändertes Vereinnahmungsverhalten der Resteverwertungspartei PDS. Schließlich haben der sehr unerquickliche, oft vernichtende Streit um Antikommunismus und Aktionseinheit zu einem politischen Flurschaden gegenüber der kritischen Intelligenz geführt, der erst jetzt ganz zu Tage zu treten scheint. Grund genug, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Träger der Aktionseinheit

In dem Maße, wie sich in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Revolte von '68 eine ernstzunehmende Linke herausbildete, entstand innerhalb von ihr eine sozialdemokratische, marxistisch- oder christlich-sozialistische, nichtkommunistische Strömung, die sich geradezu in besonderer Weise darüber definierte und identifizierte, daß sie für eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten eintrat. Sie machte diese Position zu einem Unterscheidungsmerkmal von anderen Gruppierungen. Zu dieser Strömung gehörten namentlich der Hannoveraner Kreis bei den Jusos, der Sozialistische Hochschulbund (SHB), in ihrem Umfeld Teile der Jusos, der Falken und der SPD, die in ihrer Gänze als „Stamokap-Linke“ apostrophiert wurden. Diese Etikettierung verdankt diese Linke ihrer Anhängerschaft zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die, kurz und vereinfacht gesagt, Staat und Kapital als ein organisiertes Machtmonopol zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung verstand, dem nur mit der Gegenmacht eines antimonopolistischen Bündnisses beizukommen sei. Dieses

Zwischen Aktionseinheit und Antikommunismus

von Mechtild Jansen*

zunächst außerparlamentarische, dann auch parlamentarische Bündnis sollte geführt werden von den zentralistisch organisierten Parteien der Arbeiterklasse. Veränderung sollte Produkt kontrollierter autoritär-instrumentell-technokratisch verstandener Organisation linker Machtapparate sein, eher ein machbares Zuchtprodukt, denn ein zu fördernder demokratischer Wachstumsprozeß.

Dem SHB kam nur eine Randposition und zugleich eine besondere Stellung zu, weil er organisatorisch unabhängig war und als einzige Gesamtorganisation exemplarhaft dieser Theorie zu folgen schien und für das Ziel eines großen Projekts von Aktionseinheit stand. Diese Position pro Aktionseinheit bezog ihre Dynamik und Brisanz zum einen aus dem gewaltigen Spannungsverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die, einst aus einer Bewegung stammend, zu weithin feindlichen Antipoden geworden waren. Zum anderen lebte gerade mit der – hierzulande sozialdemokratisch angeführten – Entspannungspolitik der ideologische Kalte Krieg zwischen Ost und West, der „Systemkampf“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, neu und heftig auf.

Für diese im Kern sozialdemokratisch verankerte Strömung war das Vorhaben von ernsterer Bedeutung als für die Partner einer solchen Aktionseinheit, die Kommunisten bzw. die DKP. Was immer die machttaktischen oder prinzipiellen Interessen der DKP an einer Politik der Aktionseinheit ausmachten, sie riskierte mit ihr nichts, solange diese nicht ernst wurde, und davon war ob der Umstände so bald nicht auszugehen. Währenddessen setzten die Handelnden auf der sozialdemokratischen Seite Parteimitglied-

* Mechtild Jansen, Sozialwissenschaftlerin und Publizistin, Köln, von 1975 bis 1978 Bundesvorsitzende des SHB. Sie wurde 1977/78 wegen ihrer Teilnahme an bzw. Kundgebungsrede auf einer Friedensdemonstration, ihrer Kritik an der Aufrüstungspolitik des Kanzlers Helmut Schmidt und der dabei erfolgten Zusammenarbeit mit Kommunisten aus der SPD ausgeschlossen. Sie war während ihrer Studienzeit und danach initiativ in verschiedenen demokratischen Bürgerbewegungen und Bündnissen tätig, vornan der Frauen- und der Friedensbewegung. Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf die damalige Zeit, bis hin maximal zu Mitte der 80er Jahre.



schaften, berufliche Entwicklungen und Lebenszusammenhänge aufs Spiel, weil sie gegen die offiziellen Tabus und Mehrheitsverhältnisse in der eigenen Partei verstießen. Verräter, Unterwandler, Pro- oder Kryptokommunisten, Helfershelfer und ähnliches wurden sie gescholten, die wohl vor allem eines waren: Anti-Antikommunisten. Sie wurden oft härter bekämpft und geächtet als DKP-Mitglieder oder -Exponenten selbst, welche einfach einzusortieren und im Zweifel als willige, untergeordnete Geschäftspartner zu brauchen waren. (Es ist eben schlecht oder zumindest riskant, mit doppelten Verneinungen und auf den Grenzlinien Politik machen zu wollen.) Die Politik der Aktionseinheit erklärt sich allerdings ebenso wie der hysterische Um-

gang mit ihr überhaupt nur vor dem Hintergrund des unverrückbar scheinenden, übermächtigen Antikommunismus als unhinterfragbares und nicht begründungsbedürftiges Glaubensbekenntnis. Sie war ihm gegenüber der Tabubruch selbst. Zu einer sachlichen Diskussion einer begründeten politischen Absetzung von den kommunistischen Staaten bzw. Parteien kam es dabei äußerst selten.

Begründungen und Antriebskräfte

Woraus speiste sich die Idee von der Aktionseinheit, und womit wurde sie begründet? Die Politik der Aktionseinheit resultierte aus dem Anspruch, die Interessen der „Arbeiterklasse“, der abhängig Beschäftigten und anderer sozial untergeordneter Schichten, insbesondere der Intelligenz als einer stark wachsenden, zugleich deprivilegierten Schicht, mehr noch der Studenten und Studentinnen als ihrem schwächsten Teil, auf der Basis gemeinsamer Vorhaben in einem Aktionsbündnis unterschiedlicher politischer Kräfte zusammenzuführen und hierüber möglichst wirksam vertreten zu wollen. Sie hob auf die Gemeinsamkeiten in Interessen und Reformforderungen ab, die vom Streit um unterschiedliche Belange, politische Ansichten und Ziele unberührt bleiben sollten. Diese Einheit in der Aktion verstand sich – im Rahmen eines dichotomen Weltbildes – als eine Gegenbewegung sozial Abhängiger gegen die Machthabenden, das dominierende Kapital und die ihm zugeordnete, aufs Wirtschaftspolitische verkürzte bürgerliche Politik.

Den Kern dieser sehr grundsätzlich angelegten, aber doch auf konkrete politische „Kampfaktion“ begrenzten, somit widersprüchlichen Bündnispolitik sollten die beiden großen Linksparteien, die sozialdemokratische und kommunistische, bilden. Darüber hinaus sollte sie aber generell möglichst „alle fortschrittlichen Kräfte“ erreichen. „Lieber an der Front des Volkes als im Arsch der Reaktion“, lautete der unfeine Schlachtruf, der auf wahrhaft große, gar internationale Vorhaben deutete. Für die

Bundesrepublik allein wäre der Aufwand eher überdimensioniert gewesen. Diese Politik der Aktionseinheit war zukunftsorientiert, ohne sich in Gänze über ihre Ursprünge Rechenschaft abzulegen. Denn der Vorschlag für eine Politik der Aktionseinheit war in den 30er Jahren (auf Betreiben der in den westlichen Ländern im Widerstand tätigen Kommunisten) von der kommunistischen Internationale ausgegangen. Diese wollten damit aus ihrer sektiererischen und SPD-feindlichen Politik und Isolation herauskommen.

Für die eher jugendlichen Akteure Ende der 60er und in den 70er bis 80er Jahren begann sie allenfalls mit dem Ende des Krieges und dem Sieg über den Hitlerfaschismus. Sie fand ihre Begründungen im einzelnen vor allem in fünf Gesichtspunkten. Als „Lehre der Geschichte“ galt der Schwur von Sozialdemokraten und Kommunisten in den KZs, die Spaltung der Arbeiterklasse, die für den Sieg des Faschismus ursächlich verantwortlich gemacht wurde, nicht wieder zuzulassen. Das Verbot der kommunistischen Partei nach 1945 zu kritisieren, für DKP-Mitglieder einen normalen Grundrechtsstatus einzufordern, die Berufsverbote gegen sie und andere Linke zu bekämpfen, die DKP (oder seltener auch andere Kommunisten) selbst als Partner fortschrittlicher Politik zu behandeln, wurde als Teil des Einsatzes für Demokratie und Grundrechte, als praktische Solidarität mit Diskriminierten und mehr noch als ziviler Widerstand und Vorwegnahme des Erwünschten verstanden. Die Entspannungs- und Friedenspolitik sollte fortgeschrieben und auch dadurch gefördert werden, daß den neuen zwischenstaatlichen Umgangsregeln auch neue innergesellschaftliche dialogische, rationalere und problemorientiertere Verkehrsweisen folgen sollten.

Weit praktischer und pragmatischer angelegt war die „gewerkschaftlich orientierte Politik“, die die Interessen von Studentinnen und Studenten in den Organen der Verfaßten Studentenschaft nach dem Muster der Einheitsgewerkschaft und im Bündnis mit den Gewerkschaften vertreten wollte. Die stärkste Antriebskraft aber fand die Idee der Aktionseinheit in der Frontstellung gegen den Antikommunismus als dem ideologischen „Schlagestock“ des Westens im Kalten Krieg gegen den Osten und der Quasi-Staatsdoktrin der westdeutschen Republik an der Nahtstelle der Systeme. Er wurde als Grundübel und Hemmnis für jeglichen „Fortschritt“, für humane, soziale und sozialistische Politik per se wahrgenommen und rezipiert. Ihm entgegenzutreten lag im gut verstandenen Eigeninteresse auch aller nichtkommunistischen Linken.

Wirkungsfelder der Aktionseinheit

Die Praxis der Aktionseinheit war kleinteiliger. Sie bestand zuvorderst aus einer unerschütterlichen, „prinzipiellen“ Aktionseinheit von SHB und MSB an den Hochschulen in Fachschaften, Allgemeinen StudentInnenausschüssen und den Vereinigten Deutschen Studentenschaften. Sie reichte manchmal sogar bis hin zu gemeinsamen Wahllisten. Auch wenn sich in Konflikten die feindlichen sozialdemokratischen Brüder und Schwestern, SHB und Jusohochschulgruppen (JHG), einander erinnerten, um den MSB in Schranken zu verweisen, den SHB, im Einzelfall sogar eine JHG, verband mehr mit dem MSB als miteinander. Die Oberhand im Bündnis hatte der MSB, gebremst nur dadurch, daß das Modell um jeden Preis ein Erfolgsmodell bleiben und deshalb dem Juniorpartner im Zweifel nachgegeben werden mußte.

Die Praxis der hier allerdings eher punktuellen Aktionseinheit bestand jedoch auch in übergreifenden gesell-

Anspruchslos Geschichten erzählen, sagt die neuere Gewohnheit, hilft Geschichte zu be- und verarbeiten. Vor der eigenen Haustüre zu kehren, gehört wohl auch dazu.

schaftspolitischen Aktionen zur Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe, für soziale Gerechtigkeit, demokratische Grundrechte, Abrüstung und Friedenspolitik, demokratische Bildung, Gleichberechtigung der Frau, internationale Solidarität u.ä.m. Sie organisierte sich im allgemeinen über allerlei Komitees und Bündnisinitiativen, in denen allerlei geschehen durfte, solange der Platz eines DKP-Präsidiumsmitglieds gesichert blieb und Kritik an der DDR unterlassen wurde. Auf hinter sinnige Weise gehört zu ihr auch die kalkulierte Geschäftemacherei zwischen den Parteivorständen von SPD und DKP über die Köpfe des Fußvolkes hinweg, als die Kooperation in den groß gewordenen sozialen Bewegungen unvermeidbar geworden war. Hierbei ging es etwa um Machtanteilen wie Redner, Symbole, Einflußgebiete, Presseauftritte, Organisation bei Kundgebungen oder Aktionen.

Am heftigsten allerdings spielte sich die Politik der Aktionseinheit in den Köpfen der Beteiligten und der über sie Wachenden ab. Der Verfassungsschutz erstattete jährlich umfassend Bericht über jede und noch die kleinste Regung. Er sorgte auch für regelmäßige Aufklärung der Öffentlichkeit über das ZDF-Magazin, so daß die Republik in Erregung bleiben konnte. Die DKP befand sich in stetiger freudiger guter Hoffnung auf ihr endliches Erstarren und kometenhaftes Aufsteigen sowie manches neue Parteimitglied durch SPD-Ausschluß. Sie tat zur Förderung dessen, was in ihren finanziellen, personellen und intellektuellen Kräften stand. Die SPD-Oberen waren mit der Verfolgung der Aktionseinheitswilligen, ihren subversiven Tätigkeiten, Unterschriftenlisten und Untergrundblättchen, mit Warnungen und Verdikten, Abgrenzungsbeschlüssen und Ausschlußverfahren sowie der Zerstreuung von Solidaritätsbekundungen und -aktivitäten mit den zuvor Disziplinierten beschäftigt. Ihre obsessive Unterwanderungsphobie ließ sie oft zu Mitteln greifen, die den stalinistischen Methoden ihrer Gegner zum Verwechseln ähnlich waren. Es war ein reges und eigentlich recht lustiges Treiben, abgesehen natürlich von manchen bösen Folgen.

Tabus im Anti-Antikommunismus

Wie konnte die Politik der Aktionseinheit den enormen Anfechtungen, die sie erfuhr, standhalten? Konnte sie es überhaupt? Sie mußte sich in der Bundesrepublik vor allem rechtfertigen an ihrem Verhältnis zur kommunistischen Politik in ihrer Ideologie und Praxis, am Verhältnis zur DDR und zur DKP. Sie geriet in Reaktion auf die scharfe politische Entgegensetzung zwischen den Antipoden in die Rolle eines *advocatus diaboli* der Kommunisten und einer geschraubten, gewundenen, eingeschränkten, bedingten, ausweichenden, abstrakten und damit meist absolut ungläubwürdigen Kritik an ihrer repressiven staatlichen oder parteimäßigen Politik. Diese Beschränkung wurde zur nicht mehr wahrgenommenen Natur ihrer Sache. Unter den Befürwortern der Aktionseinheit fanden sich gewiß nur wenige, die die „Diktatur des Proletariats“ direkt oder gar als aktuelles Modell auch für das eigene Land legitimierten. Demokratie und Pluralismus stellten sie als solche nicht in Frage, und lebensweltlich waren sie sogar geschätzte Gewohnheit. Freilich nahmen viele mit dem Hinweis auf den ausschließenden, angeblich nur formalistischen Charakter der bürgerlichen Demokratie indirekt oder heimlich das „Gegengewalt“-Modell mindestens billigend hin, die einen aus voller Überzeugung, die anderen mit innerem Unbehagen. Auswüchse zu beanstanden, gehörte noch dazu. Die Distanzierteren ver-

standen, wie es dazu gekommen war, ohne es zu teilen – freilich ohne dies unmißverständlich mitzuteilen. Dem Feind durfte und wollte niemand nützen. (So jedenfalls ging es einst der Verfasserin.)

Einer grundsätzlichen Kritik, gemessen an den eigenen Maßstäben sozialistischer Politik, die ja immerhin zu Emanzipation führen sollte, wurden dieser Weg und diese „Mittel zum Zweck“ nicht unterzogen. Die DDR wurde meist gelobt ob ihrer sozialen Errungenschaften und Fortschritte, gemessen an den quantitativen Ergebnissen ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Qualitative Fragen und wirkliche demokratische Partizipation gerieten nicht in den Blickwinkel. Der sozialistische Staat auf deutschem Boden wurde verteidigt als der Versuch, einen anderen gerechteren gesellschaftlichen Weg zu gehen, im Namen eines vermeintlich gemeinsamen sozialistischen Fernziels, als schwächerer Part der armen Brüder und Schwestern im Ost-West-Konflikt und als Feind der eigenen Feinde. Der Rest an eventueller Abweichung äußerte sich in Schweigen. Mit dem Hinweis auf antidemokratische oder gar ungesetzliche Vorgehensweisen gegen die Kommunistische Partei und später die DKP wurde der ganze Irrsinn ihrer abgeleiteten und von den realsozialistischen Staaten abhängigen Existenz geleugnet und die instrumentalistischen Machtinteressen der DKP und des MSB u.a. an der Politik der Aktionseinheit ignoriert. Manche verstanden sich sogar mehr noch als deren notwendigerweise „illegale“ Helfer im Dienste des Sozialismus. In der logischen Konsequenz dessen lag es, ihre Politik im Einzelfall selten einer genaueren Untersuchung zu unterziehen, und auch die eigene Politik nicht selbstkritisch zu reflektieren. Das Schwarz-Weiß-Denken war ausgeprägt noch bei den Kritikern konservativen Schwarz-Weiß-Denkens. Die kommunistische Politik hätte ohnedies demokratischen, sozialen und freiheitlichen Maßstäben nicht nur nicht standhalten können. Sie wäre als Hindernis für sie erkennbar geworden und hätte in vielerlei Hinsicht eine sachliche Ablehnung ergeben, die auch die Defizite postkommunistischer Parteien heute deutlicher offenlegen würde.

Drei psychologische Faktoren förderten dies zusätzlich. Der verselbständigte Antikommunismus und diejenigen, die ihm anhängen, setzten seine Kritiker unter einen permanenten Rechtfertigungszwang, der absurd, lächerlich und auf seine Weise freiheitsberaubend war. Sich begründungslos nicht vorbeugend (wie mit einer Bekreuzigung bei Eintritt in die Kirche) auszuweisen, war eine Form zivilen Ungehorsams. Die Kommunisten hatten parallel dazu aus der Tatsache, oft Opfer faschistischer Verfolgung gewesen zu sein, eine Opferideologie gemacht, die ihre eigene Politik hochgradig tabuisierte, die mehr noch zu organisierter Kritikabwehr wurde und andere ihnen gegenüber zu Schuldigen per se degradierte. Ihren Antifaschismus machten sie zu einer repressiven Ideologie und Moral, die Abweichende zu Verrätern abstempelte und so subtil wie brachial niederhielt. Aus dem ideologischen Muster des Antikommunismus der Gegenseite und des Antifaschismus als umgekehrter Heilsbringung (per se) strickte die kommunistische Politik ihren autoritären bis totalitären ideologischen Charakter, in des-

„Lieber an der Front des Volkes als im Arsch der Reaktion“, lautete der unfeine Schlachtruf, der auf wahrhaft große, gar internationale Vorhaben deutete.

Wo (linke) Politik sich auf Anti- oder gar Antianti-Positionen gründet, wird ein Mangel an Eigenem offenkundig.

sen Bannkreis auch jede differenzierte Position geriet. Dazu gehörte als Gegenstück, daß sie jene, die antikommunistische Tabus nicht teilten und deshalb zu geschlagenen Außenseitern wurden, zu ihren sich selbst spiegelnden Göttern machte und ihnen wenigstens einen ausgleichenden Lohn, so etwas wie einen Platz im Himmel für erduldetes irdisches Leid, zukommen zu lassen schien.

Demokratische Ergebnisse und Lektionen

Gleichwohl war die sozialdemokratisch verankerte Politik der Aktionseinheit nicht nur Schein, Schall und Rauch. Sie hatte, bei erheblichen negativen Nebenwirkungen, einige demokratische Ergebnisse, möglicherweise mehr als von ihr selbst geahnt oder intendiert waren. Sie half, demokratisches Engagement und Bürgerinnen-Tätigkeit zu initiieren, sach- und problembezogene Betroffenen- oder Bürgerinteressen gegenüber parteipolitischen Dominanzansprüchen zu artikulieren und die Ideologien des letzten Jahrhunderts mit zu verabschieden. Sie darf als frühe Vorläuferin gruppen- und fraktionsüberschreitender sozialer Bewegungen gesehen werden, als innovative Grenzüberschreiterin. Sie hat Kritik in und gegenüber einer

angepaßten SPD gefördert und mindestens indirekt auch gegen kommunistische Politik ins Feld geführt, weil sie deren längst ausgebrannten progressiven Anspruch nach und nach praktisch ad absurdum zu führen half. Sie hat eine Organisation, die selbst Zwischenstück, lebendige Anspruchshalterin einer Aktionseinheitspolitik als Anti-Antikommunismus geworden war, schließlich erübrigt, sie ihre Funktion erfüllen lassen. Je mehr die SPD kritische Leute ausgrenzte und disziplinierte, je belangloser die DKP wurde, desto mehr blieb vom SHB nur noch verselbständigte Organisationspolitik, die nach dem Ende des Kalten Krieges an sich selbst erstickte. Die Aktionseinheitspolitik hat beigetragen, die Dummheit, die der Antikommunismus als Hypergläubensideologie noch bis hin zu seinen Gegnern war, aufzulösen und den Weg für ein Nachdenken über eine zukunftsfähige, moderne und problemgerechte, humane, demokratische, freiheitliche, ökologische und soziale Politik jenseits autoritärer Emanzipation in Schwarz-Weiß-Mustern freizulegen. (Daß es, um der Dummheit entgegenzutreten, eines gewissen Heldentums und das wiederum einer gewissen eigenen Dummheit bedarf, wußten die Akteure nicht und steht auf einem anderen Blatt.)

Geblieden und überlebensfähig ist von dieser Politik im übrigen auch ein inhaltlicher, nicht nur machtpolitischer Anspruch an Politik, die Einsicht, mit Anpassung allein nicht sehr viel verändern zu können, die demokratische Absage an soziale und politische Spaltung und der Bezug zu einer sozialen und politischen Bewegung von unten als Voraussetzung demokratischer Veränderung. Dieses kleine Vermächtnis ist gerade für die politischen Fragen und Probleme, die heute eine Rolle spielen, nicht unbedeutend.

Erteilt aber wurde dieser Politik und ihren Protagonisten eine demokratische Lektion. Der Eigenwert demokratischer Verfahren und Partizipation war Existenzvoraussetzung ihrer selbst und ist Existenzbedingung und existentieller Bestandteil jeder emanzipatorischen Politik. Die Projektion von gesellschaftlichen Problemen allein auf ein feindliches Gegenüber und die Kritiklosigkeit um des ver-

meintlich guten Prinzips willen, dichotome, sich wechselseitig ausschließende Denkmuster, politische und ideologische Freund-Feind-Konstruktionen sind selbst antidemokratisch, antiaufklärerisch und rückschrittlich. „Prinzipielle“ Aktionseinheiten, das Nicht-Infragestellen von Aktionspartnern, implizieren wechselseitige Abhängigkeiten und im allgemeinen auch (strukturelle) Über- und Unterordnungsverhältnisse, die von Souveränität und Demokratie weit entfernt sind. Wo (linke) Politik sich auf Anti- oder gar Antianti-Positionen gründet, wird ein Mangel an Eigenem offenkundig, und in der Alternativlosigkeit offenbart sich die bloße Abhängigkeit vom Herrschenden, Zukunftslosigkeit und somit auch demokratische Impotenz.

Belehren lassen mußte sich die sozialdemokratisch verankerte Politik der Aktionseinheit auch über eine schreckliche Geschichte und ihre verheerenden Nachwirkungen, die Haßliebe und elenden Vernichtungskämpfe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie bilden eine bleibende historische Last für demokratische, emanzipatorische Politik, die abzutragen einiger klarsichtiger Energie und Mühe bedarf. Die „Stamokap-Linke“, besonders der SHB, war in diesem Zusammenhang ein nützlicher Idiot für beide Seiten, die herrschenden Kommunisten und die herrschenden Sozialdemokraten, ein Bindeglied und ein Blitzableiter zwischen diesen aneinander Gebundenen und voneinander noch längst nicht Emanzipierten. Gleichwohl waren sie keine kommunistischen Unterwandler, sondern Sozialdemokraten, Sozialisten, Marxisten, illegalisierte Kommunisten verschiedener Couleur – und einfach ein *freies* Feld für Leute, die sich etwas Unabhängigkeit erlaubten. In ihrem Eigensinn trotz alledem lag ihre (unbewußte) zukunftsweisende Weisheit. Sie waren ziemlich gefangen, in ihrem Gefängnis für Momente der Erkenntnis aber sehr hell-sichtig.

Konsequenzen

Die praktische Nutzenanwendung dieser Erfahrungen mit Aktionseinheit und Antikommunismus könnte in einer Definition von kritischer linker Politik liegen, die Liberalität, Demokratie und soziale Rechte nicht trennt und gesellschaftliche Zusammenhänge, statt die eine oder andere Seite niederhalten zu wollen, demokratisch konfliktorisch prozeßhaft gestaltet. Sie könnte im Abschied von einer linken „Hegemonie“ bestehen, die von oben hergestellt wird, während sie nur eine von unten von Bürgern und Bürgerinnen werden kann, die mit mehr und niemand mehr ausschließenden demokratischen Rechten und Möglichkeiten ausgestattet sind. Nutzenanwendung können die Erfahrungen ferner in einer Bündnispolitik finden, die von jeglicher Vorfeld- und Blockpolitik Abschied nimmt und so sicher im Grundsatz wie flexibel in der Anwendung, so kritisch-distanziert wie nicht-ausgrenzend demokratische Kooperationspartner zur Durchsetzung zukunftsorientierter Ziele sucht. (Auch die CDU wäre ihr kein generelles *Tabu*.) Diese Bündnispolitik grenzte sich von niemand mit Hinweis auf die Vergangenheit ab, sie höbe sich aber von der Vergangenheit ab. Zur Nutzenanwendung gehört, in der SPD und in der PDS das Kapital von Abgrenzungs- und Bündnispolitik, Antikommunismus und Antiantikommunismus selbstkritisch aufzuarbeiten und auch, wo möglich, Fehler wiedergutmachen. Daneben wäre der Antikommunismus generell nicht nur von seiner siegreichen Sonnenseite, sondern auch von seiner sehr dunklen Schattenseite, also in seiner zwiespältigen Funktion für die gesplattene und nun geeinte deutsche Gesellschaft zu beleuchten.

spw

Die praktische Nutzenanwendung dieser Erfahrungen mit Aktionseinheit und Antikommunismus könnte in einer Definition von kritischer linker Politik liegen, die Liberalität, Demokratie und soziale Rechte nicht trennt.

Leider standen mir nur einige Stunden zur Verfügung, um einen Artikel über den „Hannoveraner Kreis“ der Jusos und seine Geschichte im Spannungsverhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus zu schreiben. Es sind eher „Geschichten“ geworden, und wahrscheinlich ist es mir nicht recht gelungen, an einem roten Faden entlang zu formulieren. Vor allem aber will ich betonen, daß ich mir völlig über den subjektiven Charakter dieser Ausführungen im klaren bin und daß ich vermutlich mehr als einmal meine Geschichte incl. meiner Motivationen und Denkfiguren mit der des HK verwechselt habe. Aber vielleicht ist dies ja auch eine Anregung für andere Genossinnen und Genossen des alten HK, ihre Geschichten zu erzählen, um daraus vielleicht ein gemeinsames Verständnis unserer Geschichte entwickeln zu können.

Das Stamokap-Syndrom

Im Dezember 1971 wurde – so die Legende – der Hannoveraner Kreis der Juso-Linken (zum zweiten Male nach der Weimarer Republik) gegründet. Und er konnte im vergangenen Jahr sein 25-jähriges Jubiläum begehen. Die Geschichte dieser Zeitschrift, die im kommenden Jahr übrigens ihr 20-jähriges Jubiläum feiern kann (ebenfalls als Zweitgründung nach der spw der Weimarer Zeit), ist auf das engste mit der Geschichte des Hannoveraner Kreises, kurz: HK, verbunden. Und diese Geschichte wiederum ist eine m.E. bemerkenswerte Facette der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Kommunismus, des kalten Krieges und der sog. Entspannung. Merkwürdigerweise hat sich bislang noch niemand die Mühe einer umfassenden historischen Recherche gemacht. Umso zahlreicher sind dumpfe und ressentimentgeladene, von keinerlei Sachkenntnis und v.a. von keinem Erkenntniswillen getriebene Abqualifizierungen bei „Experten“ wie Lösche, Walter, Fichter u.a. Erkennbar wird dies an der Verwendung eines Kampfbegriffes, mit dem der Hannoveraner Kreis seit Ewigkeiten belegt worden ist: „Stamokap-Fraktion“.

Was es gab und womit die Geschichte des HK der 70er und 80er Jahre verwoben war, das war allerdings so etwas wie ein „Stamokap-Syndrom“. Ich meine damit ein Phänomen, das sich durch zwei Aspekte auszeichnet. Zum einen gab es in den 70er und 80er Jahren neben einem eher antiautoritär-grünen Spektrum zweifellos ein breit gefächertes Feld von Elementen, die dem „großen“ real existierenden Sozialismus wie auch der „kleinen“ DKP mehr oder weniger aufgeschlossen gegenüberstanden – seien es Elemente, die tatsächlich den Status von DKP-Vorfeldorganisationen einnahmen, oder Elemente, die sich selbst steuerten und mit eigener Identität ausgestattet waren. Große Teile der intellektuellen, künstlerischen wie wissenschaftlichen Linken, der linken Jugend- und Hochschulverbände, der gewerkschaftlichen Linken, ja sogar der kirchlichen Linken zählten dazu – und eben auch der HK der Jusos. Diese miteinander verflochtenen Elemente sorgten von Mitte der 70er bis mindestens Mitte der 80er Jahre für eine recht stabile linke, mehr oder weniger sozialistisch ausgerichtete Infrastruktur, ohne die etwa die Friedensbewegung, aber auch die gewerkschaftlichen Offensiven so nicht denkbar gewesen wären.

Zum anderen bezeichnet das „Stamokap-Syndrom“ die damalige psychische Verfassung eines anderen Teils der Linken, der sich von diesem Feld massiv bedroht fühlte.

Geschichten aus dem Hannoveraner Kreis

von Uwe Kremer*

te. Es handelte sich um eine Verfolgungs- und Unterwanderungstimmung, in der mehrere Elemente (natürlich in jeweils unterschiedlicher Weise) zusammenfloßen: Die grundsätzliche Abneigung gegenüber dem „realen Sozialismus“ und Parteikommunismus à la DKP und die real vorhandenen Erfahrungen mit dem bündnispolitischen Führungsanspruch der DKP und den selbstherrlichen Methoden seiner Durchsetzung ging vielfach in Wahnvorstellungen über, die in diesem Feld nur noch dunkle Kräfte vermuteten: Wehe, wenn die mal an die Macht kommen! Dies führte umgekehrt bei vielen in Sozialdemokratie und Gewerkschaften dazu, daß die „Stamokaps“ aufgrund der ihnen unterstellten Boshaftigkeit und Gefährlichkeit mit Mitteln bekämpft wurden, die manchem Stalinisten zur Ehre gereicht hätten. Bezeichnet man als „Antikommunismus“ nicht etwa eine ablehnende Haltung gegenüber dem Parteikommunismus und seinem „realen Sozialismus“, sondern eine Haltung, die diese Ablehnung zu einem umfassenden Feindbild ausbaut, bei dem Mutmaßungen, Verdächtigungen und Ängste die Oberhand gewinnen, die wiederum in latente oder manifeste Aggressionen umschlagen, so kann man das „Stamokap-Syndrom“ der 70er und 80er Jahre insbesondere bei den Jusos umstandslos darunter subsumieren.

Denkfiguren: die Macht und der „revolutionäre Weltprozeß“

„Stamokap“ war im Grunde genommen eine Bezeichnung für dieses Feld, das von der DKP über ihre Vorfeldorganisationen bis hinein in die Gewerkschaften, die Kirchen, die Kulturszene, die Sozialdemokratie usw. reichte. Aber was bezeichnet eigentlich „Stamokap“? Nun, es ist bekannt, daß diese kryptische Formel auf die sog. Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK-Theorie) zurückging, die eben auch offizielle Lehrmeinung von KPdSU, SED usw. war.¹ Als umfassender theoretisch-analytischer Ansatz spielte sie aber ansonsten nur eine untergeordnete Rolle. Man muß die Konnotationen und Denkfiguren herausarbeiten, die in dem „Stamokap“-Feld bestimmend waren und bei einigen dazu führten, dies in der SMK-Theorie zu reflektieren.

Eine Denkfigur gruppierte sich um die Frage der Macht und verknüpfte sie mit den Aspekten der Bündnispolitik und der Organisiertheit. Und zwar handelte es sich – in

Neben dem Feld der „Stamokaps“ selbst bezeichnet das „Stamokap-Syndrom“ die damalige psychische Verfassung eines anderen Teils der Linken, der sich von diesem Feld massiv bedroht fühlte.

* Dr. Uwe Kremer, Sozialwissenschaftler, Dortmund, Mitherausgeber der spw. Er war 1984-90 stellv. Bundesvorsitzender der Jusos und lange Zeit der Koordinator des „Hannoveraner Kreises“, aus dem dann die „Juso-Linke“ hervorging.



groben Strichen gepinselt – um folgendes Muster, das historisch vor allem mit dem Kampf gegen den Faschismus belegt wurde: Der Kapitalismus bzw. Imperialismus stellt v.a. eine geballte Machtkonzentration dar, die sich im wesentlichen aus Staatsapparaten und Konzernen zusammensetzt; es reicht vor diesem Hintergrund nicht aus, als Linker und Linke „gut“ zu sein, sondern man muß sich mit der „schmutzigen“ Frage der Macht auseinandersetzen; der „reale Sozialismus“ – so gut oder schlecht er im einzelnen sein mag – verkörpert eine machtmäßige Alternative zum Kapitalismus bzw. Imperialismus und ist insofern Bündnispartner der westlichen Linken; innerhalb der kapitalistischen Länder bzw. der Bundesrepublik reicht es nicht aus, in antiautoritärer Weise auf selbstorganisierte Bewegungen zu setzen, wer ihnen Kontinuität und eine machtpolitische Perspektive verleihen will, muß tragfähigere Bündnisse und entsprechende organisatorische Mechanismen, Strukturen und Zentren entwickeln; hierbei spielen dann die Organisationen der Arbeiterbewegung die

Schlüsselrolle. Diese Denkfigur existierte in den unterschiedlichsten Varianten. Eine der bekannteren formulierte immer die „Wer-gegen-Wen“-Frage und lief letztlich auf eine „Der-Zweck-heiligt-die-Mittel“-Position hinaus. Diese rustikale Vorstellung wurde erst in den 80er Jahren durch eine Variante zurückgedrängt, die

stärker die intellektuellen bzw. diskursiven Aspekte der Macht, der Organisation, der Bündnisse betonte und einen schärferen Blick dafür hatte, aus welcher komplexen Widerspruchskonstellation heraus Macht tatsächlich entsteht und ausgeübt wird.

Eine zweite Denkfigur kam – offenkundig auf das engste mit der ersten verwoben – hinzu, nämlich die Denkfigur des welthistorischen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus bzw. des „revolutionären Weltprozesses“, in dem sich die sozialistischen Staaten, die demokratische und Arbeiterbewegung der kapitalistischen Zentren und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen nach damaliger Vorstellung zusammengefunden hatten bzw. zusammenfinden sollten. Die Vorstellung, in diesem Weltprozeß als Gruppe oder gar als

Person eine wenn auch noch so kleine Rolle zu spielen, hatte natürlich eine spezifische Attraktion nicht nur für die selbsternannte Avantgarde der DKP, sondern eben auch und gerade für viele andere linke Kräfte bis hin zum HK. Daraus schöpfte man Stärke, die aber v.a. entlehnte Stärke war – entlehnt v.a. von der Sowjetunion und vom sozialistischen Lager sowie den antiimperialistischen Bewegungen der 3. Welt, deren Stärke wiederum auf die Existenz des sowjetischen Lagers zurückgeführt werden konnte. Innerhalb des „Stamokap“-Feldes gab es gerade in dieser Hinsicht eine gewisse Spannung, die sich einerseits aus der Neigung speiste, sich so stark wie möglich mit diesem Weltprozeß und seinem Kraftzentrum zu identifizieren, indem man sich letztlich der DKP anschloß, andererseits aus einer kritischen Distanz, die die Widersprüche dieses „Weltprozesses“ registrierte und/oder aus der Angst gespeist war, die eigene politisch-persönliche Autonomie zu verlieren. Diese Spannung ließ eine kurze Zeit lang nach, als sich mit der Person Gorbatschow nicht nur ein „besserer“ Sozialismus abzuzeichnen schien, sondern sich der Weltprozeß selbst pluralistischer und weniger monolithisch darstellte. Das Abflauen der Blockkonfrontation und die Orientierung auf sog. globale Probleme bzw. Gattungsfragen verringerte ja auch den empfundenen Zwang, sich im Zweifel auf eine Seite stellen zu müssen.

Die Juso-Strömungen ...

Damit sind nun schon viele Dispositionen des Hannoveraner Kreises bei den Jusos vorweggenommen worden. Kommen wir nun also zum HK und den Jusos selbst. Früher gab es häufig Veranstaltungen, die sich mit der Frage beschäftigten, was denn eigentlich die verschiedenen Strömungen bzw. Fraktionen der Jusos voneinander unterscheidet. Ich habe schon früher immer versucht, dies anhand spezifischer Denkfiguren darzustellen, die sich dann sicherlich in bestimmten komplexeren Theorien ausdrücken und ausschmücken lassen. Am einfachsten ist dies bei den drei „historischen Strömungen“ der Jusos, die sich Anfang der 70er Jahre herausgebildet hatten und Grundströmungen der gesamten damaligen Linken reflektierten. Was schon eben für das sog. Stamokap-Spektrum angedeutet wurde, galt querbeet, nämlich, daß die Frage der Macht und die Vorstellung vom Veränderungsprozeß das Profil bestimmten. Nun war es so, daß alle Strömungen Anfang der 70er Jahre vor der Frage standen, wie man vom damaligen reformpolitischen Aufbruch zu einer sozialistischen Umgestaltung gelangen könne. Die Antworten in Kürze:

- Die reformistische Strömung ging davon aus, daß die Brandt'sche Sozialdemokratie schon die richtige Richtung eingeschlagen habe, daß es aber nun darauf ankomme, sie reformpolitisch zu radikalisieren. Fluchtpunkt ihrer „Doppelstrategie“ war das Parlament, Macht eine Frage der parlamentarischen Konstellation, der Weg zum Sozialismus ein parlamentarischer. Sympathien brachte man dem schwedischen Weg entgegen. Vor diesem Hintergrund hielt man es 1975 mit den portugiesischen Sozialisten und ihrem parlamentarischen Weg.

- Die antiautoritäre bzw. „antirevisionistische“ Strömung ging davon aus, daß es darauf ankomme, die verschiedenen und noch spontanen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation auszubauen und dabei mit den bürokratisch-etatistischen Organisationsstrukturen der herkömmlichen Arbeiterbewegung zu brechen. Macht war autonome Gegenmacht, der Weg zum Sozialismus

Die „marxistischen Sozialdemokraten“ zeichneten sich durch eine doppelte machtpolitische Orientierung aus: Die Bezugnahme auf den „realen Sozialismus“ koexistierte mit der Bezugnahme auf die Sozialdemokratie.

ein rätendemokratischer. Man sympathisierte mit den Rätebewegungen in Chile, Italien, Portugal usw.

- Die traditionalistische bzw. „Stamokap“-Strömung setzte vorrangig weder auf Selbstorganisation noch auf den Parlamentarismus, sondern v.a. auf die Organisationen der Arbeiterbewegung und auf organisierte Bündnisstrukturen. Macht und der Weg zum Sozialismus waren mit der Organisation eines stabilen Linksblockes verbunden. Keine Strömung identifizierte sich mehr mit der chilenischen und mit der französischen Volksfront aus Linksparteien und organisierter Arbeiterbewegung.

Natürlich war das Profil der verschiedenen Strömungen letztlich viel diffuser, und es gab wechselseitige Anleihen und fließende Übergänge, rhetorische Eskapaden und reale Differenzierungsprozesse. Aber darum geht es hier nicht. Mir geht es um die Verortung des HK im Verhältnis zur Sozialdemokratie wie auch zum Kommunismus (und letztlich auch zu den autonomen linken Strömungen) und darum, daß diese Verortung nur möglich ist, wenn man die impliziten und expliziten machtpolitischen Denkfiguren herausarbeitet und reflektiert.

... und der Hannoveraner Kreis an und für sich

Und hier muß man gegenüber der eben vorgenommenen Charakterisierung des „Stamokap-Feldes“ eine gewichtige Präzisierung vornehmen. Der HK bzw. die „marxistischen Sozialdemokraten“ (einschließlich derjenigen, die aus dem Juso-Dasein herauswuchsen – mit der spw als generationenübergreifendem Bezugspunkt) zeichneten sich durch eine doppelte machtpolitische Orientierung aus: Die schon angesprochene Bezugnahme auf den „realen Sozialismus“ koexistierte mit der Bezugnahme auf die Sozialdemokratie – und zwar nicht so sehr als Objekt einer von außen herangetragenen bündnispolitischen Begierde, sondern als historisch gewachsener, die westdeutsche Arbeiterbewegung strukturell dominierender und in sozialistischer Hinsicht veränderbarer Machtfaktor. In diesem Spannungsfeld zwischen der Bezugnahme auf den „realen Sozialismus“ und der Bezugnahme auf die Sozialdemokratie bildeten sich sehr unterschiedliche Facetten innerhalb des HK heraus, wobei es zu einfach wäre, sie auf zwei Linien (die harte und die weiche) zu reduzieren. So gemeinsam ihnen diese doppelte Orientierung und das darin in besonderem Maße angelegte Leiden unter der Spaltung der Arbeiterbewegung war, so gemeinsam war ihnen allerdings auch die weitgehende Ignoranz gegenüber jenen basisdemokratisch-linkssozialistischen Strömungen, die sich außerhalb des Machtgefüges sozialdemokratischer oder parteikommunistischer Provenienz ansiedelten.

Auf diesen Aspekt werde ich am Schluß noch zurückkommen. Ich mache diese Bemerkung aber schon an dieser Stelle, weil sie etwas mit meiner eigenen Biographie zu tun hat. Nach meinem Parteieintritt im September 1972 wandte ich mich kurze Zeit später sehr zügig dem „Antirevisionismus“ bei den Jusos zu, der damals noch wirklich linksradikale, autonome und rätesozialistische Züge trug (und – dies für Insider – so gut wie nichts mit seinen Nachfolgern im sog. Göttinger Kreis zu tun hatte). Kurze Zeit arbeitete ich u.a. im Sozialistischen Osteuropakomitee mit, das sich insbesondere mit der sozialistischen Opposition innerhalb des sowjetischen Lagers solidarierte. Eine Zeitlang war ich auch im Sozialistischen Büro involviert, dem damaligen Zentrum des „Antirevisionismus“, auf das sich auch kleinere Teile der Jusos bezogen (in meinem Fall durch korporative Mitgliedschaft meines Juso-Gewerkschafts-AKs). Im Laufe der Zeit orientierte

ich mich aber um – bis hin zum „Eintritt“ in den HK, dessen Leitung ich von 1985 bis 1990 innehatte.

Der tiefere Grund lag darin, daß mich die immer offenkundiger werdende „Machtlosigkeit“ des „Antirevisionismus“ störte und sich mir die Frage stellte, wie man als radikaler Sozialist und Marxist einen realen Bezug zur Macht herstellen und sich auf diese Weise im „revolutionären Weltprozeß“ positionieren könnte. Dies ging nicht nur von der westdeutschen Situation aus, sondern beruhte vor allem auf einer Verarbeitung der chilenischen Volksfronterfahrungen und der Tatsache, daß die antiimperialistischen Vormärsche in der sog. 3. Welt in jedem Falle mit der Existenz der UdSSR zu tun hatten. Hier boten sich das „Stamokap-Feld“ und der HK geradezu an, auch wenn mich der SMK-theoretische Überbau nur wenig überzeugte. Aber der spielte ja letztlich auch keine sonderlich große Rolle, wichtiger waren die Aspekte organisierten aktionsorientierten wie innerparteilichen Handelns und der Eingliederung in ein breites Netzwerk mehr oder weniger geistesverwandter Kräfte und Strömungen.

Wenn ich mich nun verschiedenen Aspekten der HK-Geschichte genauer zuwende, ohne mich allzusehr an eine Chronologie zu halten, will ich vorwegschicken, daß sich die Geschichte des HK aus meiner subjektiv gefärbten Sicht in folgende Etappen aufgliedern läßt:

- die Entstehung des HK in den Strategiedebatten der Jusos von 1971 bis 1975/76 (inhaltlich verbunden mit dem sog. Hamburger Strategiepapier sowie den Juso-Kontroversen um „Reform und Staat“),
- die Konsolidierung des HK in den (aktions-, bündnis- und organisationspolitisch geprägten) Ausgrenzungskämpfen von 1977 bis 1984/85 (inhaltlich verbunden mit der Gründung der spw und den Herforder Thesen),
- die Neuformierung des HK im Zuge einer immer stärkeren Rolle innerhalb des Verbandes und im Verhältnis zur Parteilinken seit etwa 1986 (inhaltlich verbunden mit dem „Projekt Moderner Sozialismus“ und den sog. 53 Thesen).

Der HK und der „reale Sozialismus“

Was das Verhältnis zum Parteikommunismus angeht, so muß man zunächst hervorheben, daß im HK immer eine

Die Vorstellung, in diesem „revolutionären Weltprozeß“ als Gruppe oder gar als Person eine wenn auch noch so kleine Rolle zu spielen, hatte natürlich eine spezifische Attraktion.



Foto: Jusos Westliches Westfalen (Dortmund)

Position dominierte, die den Sozialismus sowjetischen Typs einerseits als prinzipiell fortschrittliche Gesellschaftsformation definierte und ihn andererseits insbesondere aufgrund seiner Demokratiedefizite kritisierte. Diese beiden widerstreitenden Aspekte wurden durch eine „welthistorische“ Interpretation zusammengebracht, nämlich durch den Verweis auf die Ausgangsbedingungen eines rückständigen Landes und auf den Belagerungszustand, in den das sowjetische Lager hineinversetzt worden war. Im Grundsatz war dies die Einschätzung, die sich in den Herforder Thesen ebenso wie in den 53 Thesen des Projektes *Moderner Sozialismus* finden läßt. Freilich gab es in gehörigem Maße auch Tendenzen (insbesondere beim SHB), in denen diese „kritische Solidarität“ durch eine prinzipielle Befürwortung des sowjetischen Typus ersetzt wurde. Die Ausgrenzungsfeldzüge, die gegen die „Stamokaps“ v.a. Ende der 70er Jahre und in den 80er Jahren geführt wurden, hatten nach meinem Eindruck zur Folge, daß es bei manchen Genossinnen und Genossen quasi als Trotzreaktion zu einer Identifikation mit dem Realsozialismus kam, die über die offiziellen Formulierungen deutlich hinausging.

Insgesamt war die Geschichte des HK in Bezug auf den Kommunismus geprägt durch ein Wandern zwischen den Welten. Welche paradoxen Ausformungen dies annehmen konnte, zeigten die in dieser Zeitschrift schon dokumentierten Ereignisse des Jahres 1977², als der damalige HK (bzw. maßgeblich Diether Dehm) dem ausgebürgerten Wolf Biermann einen Auftritt auf dem Juso-Bundeskongreß verschaffte, er zugleich eine stärkere Offenheit gegenüber der DKP im Rahmen von Initiativen und Bewegungen anmahnte und sich schließlich bei den Vorsitzendenwahlen mit Klaus-Uwe Benneter durchsetzte, während auf der anderen Seite Erich Honecker der FDJ den Abbruch der Beziehungen zur neugewählten Juso-

Spitze „empfahl“, welche kurze Zeit darauf vom SPD-Parteivorstand durch Ausschluß des Bundesvorsitzenden enthaupet wurde. Die von Diether Dehm geschilderten (und von ihm auch maßgeblich vorangetriebenen) Bemühungen, zwischen der linken Opposition und der SED zu vermitteln, repräsentierten eine „heroische“ Position, die auf der einen Seite in den anlaufenden antikommunistischen Kampagnen innerhalb der Sozialdemokratie, auf der anderen Seite im ignoranten Dogmatismus der SED unterging.

Nicht einfacher wurde die Angelegenheit Anfang der 80er Jahre mit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan und der Machtübernahme des Militärs in Polen. Die „offiziellen“ Dokumente des HK (insbes. Leittrträge auf Juso-Bundeskongressen) verurteilten beide Vorgänge aus ernstgemeinten und insbesondere völkerrechtlichen Erwägungen heraus. Allerdings war es so, daß die Intervention in Afghanistan insofern auf breitere Sympathien stieß, weil sie – wie ich im übrigen auch heute noch meine – einer prinzipiell „guten Sache“ diente (Fortschritte im Bildungs- und Gesundheitswesen und insbesondere zugunsten der Frauen), wohingegen die völkerrechtliche Seite nur Schlimmes für die internationalen Beziehungen erahnen ließ und letztlich ja auch zur Isolierung der UdSSR bei den Blockfreien führte. Im Falle Polens war es genau andersherum. Der polnischen KP

bzw. PVAP und Jaruzelski wurden nur wenige Sympathien entgegengebracht und um die „Sache“ war es schlecht bestellt. Die Kategorie der „Konterrevolution“ spielte bei etlichen Hardlinern sicherlich eine Rolle. Doch die Kritik am militärischen Eingreifen wurde v.a. durch die Befürchtung relativiert, eine Machtübernahme der Solidarnosc würde das Gleichgewicht der Blöcke in Europa stören, wobei man sich da auf ähnlich gelagerte Äußerungen von Herbert Wehner stützen konnte.

An dieser Stelle deutete sich eine Plazierung des HK an, die viele Jahre später deutlicher werden sollte. Zunächst war es ja so, daß die Afghanistan- und Polenfrage v.a. in den innerverbandlichen Kämpfen bei den Jusos Anfang der 80er Jahre eine Rolle spielte und zu manchen Eiertänzen im HK führte. Später aber neigten sich die innerverbandlichen Ausgrenzungsmanöver dem Ende zu, und der HK begann insgesamt eine andere Rolle im Verband einzunehmen. Dabei kam zum Tragen, daß die konstruktive Position des HK zum „realen Sozialismus“ eigentlich zwei Elemente umfaßte, nämlich die schon dargestellte Verbundenheit mit den Brüdern und Schwestern der kommunistischen Arbeiterbewegung und der „welthistorischen“ Rolle des sowjetischen Lagers, dann aber auch das Element der Entspannung zwischen den Blöcken und der wechselseitigen politisch-ideologischen Öffnung, was eine ziemlich nahtlose Bezugnahme auf die bilateralen Prozesse zwischen SPD und SED beinhaltete. In Wirklichkeit waren diese bilateralen Prozesse auch bei den Hauptverantwortlichen beider Seiten, also incl. der Sozialdemokratie, niemals frei von der Wirkung historischer Verwandtschaftsverhältnisse. Später – in der Gorbatschow-Ära – verschob sich dies im übrigen stärker auf die Beziehungen zur KPdSU bzw. zu den entsprechenden Abteilungen. Soweit Genossinnen und Genossen des HK „außenpolitisch“ tätig waren (wie der langjährige Juso-Bundesvorsitzende Olaf Scholz und der ehemalige SHB-Bundesvorsitzende Wolfgang Zellner), konnten sie es als loyale Vertreter der Sozialdemokratie in diesem durch Leute wie Bahr, Gaus u.a. vorgezeichneten Rahmen tun.

Antikommunismus und „Aktionseinheit“

Wenn wir nun den Blick nach innen richten, so war die Periode von 1977 bis ca. 1984/85 geprägt durch die schon erwähnten Ausgrenzungskämpfe bei den Jusos, die wiederum Bestandteil einer Schlachtordnung waren, die auch das gewerkschaftliche und das intellektuelle Terrain umfaßte. In der Tat hatten die kader- und bündnispolitischen Bemühungen der DKP um Einflußgewinn unterhalb der parlamentarischen Ebene Ende der 70er Jahre eine neue Qualität erreicht. Und der HK wurde mit dem Vorwurf konfrontiert, derartige Bemühungen zu tolerieren bzw. sich darin einspannen zu lassen (oder sie sogar aktiv mitzutragen, was sich aber eher an den SHB richtete). Es begann 1977 mit dem Parteiausschluß des Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter und einer nachfolgenden regelrechten Ausschlußwelle, die u.a. den Juso-Bezirksvorsitzenden von Ostwestfalen-Lippe Heinrich Lienker und die SHB-Bundesvorsitzende Mechthild Jansen erfaßte. Es folgten unter Gerhard Schröder und den ihm nachfolgenden Bundesvorsitzenden weitere Auseinandersetzungen um das Verhältnis von SPD und SHB, um die Antifaschismus-Arbeit und das Verhältnis zur VVN, um die Mitarbeit zuerst in den Komitees für Frieden und Abrüstung und dann beim Krefelder Appell, um sog. Anti-Strauß-Bündnisse im Jahre 1980 und um jugendpolitische Bündnisse in der ersten Hälfte der 80er

Im HK dominierte immer eine Position, die den Sozialismus sowjetischen Typs einerseits als prinzipiell fortschrittliche Gesellschaftsformation definierte und ihn andererseits insbesondere aufgrund seiner Demokratiedefizite kritisierte.

Jahre. Vermischt war dies mit analogen Kampflinien in den Gewerkschaften und der intellektuellen Szene.

Eine gewichtige Rolle spielte dabei die Frage der „Aktionseinheit“. Damit war eine Position gemeint, die aus den „Lehren der Geschichte“ den Schluß zog, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten sei das Grundgerüst jedweden politischen Fortschritts, eine Position, die der SHB bekanntlich ebenfalls bezogen hatte – wobei der SHB allerdings immer eine Führungsrolle der DKP im Rahmen derartiger Aktionseinheiten ablehnte. Innerhalb des HK spielte die Aktionseinheits-Doktrin eigentlich keine besonders große Rolle. Nach meiner Einschätzung dominierten hier bei den konkreten bündnis- und aktionspolitischen Beziehungen zum DKP-Umfeld eher zwei Aspekte: zum einen ein recht pragmatischer, der auf das beträchtliche organisatorische Potential der DKP und ihres Vorfeldes zielte, zum anderen ein gewisses Lagerdenken, das durch die heftigen Attacken und Ausgrenzungsmanöver befördert wurde. Anders als die Beziehungen zwischen SHB und MSB Spartakus fielen die Beziehungen zwischen dem HK und der SDAJ bzw. der DKP eher kühl und distanziert aus. Auf der kommunistischen Seite herrschte hier teilweise sogar ein ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber dieser Spezies von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (ich verweise hier auch erneut auf die o.g. Empfehlung von Erich Honecker aus dem Jahre 1977).

„Integraler“ und „moderner Sozialismus“

Eine gewisse Ausnahme zeichnete sich während der og. Neuformierungsphase des HK seit 1986 ab. Und diese Ausnahme betrifft insbesondere das intellektuelle Feld

und die Beziehungen zum DKP-nahen Institut für marxistische Studien und Forschung (IMSF). Doch bevor ich darauf zurückkomme, muß ich etwas zu den „weltanschaulichen“ Implikationen der HK-Geschichte sagen und damit zum Marxismus-Verständnis. Denn auch wenn die SMK-Theorie als solche eigentlich gar keine so große Rolle im HK spielte, so war doch das Selbstverständnis als „Marxisten“ (die Marxistinnen kamen in der Sprachregelung erst nach den Herforder Thesen hinzu) konstitutiv für den HK und zugleich eine maßgebliche Verbindungslinie zum kommunistischen Spektrum. Die entscheidende Trennlinie lag darin, daß der HK den Marxismus-Leninismus (ML) ablehnte, also die Doktrinierung des Leninschen Politikansatzes, was insbesondere natürlich für die Parteitheorie galt. Man muß hinzufügen, daß dies meines Wissens auch für die offizielle SHB-Position galt, selbst wenn ansonsten ML-Affinitäten unübersehbar waren.

In der Phase seit 1976/77 spielte das Phänomen des Eurokommunismus, also der Herausbildung einer eigenständigen „westlich-demokratischen“ Identität maßgeblicher kommunistischer Parteien eine entscheidende Rolle für den HK, sah man hier doch einen Ausweg aus der eigenen Zerrissenheit im Verhältnis zum Kommunismus. Eine kurze Zeitlang schien sich eine „eurosozialistische“ Ergänzung abzuzeichnen, für die zum einen die französische PS (mit ihrem CERES-Flügel) stand, zum anderen die österreichische SP (mit ihrer austromarxistischen Linken). Von besonderer Bedeutung war in dieser Euro-Gemein-

Das Selbstverständnis als „Marxisten“ war konstitutiv für den HK und zugleich eine maßgebliche Verbindungslinie zum kommunistischen Spektrum.



Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 11/97:

»Musik, nur wenn sie laut ist«

Michael Schmidt: Musik in den Medien

Christine Lemke-Matwey: Nachgerufenes auf das Schubert-Schwammerl-Jahr

Wieland Freund/Johanna Reisel: Ikarus, Frankenstein, Jackson

Gespräch mit **Heinz-Rudolf Kunze** und **Tino Eisbrenner** sowie weitere Texte über Brahms, Neue Musik, Tanz, Punk, Ostrock und Volksmusik

außerdem:

Gespräch zwischen **André Gorz** und **Peter Glotz**

Thema 12/97:

Sprache der Politik – Politik der Sprache

Andreas Musolff: Der Terrorismus-Diskurs in der Bundesrepublik

Martin Wengeler: »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur

Silke Hahn: Zur deutschlandpolitischen Semantik der Wende- und Nachwendzeit

Horst Dieter Schlosser: Die sprachkritische Aktion »Unwort des Jahres«

außerdem:

Martin Kempe: Umriss einer neuen Arbeitsgesellschaft sowie Beiträge über **ethnische Minderheiten** in Osteuropa

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheft DM/sFr 14,80/6S 108,-, Jahresabonnement DM 99,-/sFr 92,-/6S 723,- frei Haus. Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 53175 Bonn.

Wer in einer Zeit fortschreitender Entpolitisierung und Individualisierung noch die **Notwendigkeit** verspürt, über den Gang der öffentlichen

Ich möchte: **Angelegenheiten zu debattieren, der kann sich in den Blättern bestens informieren und munitionieren.**

ein Jahresabo für 121,80 DM,
(Mindestpreis 97,80 DM), Porto incl.
ein Probeabo – zwei aktuelle Hefte
für 19 DM (Scheck oder Bargeld) – oder
ein kostenloses Probeheft.
Coupon senden an: Blätter Verlagsgesellschaft
Postfach 28 31 D-53 018 Bonn
Oder rufen Sie uns an:
Tel. 0 228 65 01 33 Fax 0 228 65 02 51

WDR

Blätter für deutsche und internationale Politik

Vorname, Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____ SPW 1287

gelage die Rezeption des italienischen KP-Begründers Antonio Gramsci und des österreichischen Parteiführers und Parteitheoretikers Otto Bauer, um die sich insbesondere Detlev Albers verdient machte. Diese Rezeption eröffnete die Möglichkeit einer nicht-leninistischen Betrachtungsweise der Kampfbedingungen in den westlichen kapitalistischen Zentren. Im Falle Otto Bauers kam die in den 30er Jahren entwickelte Konzeption des „integralen Sozialismus“ hinzu, also der Gedanke einer Synthese aus dem revolutionären Charakter des Bolschewismus und dem demokratischen Ansatz der Sozialdemokratie. Diese Rezeption ging allerdings in HK-internen Flügelkämpfen unter, in denen programmatisch orientierte „kritische Erneuerer“ gegen aktionsorientierte „Bewahrer“ antraten und dabei Bauer und Gramsci zum Spielball machten. Der Verbissenheit, mit der die einen die Haltung zu Bauer als Ausweis der Erneuerungsfähigkeit reklamierten, entsprach auf der anderen Seite eine weitgehende Borniertheit und Ignoranz gegenüber den Veränderungsprozessen im westlichen Marxismus.

Diese an den Rand der Spaltung führenden Flügelkämpfe waren aus meiner Sicht auch Ausdruck einer insgesamt vorhandenen Orientierungslosigkeit, die sich am Ende der „Ausgrenzungsära“, nach dem Regierungsverlust der SPD und während des immer offenkundigeren Zerbröckelns des „revolutionären Weltprozesses“ im „alten“ HK (mit seinen Hochburgen in Hamburg, Berlin, Ostwestfalen-Lippe und Mittelrhein) ausbreitete. Nach 1985/86 kam es zu einer allmählichen Beruhigung der Situation, die mit der nunmehr

führenden Rolle der „neuen“ HK-Bezirke Hannover und Westliches Westfalen und ihrer Allianz mit dem SHB zusammenhing. Letzterer bemühte sich, das Flügelschlagen im HK zu beenden, was insofern von großer Bedeutung war, als viele Funktionärinnen und Funktionäre des HK SHB-Mitglieder waren. „Weltanschaulich“ kam es zu einer doppelten Entwicklung: Im SHB wurde v.a. die Organisationstheorie auf Basis der kritischen Psychologie gepflegt und weiterentwickelt und zwar mit extrem „leninistischen“ Einschlägen, ansonsten bekräftigte man zwar

bestimmte traditionelle Grundsatzpositionen, überließ die eigentlichen theoretischen Prozesse aber dem HK, der sich an die Ausarbeitung des „Projektes Moderner Sozialismus“ begab und ohne große Rücksicht auf eine bestimmte theoretische „Correctness“ auf alles zurückgriff, was ihm dafür brauchbar erschien – neben der SMK-Theorie z.B. auf die „fordistische“ Regulationstheorie, den sozialistischen Feminismus Individualisierungskonzepte, rätendemokratische Elemente und anderes mehr.

Zu diesem Zeitpunkt bildete sich eine intensivere Beziehung zum erwähnten IMSF heraus, die insbesondere ihre klassenanalytischen und klassentheoretischen Anstrengungen betrafen. Sie zeichneten sich schon damals durch eine bemerkenswerte Differenziertheit – auch mit Blick auf Milieuentwicklungen und Individualisierungsprozesse – aus. Neben der Zeitschrift ARGUMENT und den dort vertretenen Positionen zur Produktivkraftentwicklung, zum sozialistischen Feminismus und insbesondere zur Hegemonie- und Diskurstheorie spielte das IMSF eine Schlüsselrolle für das Projekt „Moderner Sozialismus“ des HK, das Ende der 80er Jahre die sogenannten 53 Thesen erarbeitete. Z.B. wurde das „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ genau aus diesen beiden Quellen des westdeutschen Marxismus gespeist. Die Neuformierung des HK war angelegt als ein integrales Projekt – auch und gerade im Versuch, die Beziehungen zu den kommunistischen Strukturen aufrechtzuerhalten und den SHB „mitzunehmen“ auf dem Weg zu einer modernen sozialistischen Konzeption, während man sich gleichzeitig in der Phase zwischen dem Nürnberger Aktionsprogramm (1986) und dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD (1989) um eine reale Integration in die SPD-Linke und um konstruktive Beziehungen zu den „undogmatischen“ Linken um Peter von Oertzen bemühte – ein Prozeß, der einige Jahre später darin mündete, daß die spw zu einem gemeinsamen Projekt der sozialistischen Parteilinken wurde.

Die Sozialdemokratie und die Linke

Umso mehr sollte man sich nicht zu sehr auf das Verhältnis des HK zum „realen Sozialismus“ und Parteikommunismus fixieren. Viel bemerkenswerter entwickelten sich die Interpretationen der Sozialdemokratie durch den HK. Zunächst herrschte eine sehr traditionalistische Einschätzung vor, die sich im Grunde aus der Einschätzung nährte, die Sozialdemokratie sei nur vorübergehend vom Bebel'schen Weg abgewichen und könnte wieder dahin zurückgeführt werden. Der Reformismus wurde im wesentlichen als eine defizitäre Sozialdemokratie, als eine halbherzige Reformstrategie und als Abweichung vom eigentlich richtigen Weg angesehen. Und 1983 meinten einige nach dem Regierungsverlust der SPD, daß nun die Stunde der Marxisten in der Sozialdemokratie schlage. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich dann aber eine Einschätzung durch, die den Reformismus als „real existierenden Sozialismus“ sozialdemokratischer Prägung verstand und dies am Komplex aus Partei, Gewerkschaften und Sozialstaat festmachte. In diesem Zusammenhang kam die These auf, daß der sozialdemokratische Reformismus sozialistische Elemente innerhalb des Kapitalismus habe entwickeln können und daß es – hinter kaltem Krieg, Antikommunismus und Antisozialdemokratismus versteckt – eine gemeinsame Geschichte des parallelen Vormarsches linker Kräfte, eine Geschichte des peripheren Sozialismus bzw. Leninismus und eine Geschichte des metropolitanen Sozialismus bzw. Reformismus gegeben habe. In den sog. 53 Thesen wurde 1989 vor diesem Hintergrund die Perspektive einer Konvergenz

Mit einem integralen Verständnis der Geschichte von Sozialdemokratie und Kommunismus kann rückwirkend auch die Geschichte des HK besser verstanden werden.

zwischen beiden Strängen und auch zwischen den von ihnen geprägten Produktionsweisen in West- und Osteuropa formuliert.

Diese Perspektive ist durch die Ereignisse überholt worden. Dennoch: Mit diesem integralen Verständnis der Geschichte von Sozialdemokratie und Kommunismus (das sich sehr an den integralen Sozialismus Otto Bauers anlehnt) kann rückwirkend auch die Geschichte des HK besser verstanden werden. Zu einer „Abrechnung“ mit dieser Geschichte und insbesondere mit unserem Verhältnis zum „realen Sozialismus“ ist es strenggenommen nie gekommen. Ich bezweifle auch weiterhin, ob dies uns irgendwie weitergebracht hätte. Entscheidender ist, daß man das, was passiert oder auch nur gedacht und gesagt worden ist, versteht und daß man aus diesem Verständnis lernt, wenn es um eine neue Verortung im geschichtlichen Prozeß geht. Hier stehen wir noch immer am Anfang. Einer der entscheidenden Punkte ist eben die eingangs thematisierte Denkfigur der Macht. Was mich in

diesem Zusammenhang beschäftigt, ist die Frage, wie man mit dem vom HK so sträflich vernachlässigten Erbe der dritten, basisdemokratisch-autonomen „machtlosen“ Strömung der Linken umgehen soll, wenn es um eine Neuformierung sozialistischer Kräfte geht. **spw**

Literatur:

Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, hrsg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1980
 Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen, hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß, Birgit Zoerner, Dortmund 1989. Restexemplare sind noch beim spw-Verlag für DM 7,- + Versandkosten erhältlich.
 Uwe Kremer: Das Ende von '17 – das Erbe von '68, in: spw 56, 6/90, S. 27-34
 Uwe Kremer: Europa-Kongreß – Thesen, in: spw 71, 3/93, S. 16-19

¹ Vgl. Jörg Huffschild: Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: spw 82, 2/95, S. 34-37
² Vgl. spw 73, 5/93, S. 43-47.

Wer den heutigen Stand der organisierten Studentinnen- und Studentenschaft mit demjenigen von vor zehn Jahren vergleicht, wird nicht umhin können, einen weitgehenden Zusammenbruch von politischen Strukturen und Organisationen auszumachen. Auf der Linken ist besonders auffällig: das (nahezu) spurlose Verschwinden der beiden wichtigsten, weil zusammen stärksten politischen Studentinnen- und Studentenverbände, des MSB und des SHB. Nun mag es sein, daß der SHB innerhalb der Sozialdemokratie kaum Bedeutung hatte, weil er innerparteilich weitgehend ausgegrenzt war. Aber bezogen auf die „linke politische Kultur“ in der Bundesrepublik ist das schon ein herber Verlust. Denn der SHB stellte doch auch eine Klammer zwischen Sozialdemokratie und außerparlamentarischer Bewegung dar, und solche Klammern sind von erheblicher Bedeutung, besonders dann, wenn die SPD vom nächsten Jahr an Regierungsverantwortung tragen sollte. Wie war das also mit dem SHB?

Drei Dinge erhielt das Neumitglied in den 80er Jahren im allgemeinen bei seinem oder ihrem Eintritt in den Sozialistischen Hochschulbund (SHB): Eine rote Nelke, ein weißes Grundsatzprogramm und eine goldfarbene Mitgliedsnadel. Diese Mitgliedsnadel zeigte oben ein aufgeschlagenes Buch, unten eine Art Zahnrad, und in der Mitte einen Händedruck. Sie symbolisierte das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz – der Händedruck konnte aber auch als Symbol für die Einheit der Arbeiterbewegung oder, wie es im SHB hieß, der „prinzipiellen Aktionseinheit“ von Sozialdemokraten und Kommunisten gelten. Mit dieser mit den „Erfahrungen aus der Spaltung der Arbeiterbewegung und unter der Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus“¹ begründeten Art von Aktionseinheit stand der SHB in der Sozialdemokratie einsam da – genauer gesagt: isoliert.

Das Grundsatzprogramm, 1972 beschlossen und bis zum Ende des SHB Anfang der 90er Jahre gültig, war ein vergleichsweise langer Text, der auf der Grundlage der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ eine politökonomische Analyse mit umfassendem Anspruch vornahm. Dieses Programm war für das neu aufgenommene Mitglied kaum lesbar, geschweige denn verständlich. Da dieser Umstand wohl auch dem Herausgeber des Programmes, dem Bundesvorstand des SHB mit Sitz in

Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus

Ein Rückblick auf den SHB

von Christoph Meyer*

Bonn, einigermaßen bewußt war, war dem langen Text noch eine kurze, anderthalbseitige „Grundsatzklärung“ vorgeschaltet, aus der die zentralen Identifikationspunkte dieses Verbandes hervorgingen. Der SHB sah sich als marxistischer Verband innerhalb der Sozialdemokratie, der sich auf „der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus“² die Welt erklärte und seine politische Strategie erarbeitete. Diese enthielt als wichtigste Konstanten die *prinzipielle Aktionseinheit* von Sozialdemokraten und Kommunisten sowie die *Politik der gewerkschaftlichen Orientierung* (GO-Politik).

Denn der SHB stellte auch eine Klammer zwischen Sozialdemokratie und außerparlamentarischer Bewegung dar, und solche Klammern sind von erheblicher Bedeutung.

Die Aktionseinheit

Die prinzipielle Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten bedeutete für den SHB in erster Linie eine prinzipielle Aktionseinheit mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB), dem studentischen Ableger der DKP. Sie beinhaltete weitgehende Übereinstimmung (oder zumindest die Annahme einer weitgehen-

* Dr. Christoph Meyer, Köln, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion, von 1986 bis 1989 Mitglied des SHB, 1988/89 Vorsitzender der Gruppe Uni Köln

Foto: Martin Zitzlaff (Köln)



den Übereinstimmung) in der politischen Zielbestimmung (sozialistische/kommunistische Gesellschaft), in der Gesellschaftsanalyse (Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit dem Etappenziel der „antimonopolistischen Demokratie“) und in der hochschulpolitischen Strategie (GO-Politik). Unterschiede zwischen SHB und MSB bestanden vor allem bezüglich der Parteizugehörigkeit (SPD oder DKP) und in bezug auf die Verbandsstruktur: Herrschte beim MSB der „demokratische Zentralismus“, der besagte, daß Vorstände etc. das Recht hatten, Beschlüsse zu fällen, die die Basis dann auszuführen hatte, so kannte der SHB dergleichen nicht. Daß Vorstandsbeschlüsse im SHB de facto allerdings meist das gleiche Gewicht hatten wie im MSB, hatte subtilere Ursachen. Und auch die Bedeutung der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit kann durchaus hinterfragt werden: Für so manche SHB-Mitglieder handelte es sich bei der SPD-Mitgliedschaft um eine rein taktische Frage, etwa um arbeitsteilig

vorzugehen. Sicher: Der SHB war, mit Wolfgang Abendroth, der Auffassung, daß es „ohne und gegen die Sozialdemokratie und ihre Basis“, also die „große Mehrheit der Arbeiterklasse“³, keinen Sozialismus geben werde, und er verfocht die „Doppelstrategie“ der Jusos, die die Sozialdemokratie ebenso von innen wie durch den Druck von außen verändern wollten.

Auf dem für die Aktionseinheit entscheidenden Feld, der Hochschulpolitik, bildeten SHB und MSB oder – wie sie sich diesbezüglich selbst auch nannten – die „GO-Verbände“, hier und da unter Einschluß marxistisch orientierter „Freudenberger“ Juso-Hochschulgruppen, einen festen politischen Block, ob vor Ort an den Hochschulen, auf überregionaler Ebene oder eben bundesweit, in Organen wie den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), dem Dachverband der ASTen, der Allgemeinen StudentInnenausschüsse der Bundesrepublik Deutschland. Die gemeinsame GO-Politik umfaßte die gesamte politische Arbeit, also ständige Koordination der Führungsgremien, gemeinsame Entwicklung und Durchsetzung von „Aktionsorientierungen“ auf allen Ebenen, die

„Vereinheitlichung“ der gemeinsamen Positionen vor irgendwelchen Verhandlungen mit Dritten, gemeinsame StudentInnenparlaments-(SP-)Wahlkämpfe (wenn auch im Normalfall auf getrennten Listen) und gemeinsame ASTA-Koalitionsverhandlungen.

Natürlich war ein solch hohes Maß an Vereinheitlichung vor Ort oft illusorisch, und es kam durchaus zu Auseinandersetzungen oder einzelnen Abweichungen von der prinzipiellen Gemeinsamkeit. Aber entscheidend ist, daß diese durchgehend *angestrebt* wurde. Da der MSB als Verband deutlich mitgliederstärker war, geriet der SHB dabei auf der Bundesebene in die Rolle des Juniorpartners, was auf der einen Seite zu Bevormundungsversuchen führen konnte, ihm auf der anderen Seite aber die Sicherheit der Solidarität des größeren Partners gab. Dies war jedenfalls so, solange es keine Differenzen hinsichtlich des entscheidenden gemeinsamen Politikbereiches, der Hochschulpolitik, gab.

Insofern war der SHB nicht, wie viele Kritiker behaupteten, ein „Anhängsel“ des MSB Spartakus. Der MSB hatte keinerlei Entscheidungsbefugnisse in bezug auf den SHB, ebenso wenig wie umgekehrt. Die prinzipielle Aktionseinheit war nie strukturell bedingt, sondern rein ideologisch. So hat der SHB auch keine finanziellen Zuwendungen aus der DDR erhalten – was unter anderem zur Folge hatte, daß beispielsweise in Köln der SHB-Mitgliedsbeitrag stolze DM 13,- pro Monat betrug, während beim MSB nur ab und zu die Sammelbüchse herumgereicht wurde. Hinzu kam noch, daß beim SHB das Verbandsmagazin „frontal“ in festen Kontingenten von den einzelnen Gruppen abgenommen und bezahlt werden mußte – der Druck zum tatsächlichen Verkauf der Hefte war also wesentlich höher, während das MSB-Organ „Rote Blätter“ oft größtenteils in den Altpapiercontainer wanderte.

Wie ist nun die prinzipielle Aktionseinheit von SHB und MSB im Nachhinein zu bewerten? Abgesehen davon, daß ein ideologisches Konstrukt „prinzipielle Aktionseinheit“ aus strategischen und taktischen Gründen wohl eher zu verwerfen ist, weil es starr ist und unbeweglich macht, ist diese Frage identisch mit der Frage, wie die KommunistInnen in der Bundesrepublik, wie die DKP zu bewerten war bzw. im Nachhinein zu bewerten ist. Der MSB war, wie die DKP auch, und das war damals genauso klar wie heute, eine maßgeblich von der SED finanzierte und politisch eng mit ihr verbundene Organisation, deren Führung weitgehend dasselbe gesellschaftspolitische Konzept verfolgte wie die offizielle Politik der DDR. Mit der prinzipiellen Aktionseinheit mit dem MSB befand sich der SHB also im gleichen politischen Lager wie die SED-Diktatur. Allerdings analysierte der SHB die DDR nicht als Diktatur. So hieß es in einer Erklärung aus SHB-Kreisen zum Tode des ehemaligen DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht vom 1.8.1973: „Sein Leben war erfüllt vom Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“⁴

Die Kritik der Aktionseinheit mündet also in eine Grundsatzkritik an der vom SHB vertretenen Ideologie, für die Pluralismus und Gewaltenteilung ebenso nachrangig waren wie die Garantie bürgerlicher Freiheiten. Im Zentrum der politischen Zielvorstellung des SHB stand die „Ausübung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen“⁵. Eine solche Auffassung machte ein prinzipielles Bündnis mit KommunistInnen nicht nur möglich, sondern wünschenswert.

Die prinzipielle Aktionseinheit wäre aus ebenso prinzipiellen Gründen abzulehnen gewesen. An die Stelle der

Die Kritik der Aktionseinheit mündet also in eine Grundsatzkritik an der vom SHB vertretenen Ideologie, für die Pluralismus und Gewaltenteilung ebenso nachrangig waren wie die Garantie bürgerlicher Freiheiten.

Blockbildung mit den MSB-FunktionärInnen hätte der sozialdemokratische SHB die punktuelle Zusammenarbeit bei gemeinsamen politischen Anliegen setzen müssen. Eine derartige Forderung an den SHB zu stellen, wäre allerdings unrealistisch gewesen, weil der SHB in den 70er und 80er Jahren keine grundsätzlich von derjenigen des MSB verschiedene Ideologie vertreten hat. Hinzu kommt, daß SHB und MSB in bezug auf die Hochschulen eine gemeinsame Strategie entwickelt hatten, die der ideologisch-theoretischen Verklammerung eine solide praktische Grundlage gab.

Die gewerkschaftlich orientierte Politik

Für viele Mitglieder des SHB und auch des MSB war die gemeinsam vertretene gewerkschaftliche Orientierung das entscheidende Moment der Zusammenarbeit – und weniger die abstrakte Herleitung aus den „Erfahrungen der Arbeiterbewegung“.

Theoretisch wurde die GO-Politik aus einer Analyse der Klassenlage der Intelligenz abgeleitet. Demzufolge gehörte ein kleinerer Teil der Intelligenz unmittelbar zur Kapitalistenklasse, ein anderer kleinerer Teil bestand aus Freiberuflern, Ärzten, Rechtsanwälten etc., während für den größten Teil die Perspektive der Lohnabhängigkeit, also eine Annäherung an die Klassenlage der Arbeiterschaft prognostiziert wurde. Dieser größte Teil der Intelligenz nehme, so die Analyse der GO-Politik, immer stärker zu, und daher sei es die politische Aufgabe der GO-Verbände, diese Mehrheit der Studentinnen und Studenten auf ein Bündnis mit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterklasse zu orientieren.

GO-Politik beinhaltete also einerseits das angestrebte Bündnis mit den Gewerkschaften, andererseits aber auch ein Verständnis der Organe der Verfaßten StudentInnenenschaft als quasi-gewerkschaftliche Interessenvertretungsorgane. Das heißt, in AStA, Fachschaften etc. sollten die StudentInnen, die ja nicht per se ein proletarisches Klassenbewußtsein hatten, das gemeinsame Eintreten für ihre Interessen einüben. Dies beinhaltete aber gleichzeitig ein Setzen auf die unmittelbaren materiellen Interessen der Studentinnen und Studenten – ähnlich wie die Gewerkschaften an den unmittelbaren materiellen Interessen ihrer Mitglieder ansetzten. Die StudentInnen sollten „da abgeholt werden, wo sie stehen“ – und von da aus politisiert werden. Anders als bei K-Gruppen und Basisgruppen wurde die politische Arbeit an den Hochschulen nicht als diejenige einer elitären revolutionären Avantgarde verstanden, sondern als eine Politik für die StudentInnen und mit den StudentInnen. Und anders als bei manchen trotzkistischen Sekten sollten die unmittelbaren materiellen Interessen nicht als trojanisches Pferd, als Köder instrumentalisiert werden. Es ging den GO-Verbänden um eine tatsächliche Stärkung der Verfaßten StudentInnenenschaft als Interessenvertretung, um das „Kräfteverhältnis“ an den Hochschulen weiter nach links zu verschieben.

Der GO-Ansatz war insofern nicht sektiererisch, als er die Studierenden nicht instrumentalisierte, also indem er an ihren unmittelbaren Interessen ansetzte. Über die gewerkschaftlich orientierte Politik gelang es MSB und SHB, in den 70er und 80er Jahren gemeinsam das Kraftzentrum der organisierten StudentInnenenschaft zu bilden, die Studierenden immer wieder zu hochschul- und allgemein politischen Aktionen zu mobilisieren, die StudentInnenenschaft zu politisieren und in ihren lokalen, regionalen und auch überregionalen Gremien dauerhaft Mehrheiten zu behaupten und führende Positionen einzunehmen.

Die GO-Politik war insgesamt erfolgreich und kann auch heute noch (mit Ausnahmen, beispielsweise da, wo „Aktionsorientierung“ um der Aktionen willen in manchmal etwas platter Manier betrieben wurde) positiv bewertet werden. Das Problematische an der GO-Politik ist eher in der analytischen Grundlage zu sehen, auf der sie fußte. Denn während sich die Intelligenz von ihrer Klassenlage her dem Proletariat annäherte, löste sich das proletarische Klassenbewußtsein immer weiter auf. Der Individualisierungsprozeß setzte also der von der GO-Politik angestrebten Klassenformierung ihre Grenzen – ein Problem, gegen das der SHB ebenso wenig ein schlüssiges Rezept wußte wie die übrige Linke, im wesentlichen bis heute.

Grundsätzlich ist – sowohl hinsichtlich der Aktionseinheit als auch bezogen auf die GO-Politik – zu konstatieren, daß die ökonomiezentrierte Lesart des Sozialismus, die der SHB praktizierte, den Verband an einer realitätstüchtigen Situationsanalyse hinderte. Damit hingens übrigens auch die Hilflosigkeit und das orthodoxe Sektierertum zusammen, mit dem der SHB auf die Krise des Realsozialismus in den späteren achtziger Jahren reagierte.

Die Umwälzungen im Ostblock wurden einseitig in DDR-Sicht auf die „globalen Fragen“, allen voran Frieden und Abrüstung, reduziert, ansonsten ignoriert. Wie die SHB-Führung beispielsweise im Zusammenhang mit dem Massaker der chinesischen Machthaber an den protestierenden StudentInnen im Juni 1989 meinte, war gut, was dem Sozialismus nützte. Im Osten waren die Produktionsmittel verstaatlicht, also herrschte der Sozialismus, und diese Herrschaft wiederum war, um den Zirkel zu schließen, gut. Damit allerdings hatte der SHB den formalen Aspekt der Besitzverhältnisse zum Kriterium des Sozialismus gemacht – und ihn folglich von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Im Osten waren die Produktionsmittel verstaatlicht, also herrschte der Sozialismus. Damit hatte der SHB den formalen Aspekt der Besitzverhältnisse zum Kriterium des Sozialismus gemacht – und ihn folglich von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Einheitlichkeit und Verbindlichkeit

Als sich 1988/89 zum letzten Male – und zum ersten Male seit 1975 – im SHB eine innerverbandliche Oppositionsfraktion formierte, lag dies nicht an der Analyse des Realsozialismus oder an der Aktionseinheit mit den KommunistInnen. Die zweite Hälfte der achtziger Jahre waren für die Linke im Westen die Periode der Gorbimanie, von „Glasnost und Perestroika“, und während dies im Osten oppositionelle Regungen ermutigte, kam im Westen die Entspannungspolitik in eine zweite Phase, und in der Linken verbreitete sich die Hoffnung, der Sozialismus des Ostens werde sich demokratisieren. Dieser Hoffnung und den daraus sich ergebenden Konsequenzen versperrte sich im Ostblock die DDR – und, auf sich selbst bezogen, in der westdeutschen Sozialdemokratie der SHB.

Der SHB war gewissermaßen eine kleine DDR inmitten der bundesrepublikanischen SPD. Entsprechend undemokratisch funktionierte der Verband auch. In einem (nicht beschlossenen, unveröffentlichten) Papier der SHB-Gruppe Tübingen von Frühjahr 1988 hieß es zu Wahlen im SHB: „Auf der BDV [Bundesdelegiertenversammlung] werden den Delegierten unmittelbar vor den Wahlen die vom Bundesvorstand bestimmten KandidatInnen für das Organ, das den Bundesvorstand später kontrollieren soll-

te, also den BA [Bundesausschuß], bekanntgegeben und ohne Diskussion per Akklamation gewählt. Die Geheimnistuerei ist da so groß, daß ein Genosse aus Tübingen, der '86 in den BA gewählt wurde, von ‚seiner‘ Kandidatur erst zwei – drei Stunden vor der Wahl erfuhr.“⁶ Abstimmungen und Wahlen erfolgten offen und in der Regel einstimmig mit Klatschmarsch (lautes, rhythmisches Klatschen aller Delegierten, zunächst sitzend, dann stehend, allmählich schneller werdend und dann in „Vorwärts-mit-dem-SHB!“-Rufe übergehend).

Grundlage für die „innerverbandliche Demokratie“ des SHB war der sogenannte „A3“, der Antrag 3 „Stärkt den SHB – den organisierten Kampf vorantreiben, verabschiedet auf der 23.o.BDV am 23./24.10.1982 in Hamburg“. In diesem Papier wurden die „Verbandsprinzipien“ des SHB formuliert, deren wichtigste „Planung und Leitung“, „Kritik und Selbstkritik“ sowie „Einheitlichkeit und Verbindlichkeit“ waren. Das letztgenannte Prinzip war das bedeutendste für die Entdemokratisierung des SHB.

Als marxistischer Verband erhob der SHB für sich den Anspruch, einen „wissenschaftlichen Sozialismus“ zu praktizieren. Wo die Naturwissenschaft zweifelsfrei feststellen konnte, wie viele Atome das Wasserstoffmolekül hatte, da konnte der SHB, vermittels der marxistischen Analyse sowie der Anwendung seiner – aus dieser Analyse natürlich abgeleiteten – Verbandsprinzipien – feststellen, welche politische Entscheidung die objektiv richtige war. Innerverbandliche Demokratie bedeutete im SHB also nicht die Feststellung und damit Durchsetzung einer Mehrheitsposition gegen die Minderheit, sondern das gemeinsame Erarbeiten der „richtigen“ Position mit dem Ziel einer Vereinheitlichung. Wenn eine Position einmal (möglichst einstimmig) beschlossen (also richtig) war, dann hatte die Kritik im Interesse der „Schlagkraft des Verbandes“ aufzuhören, und es ging nun an die gemeinsame Umsetzung.

Das Ergebnis war zunächst in der Tat ein äußerst schlagkräftiger Verband, der mit seiner Organisations-theorie in der Lage war, in sehr bewußter Weise mit sich selbst und seiner Umwelt umzugehen. Der SHB entwickelte ein ausgefeiltes Schulungssystem (mit Anleihen aus der kritischen Psychologie), war selbstverständlich ein Motor der StudentInnenbewegung und bearbeitete auch den Bereich „Verband“, also seine eigene Stärkung, mit großer Energie. Hierzu wurde Mitte der achtziger Jahre noch ein weiteres Instrument entwickelt, nämlich der „Sozialistische Wettbewerb“ (SW), wo mittels Punktetabellen und einiger weiterer „Instrumente“ mit grandiosen Abkürzungen (GEP, GAP, IAP, PUZIVO?...) ermittelt wurde, welche Gruppen die besten Beiträge zur Stärkung des SHB (durch Werbung von neuen Mitgliedern sowie durch die Steigerung des Verkaufs des Verbandsmagazins „Frontal“) geleistet hatten. „Der SW ist unsere schärfste Waffe im Klassenkampf“, hieß es einmal in einem diesbezüglichen Beschluß der BDV.

All dies hatte einen Haken. Ebenso wie die hochschulpolitischen Aktionen (Zielzahlen zum Beispiel bei Demonstrationen oder SP-Wahlen) waren auch die Ziele der Weiterentwicklung des Verbandes in erster Linie quantitative. Und sie wurden vor allem von oben nach unten vorgegeben. Der faktische Zentralismus des Bundesvor-

standes gegenüber den Gruppen verhinderte deren tatsächliche Einbeziehung in einen demokratischen innerverbandlichen Prozeß. Solange (und wenn auch nur mit Mühe und Not) die Welt einfach zu erklären war, hielten sich die hiermit verbundenen Probleme in Grenzen. Als jedoch mit Gorbatschow allerlei Veränderungen im Welt- und Selbstbild der SozialistInnen in Ost und West anstanden, war der SHB strukturell und inhaltlich überfordert.

Selbstmord durch Sektierertum

Aus Angst vor dem Untergang durch eine politische Öffnung hin zum vermeintlich Diffusen entschied sich die Führung für den Selbstmord durch Sektierertum, für das unbedingte Festhalten an den „Grundlagen“.

Leichtsinnigerweise hatte der SHB-Bundesvorstand im Jahre 1987 beschließen lassen, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben. Es wurde eine Programmkommission gebildet, in der es zu Diskussionen kam, ob und wie weit bestimmte bisherige Grundlagen des Verbandes in Frage zu stellen seien. Zwei Dinge waren es vor allem, die die (hinter vorgehaltener Hand geführten) Diskussionen des Frühjahrs 1988 bestimmten: die Perspektive eines einheitlichen sozialdemokratischen StudentInnenverbandes (also eines Zusammenschlusses von SHB und Juso-Hochschulgruppen) sowie die innerverbandliche Demokratie. Letzteres machte sich im Sommer/Herbst 1988 die Gruppe Uni Köln zu eigen, während die Programmkommission seitens des Bundesvorstandes von kritischen Geistern gesäubert wurde. Zur BDV im Oktober 1988 stellte die Kölner Gruppe den (recht bescheidenen) Antrag, der Bundesausschuß, das höchste beschlußfassende Organ zwischen den BDVen, möge in Zukunft als Vertretung der Gruppen zustande kommen und tagen – und nicht mehr auf Benennung durch den Bundesvorstand. Die KölnerInnen formulierten: „Der Verband muß in Zukunft viel mehr ‚sozialistischen Meinungsppluralismus‘ (Gorbatschow) entwickeln – das heißt: Meinungsvielfalt und Diskussionen nach innen, Einheitlichkeit und Schlagkraft nach außen. Dazu muß auf allen Ebenen eine demokratischere, repressionsfreiere Streitkultur geschaffen werden.“⁸

Seitens der Führung des SHB – und auch seitens der Mehrheit der Delegierten – wurde diese Position als „Bruch der Verbandsprinzipien“ gewertet. Als dann im Januar 1989 die hauptamtliche Redaktion des Verbandsmagazins „frontal“ plötzlich und ohne vorherige Diskussion vom Bundesvorstand entlassen wurde, konstituierte sich der „Offene Kreis im SHB“ als Forum der innerverbandlichen Opposition. Das Rückgrat dieser Fraktion bildeten die SHB-Gruppen Aachen und Uni Köln; hinzu kamen einige kleinere Gruppen und einzelne SHB-Mitglieder, vor allem aus NRW. In einer Broschüre mit dem zum Jubiläumsjahr der Französischen Revolution passenden Titel „Freiheit – Gleichheit – Solidarität“ hob der Offene Kreis seine Kritik an den „Verbandsprinzipien“ des SHB ins Grundsätzliche⁹.

Die Mehrheit des SHB blieb jedoch bei ihrer harten Haltung. Oppositionell eingestellte Mitglieder wurden eingeschüchert; in bezug auf die oppositionellen Gruppen wurden Spaltungsversuche unternommen. Parallel hierzu kam es vor allem bei Unzufriedenen in denjenigen Gruppen, die aufgrund der zentralistischen Informationspolitik des Bundesvorstandes nichts oder nur Verzerrtes von der Opposition mitbekamen, zu einer Austrittswelle, die an den materiellen Grundlagen des SHB zehrte. Die entscheidenden Gremien des SHB befanden sich sämtlich

Der SHB war gewissermaßen eine kleine DDR inmitten der bundesrepublikanischen SPD. Entsprechend undemokratisch funktionierte der Verband auch.

in der Hand des Bundesvorstandes; an eine Mehrheitsfähigkeit der Opposition war daher im Frühjahr 1989 nicht zu denken. Als dann der SHB auf das chinesische Massaker mit einer Quasi-Solidarisierung mit den Machthabern reagierte, war es den oppositionellen Gruppen bzw. Mitgliedern nicht mehr möglich, in diesem Verband zu verbleiben, wenn sie selbst noch ihr Gesicht wahren wollten. Noch im Juni 1989 trat die Opposition aus dem SHB aus. Die Kölner Gruppe analysierte: „Die Demokratisierung des SHB von unten ist unmöglich, und die Leitung ist dazu unfähig. Der SHB wird als dogmatische Sekte untergehen.“¹⁰ Im wesentlichen ist diese Voraussage in den Jahren 1990/92 eingetreten.

Thesen und Fragen

Erstens. Angesichts des traurigen Zustandes der real existierenden Juso-Hochschulgruppen und des insgesamt chaotischen Zustandes der studentischen Interessenvertretungsorgane muß der sang- und klanglose Untergang des SHB eindeutig als herber Verlust und Rückschlag für die Linke gesehen werden. Es war nicht alles schlecht, was der Sozialistische Hochschulbund praktiziert und vertreten hat. Insbesondere gilt dies für die gewerkschaftlich orientierte Politik der Interessenvertretung. Aber selbst ein so straffer Verbandsaufbau, wie ihn der SHB besessen hat, erscheint angesichts dessen, was heute zu beobachten ist, manchmal geradezu als sympathisch. Ein kräftig strukturierter, bundesweit organisierter demokratisch-sozialistischer und parteiunabhängiger sozialdemokratischer Studentinnen- und Studentenverband, das wäre schon eine wünschenswerte Alternative gewesen. Aber an dem Versuch, derlei aufzubauen, sind die ehemaligen Oppositionellen im SHB 1989/90 gescheitert; es blieb als einzige realistische Variante die Mitarbeit in den Juso-Hochschulgruppen. Diese verbleiben jedoch im Schatten ihrer historischen Herkunft und ihrer strukturellen Verflechtung mit dem Parteiapparat in Bonn.

Zweitens. Hätte es 1989/90 eine Alternative zum Untergang gegeben, wenn der Bundesvorstand des SHB nicht so dogmatisch gewesen wäre? Letztlich kann diese Frage nicht beantwortet werden. Der MSB Spartakus beispielsweise hat einen anderen Weg gewählt, indem er sich innerhalb der DKP auf die Seite der „Erneuerer“ geschlagen, seine zentralistische Struktur über Bord geworfen und versucht hat, sich in eine bundesweite undogmatische grün-alternativ-radikaldemokratische linke Organisation umzuwandeln – vergebens. Das Ergebnis war organisatorische Beliebigkeit, de facto Selbstauflösung. Aber anders als beim MSB (wenn hier überhaupt ein Vergleich angebracht ist) blieb die „Bezugspartei“ des SHB, die SPD, 1989/90 als vitale politische Kraft bestehen. Die Demokratisierungsforderung der innerverbandlichen Opposition des SHB beinhaltete nie eine Schwächung der Organisation. Unabhängig davon, ob sich eine breite studentische Basis für einen solchen Versuch geboten hätte: Ein politisch aufgeschlossener und rechtzeitig demokratisierter SHB wäre unter Umständen in der Lage gewesen, innersozialdemokratisch wieder salonfähig zu werden, vielleicht sogar mit den Juso-Hochschulgruppen in den Dialog um eine gemeinsame sozialdemokratische Perspektive an den Hochschulen zu treten. Die Möglichkeit, diese Aufgabe zu lösen, konnte nicht erprobt werden, da der SHB ihre Notwendigkeit nicht sehen wollte.

Drittens. Welches Licht wirft der Untergang des SHB auf die marxistisch orientierte Linke in der Sozialdemokra-

tie? Diese Frage betrifft innerhalb des spw-Zusammenhangs vor allem den ehemaligen Hannoveraner Kreis (HK) und die daraus hervorgegangene Juso-Linke. Schließlich gab es zwischen SHB und HK meist sehr gute Beziehungen, ja, es gehörte eigentlich für HK'ler an den Hochschulen zum guten Ton, auch Mitglied des SHB zu sein oder zumindest auf dessen Listen zum Studierendenparlament zu kandidieren, es sei denn man war bei den Juso-Hochschulgruppen im Rahmen des „Freudenberger Kreises“ (der dortigen gewerkschaftlich orientierten Minderheitsfraktion) aktiv. Es bleibt also, hieraus, die offene Frage, wie das Verhältnis des Hannoveraner Kreises zu Pluralismus und Demokratie war. In welcher Abstufung verhielten sich die Angehörigen des HK zu der diesbezüglichen Gleichgültigkeit im SHB? Immerhin, es kann auf das Verhalten in der 1988/89er Krise des SHB verwiesen werden: Der HK hat sich bemüht, die SHB-Oppositionellen nachhaltig zu unterstützen und hierüber Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, mit der Zielstellung, die sozialdemokratische Spaltung im Hochschulbereich zu überwinden. Seitens der SHB-Führung wurde schließlich zwischen dem HK und dem „Offenen Kreis“ im SHB nicht mehr unterschieden¹¹. Im Juni 1989 forderte die Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck in einem offenen Brief den SHB zu einer klaren Verurteilung der chinesischen KP auf. Zu einer klaren Trennung vom SHB, wie sie die ausgetretene Opposition forderte, mochte der HK sich aber nicht entschließen. Die Motive bestanden wohl in einer Mischung aus Sentimentalitäten, innerer Distanz zum Hochschulbereich und bei manchen wohl auch der Hoffnung, daß sich da doch noch etwas retten lasse¹². Ein reinigendes Gewitter wäre gesünder gewesen – für den HK als noch klareres Flaggezeigen für Demokratie und für die Ex-SHB-Opposition als unterstützendes Signal für die Bemühungen um eine organisatorische Perspektive¹³.

Am Ende versandete alles. Der SHB verschwand von der Bildfläche¹⁴, die Juso-Hochschulgruppen blieben im wesentlichen wie sie waren, und in der organisierten Studierendenschaft machten sich Entpolitisierung und organisatorische Beliebigkeit breit.

spw

¹ Grundsatzklärung des SHB, in: Grundsatzklärung, Grundsatzprogramm und Satzung (verabschiedet auf der 13. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung, November 1972), hrsg. vom SHB-Bundesvorstand, 11. Aufl., Bonn 1984 (Sozialistische Reihe 1), S. 4f., S. 5.

² Ebd., S. 4.

³ Gegen die Strömung. Einführung in die Politik des SHB, Bonn 1985, S. 35.

⁴ Historisches Archiv der Stadt Köln, 1275 SPD-Bezirk Mittelrhein, Nr. 95. Erklärung des Bundesvorstandes des SHB zum Tode des Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, Berlin, den 1. August 1973 (Fotokopie).

⁵ Grundsatzklärung des SHB, a.a.O., S. 4.

⁶ Tübinger Papier zur GVK '88, 3. Entwurf, Tü., den 25.3.88.

⁷ Gruppenentwicklungsplan, Gruppenarbeitsplan, Integrierte Arbeitsplanung, Punktezielvorgabe.

⁸ Anmerkungen zur BDV-Auswertung. Positionspapier des Gruppenvorstandes des SHB Uni Köln, Oktober 1988 (im Besitz des Vf.).

⁹ Offener Kreis im SHB: Freiheit – Gleichheit – Solidarität. Zur SHB-Grundsatzprogrammdebatte im Bereich Verband/Innerverbandliche Demokratie (Broschüre), April 1989.

¹⁰ USHB Uni Köln: Einstimmiger Beschluß Nr. 1 der Mitgliederversammlung vom 26.6.1989 (in: LINKSDRALL – Zeitung des USHB – Nr. 10, Oktober 1989).

Die entscheidenden Gremien des SHB befanden sich sämtlich in der Hand des Bundesvorstandes; an eine Mehrheitsfähigkeit der Opposition war daher im Frühjahr 1989 nicht zu denken.

- ¹¹ Hierüber beklagte sich am 8.6.1989 Heiko Kretschmer, Marburg, in einem Schreiben an den Offenen Kreis anlässlich seines Austritts aus dem SHB (im Besitz des Vf.).
- ¹² Die Rolle und Stärke der nach Juni 1989 verbliebenen innerverbandlichen Opposition überschätzt Norbert Mappes-Niediek in seinem ansonsten über weite Strecken auch heute noch lesenswerten Artikel „Zur Krise des Sozialistischen Hochschulbundes“, in: spw 48 (1989), S. 360-366, S. 364.
- ¹³ Immerhin finanzierte das mit dem Hannoveraner Kreis und der spw verbundene „Projekt Moderner Sozialismus“ den KölnerInnen und AachenerInnen im Herbst 1989 noch eine Broschüre, in der (vergeblich) ein Weg zu einer neuen Organisationsform ge-

sucht wurde (Fiedler, Ecki u.a.: Den Neubau wagen! 15 Thesen zu hochschulpolitischen Perspektiven aus sozialdemokratischer Sicht [Köln-Aachener Papier], November 1989).

- ¹⁴ Die SHB-„Hardliner“ der späten 80er Jahre sind weitgehend von der politischen Bildfläche verschwunden. Eine ganze Reihe von Angehörigen der SHB-Opposition im „Offenen Kreis“ hat jedoch später den Weg in die spw-Redaktion gefunden, so die ehemaligen Redaktionsmitglieder Oliver Brosch-Guesnet, Florence Guesnet und Heiner Kockerbeck sowie von der derzeitigen Redaktion Christoph Meyer, Silvia Rosendahl und Claudia Walther.

Die gemeinsamen Erfahrungen der ungleichen Schwestern

Deutsch-deutsche Frauenpolitik gestern, heute und morgen

von Barbara König*

In Deutschland ist endlich wieder eine große Ausstellung über Frauen zu sehen. Das Bonner „Haus der Geschichte“ dokumentiert Frauenleben von der Weimarer Republik bis zum Fall der Mauer. Dem Zeitpunkt, wo sich die „ungleichen Schwestern aus Ost und West“ erstmals begegneten und der Frauenbewegung einen heftigen Kick versetzten. Seitdem scheint sie sanft hinweggeschlafen zu sein, fast unbemerkt ist die Frauenfrage hinter den Topthemen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau verschwunden.

Wer sich als Feministin aber nun von der teuer gestalteten Ausstellung neue Impulse, Diskussionen oder gar Kontroversen verspricht, geht leer aus. Ohne kritische Hinterfragung und ohne jede Bewertung wird alltägliches Frauenleben in West

und Ost dokumentiert: Im Westen kaufen Frauen Persil, tragen Nylonstrümpfe und bekommen Kinder, im Osten stehen Frauen an den Verkaufstheken Schlange, tragen Blaumänner und bekommen auch Kinder. Aber es

handelt sich ja auch um eine Ausstellung über Frauen, nicht über Frauenpolitik, nicht über Geschlechterverhältnisse und schon gar nicht über Feminismus.

Was aber ist der Linken geblieben von der „Frauenfrage“ im Osten? Sicher mehr als die Ostalgie von flächendeckender Kinderbetreuung und 100%iger Frauenerwerbsquote. Aber nahmen und nehmen Debatten über die reale Entwicklung des Geschlechterverhältnisses in der DDR z.B. Einfluß auf die Frauenpolitik der Jusos?

Die Gefahr, zwischen den eigenen Ansprüchen und den realen Verhältnissen in der DDR kaum unterscheiden zu wollen, war bei der Frauenfrage besonders groß.

1. Sind Frauen Nebensache? Der Streit um die Bedeutung der Frauenfrage

Seit Beginn der neuen Frauenbewegung streitet sich die deutsche Linke um die Frage, ob und inwiefern die Frauenfrage Teil der sozialen Frage sei und welche politische Strategie aus dieser Erkenntnis folge. Daß die Linke diesen Aspekt zum Ausgangspunkt ihrer Debatte machte, verwundert nicht: Schließlich brachte die kritische Auseinandersetzung mit den Wurzeln sozialistischer Emanzipationstheorie den feministischen Stein erst ins Rollen. Denn als 1968 die ersten Tomaten gegen männliche SDS-AktivistInnen flogen, klagte frau ja nicht nur das bornierte Macho-Gehabe ihrer Genossen an. Vor allem die These, daß der Widerspruch zwischen den Geschlechtern dem Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital untergeordnet sei, stand auf dem Prüfstand. Dabei hatten die männlichen Genossen gutwillig die marxistischen Grundannahmen zur Gleichstellung der Frau vorgetragen, als sie erstaunt feststellen mußten, daß die aktuellen Problemlagen von Frauen ganz andere waren. Junge Studentinnen wollten nicht darauf warten, daß ihre Unfreiheit erst mit der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse enden sollte. Und sie konnten nicht nachvollziehen, warum die Gleichstellung der Frau allein über ihren Eintritt in die Erwerbsarbeit möglich sein sollte.

In der Zeit des studentischen Aufbruchs führten viele, die sich links nannten, fühlten und manchmal nur so gaben, zur Untermauerung ihrer Thesen reale Beispiele in realen sozialistischen Staaten an. Dabei bestand oft die Gefahr, zwischen Anspruch und Wirklichkeit kaum noch unterscheiden zu können. In der Frauenfrage war diese Gefahr besonders groß, denn im Wettstreit der Systeme wurde die angeblich erreichte Gleichstellung der Geschlechter stets gerne als Joker gezogen. Immer neue Erfolgsmeldungen über die Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder die Ausweitung der staatlichen Kinderbetreuung wurden nur allzu gern als Beweis für die Richtigkeit der klassischen Emanzipationstheorie gewertet.

Das war auch in der marxistisch geprägten Strömung der JungsozialistInnen so. Die 1980 veröffentlichten „Herforder Thesen“ trugen deutlich die Handschrift der klassisch sozialistischen Emanzipationstheorie, wonach die Befreiung der Frau nur durch ihren Eintritt in die Produktionsarbeit gelingen könne und die Lösung der Frauenfrage mit der sozialen Frage zusammenfalle. Zwar wurde dort die doppelte Abhängigkeit von Frauen – in Klassen- und in Geschlechterbeziehungen – erkannt, dennoch wurde der ökonomischen Diskriminierung die weitaus größere Bedeutung zugebilligt. Aus heutiger Sicht können die zahlreichen wirtschafts- und sozialpolitischen Einzelforderungen, wie z.B. die Abschaffung des Ehegatten-Splittings, nicht darüber hinwegtäuschen,

* Barbara König, Politologin, Jugendbildungsreferentin des Juso-Landesverbandes NRW, lebt in Bonn

daß dem „Hannoveraner Kreis“ zu diesem Zeitpunkt eine kohärente feministische Strategie noch fehlte.

Auf der Suche danach kamen auch Marxistinnen nicht an dem Diskurs „Sexualität und Gewalt“ vorbei. Dabei schienen sie ihren „radikal-frauenbewegten“ Schwestern gut 10 Jahre hinterherzuhinken, hatten diese doch bereits Anfang der 70er Jahre ihren Emanzipationsprozeß mit zuerst privaten, dann wissenschaftlichen und schließlich politischen Debatten um die Bedeutung weiblicher Sexualität begonnen. Der Versuch, radikalfeministische Theoreme – wie z.B. die politische Funktion von Heterosexualität – mit sozialistischer Emanzipationstheorie zu einer „modernen feministischen Juso-Strategie“ zu verbinden, mußte schlechterdings scheitern. Auch auf der linken Seite haben nie einheitliche feministische Konzepte existiert, vielmehr beeindruckte die Frauenbewegung von jeher durch die Vielfalt ihrer Schwerpunktsetzungen: Da gab es sogenannte Radikalfeministinnen, die Frauendiskriminierung theoretisch aus Sexualitäts-Mustern ableiteten und politisch unbedingt autonom bleiben wollten. Es gab kirchlich engagierte Frauen, die sich mit feministischer Theologie auseinandersetzten und Friedensdemonstrationen organisierten. Und es gab eben auch marxistisch orientierte Frauen, die die Befreiung der Frau zwar wichtig, aber die Befreiung der Arbeiterklasse noch wichtiger fanden.

Daß der Feminismus kein einheitliches Konzept zur Frauenbefreiung ist, daß er mehr Fragen nach den Ursachen von Frauenunterdrückung stellt, als Antworten zu geben, wie diese zu beseitigen sei, konstatiert 1986 auch der Juso-Bundeskongreß in seinem wegweisenden Beschluß „Feminismus und Sozialismus“: Für die Linke ist dabei die Kritik an der Haupt- und Nebenwiderspruch-Debatte die wesentlichste Errungenschaft. Freilich zeigen heute die hölzernen und verklausulierten Formulierungen, daß der Konsens mit der männlichen Verbandsmehrheit längst noch nicht hergestellt war. Daß „Frauenpolitik (...) eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung der Frauenbefreiung anstreben“¹ müsse, klingt eher nach mathematischer Lehrformel als nach politischer Strategie. Dennoch trat seitdem die Frauenfrage endgültig aus dem Schatten der sozialen Frage heraus, und in der Juso-Debatte fungierten erstmals Patriarchat und Kapitalismus als willige, sich gegenseitig stützende Gehilfen. Mehr noch: Die Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen im real existierenden Sozialismus der 80er Jahre führte zu der Erkenntnis, daß das Patriarchat auch ganz gut ohne seinen Kumpel Kapitalismus zurechtkam.

2. Hatte in der DDR der Greis Patriarchat seinen alten Kumpel Kapitalismus überlebt?

Diese Frage ist dann eindeutig mit „Ja“ zu beantworten, wenn wir die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Kern des Patriarchats definieren. Denn bis zum Ende der DDR existierte eine Arbeitsteilung, nach der die Haus- und Familienarbeit – trotz Kinderkrippen und Einkaufsdiensten – zum größten Teil unbezahlt, privat und vorrangig von Frauen erledigt wurde und die bezahlte und gesellschaftlich organisierte Erwerbsarbeit zwar von beiden Geschlechtern geleistet, aber höchst unterschiedlich bewertet wurde:

- 1989 waren zwar 78,1% aller Frauen erwerbstätig, aber 71,6% dieser Frauen mußten sich mit einem Monatseinkommen von bis zu 700,- Mark begnügen, wäh-

rend 84,3% ihrer männlichen Kollegen im Monat mehr als 1.700,- Mark nach Hause brachten.²

- Das Recht auf ihre Berufsarbeit konnten die Frauen durchaus wahrnehmen, ein Recht auf gleichberechtigte Aufstiegschancen hatten sie jedoch nicht. So war z.B. in der Wissenschaft 1988 jeder zweite Arbeitsplatz von einer Frau besetzt, aber der Frauenanteil am Führungspersonal lag an keiner wissenschaftlichen Einrichtung höher als 15%.

- Der Prozeß der heimlichen Geschlechtersozialisation war auch in der DDR erfolgreich, wenn sich mehr als 60% aller Schulabgängerinnen auf nur 16 von 259 Ausbildungsberufen konzentrierten, und der „Friseur“ knapp vor dem „Facharbeiter für Schreibtechnik“ die Hitlisten anführte.³

Aber auch in der DDR war die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse nicht kontinuierlich und frei von Widersprüchen. Zu Beginn dieses deutschen Staates bildeten sich durchaus Bruchstellen im System geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung heraus, die später bewußt wieder zugekittet wurden. Am anschaulichsten läßt sich diese Entwicklung am Beispiel der Arbeitszeit beobachten.

Die Arbeitszeitmuster von Frauen beweisen es: In der DDR war die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet.

Das Bild von der ihr Leben lang vollzeitbeschäftigten DDR-Frau ist immer noch tief in den Köpfen und Herzen der Linken verankert. Tatsächlich waren aber in den 70er Jahren rund 30% aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt⁴ und standen ihren Schwestern in der BRD damit in nichts nach. Auch die Gründe für die individuelle Verkürzung der Arbeitszeit waren dieselben: Frauen mußten Berufstätigkeit und Haus- und Familienarbeit in einen 24-Stunden-Tag pressen. Denn auch in der DDR begaben sich die Frauen nach „Feierabend“ in die sogenannte zweite Schicht an Kochtopf und Kinderbett. Daran änderten die Möglichkeiten öffentlicher Kinderbetreuung nichts: Mitte der 70er Jahre stand Müttern mit Schulkindern „nur“ ein Angebot von 64 Hortplätzen pro 100 Kindern zur Verfügung (im Vergleich zu 85 Kindergartenplätzen), und die Kritik an der Qualität der Betreuung war groß.

Für die SED bedeutete diese hohe Teilzeitquote ökonomisch und ideologisch ein Desaster: Ökonomisch, weil die von Arbeitskräftemangel gebeutelte DDR-Wirtschaft 100% aller potentiellen Arbeitskraft ausschöpfen mußte; ideologisch, weil das Zusammenspiel von Emanzipation und Erwerbsarbeit nicht mehr so recht gelingen wollte. Hatte der Staatsapparat in den 60er Jahren noch die Teilzeitarbeit in den „Hausfrauenbrigaden“ gefördert, um mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit zu integrieren, startete er nun eine Anti-Teilzeit-Kampagne, wonach die Genehmigungsverfahren in den Betrieben restriktiver gehandhabt wurden. Die nur halbherzig durchgeführte Kampagne fand bei den „werkstätigen Frauen und Müttern“ jedoch keinen Anklang, denn bis zum Ende der DDR belief sich die Teilzeitarbeit auf ca. 27%. Auch die 1971 mit dem VIII. Parteitag der SED forcierte Sozial- und Familienpolitik brachte keine Veränderung: Trotz Babyjahr und Hausarbeitstag konnte und wollte rund ein Drittel aller Frauen keinen Vollzeit-Job ausüben.

Solange die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit ohne Folgen für die Einbeziehung der Männer in die Haus- und Familienarbeit bleibt, ist kein Bruch mit patriarchalen Strukturen möglich.

Foto: Gefunden auf der Homepage der „Rifondazione Comunista“



Insgesamt bleiben also zwei Erkenntnisse festzuhalten:

Erstens war auch in der DDR die individuelle Verkürzung der Arbeitszeit eine für Frauen beliebte Strategie zur vermeintlichen Vereinbarung von Beruf und Familie. Sie reagierte damit auf das fehlende kollektive Lösungsangebot des Staates und widersetzten sich damit dem von Partei und Staat propagierten Modell lebenslanger Vollzeit-Erwerbsarbeit.

Zweitens zeigt die Entwicklung der Teilzeitarbeit, daß das Gebäude geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung mit der Frauenerförderung in den ersten Jahren der DDR zwar Risse bekam, aber nie wirklich einzustürzen drohte.

Fazit: Solange die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit ohne Folgen für die Einbeziehung der Männer in die Haus- und Familienarbeit bleibt, ist kein Bruch mit

patriarchalen Strukturen möglich – auch nicht nach der Überwindung des Kapitalismus. Historisch haben die realen Geschlechterverhältnisse der DDR – bei aller differenzierter Betrachtung – die klassisch sozialistische Emanzipationstheorie ein für allemal widerlegt. M.E. wird diese Erkenntnis in ihrer Bedeutung von der Linken immer noch unterschätzt.

3. Frauen sind jetzt die Hauptsache? Perspektiven feministisch-sozialistischer Politik

1990 war auch bei den Jusos die Annäherung zwischen Frauen Ost und Frauen West nicht immer einfach. Streitpunkt war nicht die Diskussion der verschiedenartigen

Historisch haben die realen Geschlechterverhältnisse der DDR die klassisch sozialistische Emanzipationstheorie ein für alle mal widerlegt. Diese Erkenntnis wird in ihrer Bedeutung von der Linken immer noch unterschätzt.

Vergangenheiten und ihrer jeweiligen Interpretationen. Vielmehr irritierten die verschiedenen Bewußtseinsstände: Ostfrauen verstanden nicht, warum die Westlerinnen so hartnäckig auf der weiblichen Sprachform oder der harten Quote herumritten, und Westfrauen gewannen den – in ihren Augen

traditionellen – Partnerschafts- und Familienvorstellungen ihrer Ost-Schwesterinnen so gar nichts ab.

Die gemeinsame Aufarbeitung deutsch-deutscher Frauengeschichte wurde bewußt oder unbewußt vermieden. Auf so manche neugierige oder kritische Frage wurde lieber verzichtet, um ja keinen politischen Schaden anzurichten. Mehr Mut in der historischen Debatte hätte so manche politische Verkramphtheit gelöst.

Wahrscheinlich war aber die Angst vor der Vergangenheit groß genug, um die politische Konzentration der Juso-Frauen ganz auf die Zukunft zu richten. Die Zukunft junger Frauen stand dann auch in den Folgejahren im Mittelpunkt der theoretischen Debatten. Wie sehen die realen Lebenschancen von Frauen im vereinten Deutschland aus? Was wünschen sich Mädchen vom Leben? Und haben heute junge Frauen im Osten andere Lebensentwürfe als die im Westen?

Nicht nur zahlreiche Jugendstudien⁵ kommen zu dem Ergebnis, daß sich die Lebensansprüche junger Frauen in Ost und West angenähert haben. Die Sächsin wie die Bayerin will im Leben Beruf und Privates vereinbaren – gleichzeitig und ohne faule Kompromisse. Auf die hätten sie sich vor 10 Jahren noch eingelassen, oft hieß das Dilemma in Dresden wie in München „Teilzeitarbeit bei wenig Einkommen und kaum Aufstiegschancen“. Ob sich dieser individuelle Teilzeitkompromiß auch in den nächsten 10 Jahren noch durchsetzen kann, hängt wesentlich davon ab, inwieweit es der Linken gelingt, kollektive Arbeitszeitverkürzung mehrheits- und konsensfähig zu machen. Denn erst, wenn Frauen ihren Lebensanspruch auf Verbindung von Erwerbs- und Familienarbeit realisieren können und auch Männer die Möglichkeit zu diesem „doppelten Lebensentwurf“ haben, kann die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ernsthaft in Frage gestellt werden. Dann erst, wenn linke Sozialdemokratinnen und SozialistInnen Frauenpolitik wieder zur eigentlichen Gesellschaftspolitik erheben, nehmen sie die Verknüpfung von Patriarchat und Kapitalismus wirklich ernst. Vielleicht ist es bis dahin nur noch ein kleiner Schritt, vielleicht auch ein größerer.

spw

Literatur:

- Beer, Ursula: Klasse und Geschlecht, Frankfurt a.M. 1989.
 Diemer, Susanne: Patriarchalismus in der DDR. Strukturelle, kulturelle und subjektive Dimensionen der Geschlechterpolarisierung, Opladen 1994.
 Flessner, Heike, u.a. (Hrsg.): Frauenunterdrückung und Familienverhältnisse, Frankfurt a.M. 1989.
 Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945 – 1992, Bonn/Berlin 1993.
 Schuldt, Karsten: Sozio-ökonomische Aspekte der Gestaltung der Lebensarbeitszeit in der DDR, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 141, Nürnberg 1991.
 Szepansky, Gerda: Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt a.M. 1995.
 Trappe, Heike: Selbständigkeit – Pragmatismus – Unterordnung. Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und staatlicher Sozialpolitik, Berlin 1994.
 Veil, Mechthild/Prinz, Karin/Gerhard, Ute (Hrsg.): Am modernen Frauenleben vorbei, Berlin 1992.

- ¹ Feminismus und Sozialismus, Beschluß des Juso-Bundeskongreß, Mai 1986 in Hagen.
- ² Vgl. Winkler, Gunnar (Hrsg.): Frauenreport '90, Berlin 1990, S. 88. Bezieht man in die Frauenerwerbsquote die Auszubildenden und Studentinnen ein, so ergab sich 1989 eine Zahl von 91,2%.
- ³ Vgl. Nickel, Hildegard Maria: Geschlechtersozialisation in der DDR oder: Zur Rekonstruktion des Patriarchats im realen Sozialismus, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft 1990, S. 17-32 (S. 21). In der DDR waren alle Berufsbezeichnungen offiziell männlich, auch wenn wie z.B. beim „Facharbeiter für Schreibtechnik“ der Frauenanteil bei fast 100% lag.
- ⁴ 1978 war in der DDR mit 30,6% die Teilzeitquote sogar leicht höher als die im Westen. Vgl. zur Gesamtproblematik König, Barbara: Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR: Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel der Teilzeitarbeit, unveröffentl. Magisterarbeit, Bonn 1995.
- ⁵ Vgl. Seidenspinner, Gerlinde, u.a. (Hrsg.): Junge Frauen heute – wie sie leben, was sie anders machen, Opladen 1996.

Ideologischer Umbruch, friedlicher Zusammenbruch und intellektueller Steinbruch: Das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Ostberliner Humboldt-Universität

Ohne begrenzten ideologischen Wandel wäre der „reale Sozialismus“ in der DDR nicht so rasch und vor allem nicht friedlich zusammengebrochen. Die Gleichzeitigkeit äußerer Drucks (militärische, ökonomische und politische Systemkonkurrenz, Reformprozeß in Gorbatschows Sowjetunion) mit der Entfaltung der inneren Widersprüche in der herrschenden marxistisch-leninistischen Legitimationsideologie führten zur Erosion der Legitimationspotentiale des autoritären Regimes in der DDR. Sozialisten in der DDR, die sich zu demokratischen Sozialisten erst entwickeln mußten, trugen ungewollt bei zur Delegitimierung des Systems, gewollt zur friedlichen Form des Umbruchs, und unbewußt wie bewußt zu den Lehren aus dem Scheitern des realsozialistischen Experimentes, das Demokratie durch die Herrschaft einer Parteihierarchie suspendiert hatte.

Welchen Sinn macht, acht Jahre nach dem „Revolutionsjahr“ 1989 ein Nachruf auf „Moderne Sozialisten“ im damals zweiten Deutschen Staat? Er erinnert zunächst an Debatten, die ähnlich, wenn auch unter anderen politischen Bedingungen im Westen und insbesondere im Umkreis dieser Zeitschrift geführt wurden. Er erinnert sodann an die intellektuellen Schwierigkeiten der Begründung einer sozialistischen Systemalternative vor dem Hintergrund der marxistisch-leninistischen Hypothesen. Schließlich jedoch beleuchtet er – angesichts des Primats eines brutalen neoliberalen Ökonomismus – und den Standortdebatten im globalen kapitalistischen Weltmarkt – die liegengebliebenen Aufgaben einer politischen Theorie des demokratischen Sozialismus als systematischer Alternative. Darin besteht die Aktualität eines Nachrufs.

Für die Reformdebatte in der SED vor und während des Umbruchs 1989 sind neben einigen Einzelpersonlichkeiten (z.B. Uwe Jens Heuer) und mehreren z.T. lockeren Diskussionszirkeln in universitären Zusammenhängen vor allem zwei Gruppen relevant gewesen – das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt-Universität Berlin und eine Gruppe der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED um Rolf Reißig, die sich nicht zuletzt in der Debatte um das SPD-SED-Papier konstituierte. Beide Gruppen entwickelten ihre Reformdiskurse in der Auseinandersetzung mit dem Neuen Denken und dessen eigenständiger Entfaltung.

Das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“

Die in der SED politisch wirkungsvollste¹ Reform-Gruppierung war zweifellos der Diskussionszusammenhang des Forschungsprojektes „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“ um Dieter Klein, die Brüder Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Hans-Peter Krüger, Rosemarie Will u.a., die ein „relativ konsistentes Konzept der kategorialen Widerspiegelung der Wesenszusammenhänge des Sozialismus auf seiner entstehenden neuen Entwicklungsstufe und in den neuen globalen Zusammenhängen“ (Brie/Brie/Land/Segert 1989: 8) ausarbeiten wollte.

Von der restriktiv in kleiner Auflage gedruckten Eröffnungsstudie des universitären Zirkels „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“ kursierten bald über 1000 Exemplare in di-

„Moderner Sozialismus“ in der DDR – Reformansätze in der SED 1989

von Frank Wilhelmy*

versen akademischen und politischen Teilöffentlichkeiten.

Rainer Land (1993: 71) gibt an, daß in der Gruppierung etwa 40 Personen regelmäßig zusammenarbeiteten und ein „Mehrfaches“ davon in die Kommunikation einbezogen war. Die „Reformsozialisten“, wie er sie nennt, seien zwischen 1979 und 1987 als loser Diskussionszusammenhang entstanden, der erst 1988 – auch wegen des SED-Fraktionsverbotes universitäre Zusammenhänge nutzend – organisatorisch strukturiert wurde.

Um der Bewertung der Bedeutung des „Sozialismusprojektes“ etwas näherzukommen, soll in drei Schritten vorgegangen werden. Nach der Rekonstruktion der inhaltlichen Genese und theoretisch-politischen Typik des Projektes werden die Phasen der theoretischen und praktischen Tätigkeit und schließlich die einzelnen Wirkungssphären dieser Reformgruppierung beschrieben.

Konsequenzen des „Neuen Denkens“

Die theoretischen Entwicklungen in der Gruppe müssen als Weiterentwicklung der logischen Konsequenzen des „Neuen Denkens“ interpretiert werden. Der Ausgangspunkt der globalen Menschheitsfragen führte zur expliziten Unterordnung der Klassenfragen, des Systemstreits und der Sozialismuskonzeption unter die Menschheitsinteressen (Brie, Land, Segert 1989: 13, 21). „Die Lösung der heutigen globalen Probleme macht den *Hauptinhalt* (Herv. i. O.) der gegenwärtigen, für die jetzt lebenden Generationen entscheidenden Epoche aus.“ (Ebd.: 19) Längst waren unter globalen Problemen nicht mehr nur die Atomkriegsgefahr und die Notwendigkeit von Abrüstung verstanden worden, sondern auch Unterentwicklung, ökologische Gefährdung und weitere damit verflochtene Probleme.

Die Lösungsperspektive wurde unter den Stichworten Demokratisierung („Hauptform der Lösung der globalen Widersprüche“) und „Moderner Sozialismus – eine Kulturgesellschaft“ (Brie 1989b: 25) konzipiert: „Die DDR muß durch eine spezifische Weise die Verbindung von Freiheit und Solidarität, von radikalerer Demokratie und

Der Ausgangspunkt der globalen Menschheitsfragen führte zur expliziten Unterordnung der Klassenfragen, des Systemstreits und der Sozialismuskonzeption unter die Menschheitsinteressen.

* Dr. Frank Wilhelmy, Bonn, Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion

Ökologie, von sozialen Alternativen, besonderer Berücksichtigung z.B. der Frauenprobleme und der Kinder zumindest für den bedeutenden Teil der Menschen ein wahrhaft besseres Leben anstreben.“ (Ebd.) Eine solche wertorientierte, kulturgesellschaftliche Konzeption eines Sozialismus – die freilich erst am Ende der inneren Entwicklung des Projektes stand – konkurrierte in der Um-

„Die Einflußnahme politischer Organisationsformen auf den staatlichen Entscheidungsprozeß, ihre politische Legitimation, die Feststellung, ob sie mehrheitsfähig sind, kann nur über Wahlen erreicht werden.“

bruchphase noch mit anderen Entwürfen unter demselben Oberbegriff „Moderner Sozialismus“. Während Bries Formulierung deutlich eine von westlich-alternativen Vorstellungen beeinflusste Variante eines „Dritten Weges“ war, lieferte z.B. Kosing (1990) eine eher reformatorische Vorstellung des „modernen Sozialis-

mus“. Kosing teilt die Forderung nach Demokratisierung, Bedürfnisorientierung und Privilegierung der Menschheitsinteressen („in einem bestimmten Sinne“), legt jedoch statt der Wertorientierung Bries ein Schwergewicht auf die Forderung nach ökonomischer Leistungskraft und Effizienz des Sozialismus durch entsprechende Umsetzung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“.

Moderne als Leitbegriff

Die Formulierungen im Haupttext des Projektes „Philosophische Grundlagen ...“ (Forschungsprojekt 1989: 13) legen nahe, daß eine abstrakte Kategorie von Modernität entwickelt werden sollte, von deren Werte sowohl der Kapitalismus als auch (freilich zunächst in der Hoffnung auf dessen höhere Fortschrittlichkeit) der Realsozialismus kritisch analysiert werden konnte: „Wenn hier (...) von *moderner Gesellschaft* (Herv.i.O.) gesprochen wird, so sei darunter eine Gesellschaft verstanden, deren Reproduktion mit Zwangsläufigkeit auf die Entwicklung des materiellen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktionsprozesses gerichtet ist. (...) Dies setzt erstens die Auflösung der naturwüchsigen Verschränktheit von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion voraus und zweitens die Entstehung relativ selbständiger Teilbereiche der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Wissenschaft, Bildung usw. Erst dadurch können die besonderen Entwicklungs-

potentiale der Individuen einerseits bzw. der jeweiligen Teilbereiche andererseits gesellschaftlich umfassend freigesetzt und zugleich als Entwicklungszusammenhänge mehr oder minder beherrscht werden.“ In der Formulierung „mehr oder minder beherrscht“ findet sich der vorsichtige Rest des hergebrachten Planungsanspruchs, während die Betonung der Subsystemdifferenzierung den Kanon des Marxismus-Leninismus bereits verlassen hat.

Segert (1993: 103) hat den modernetheoretischen Denkweg der Gruppe dargestellt. Zunächst sollte „moderner Sozialismus“ nur eine zweite Phase der Entwicklung des Realsozialismus anzeigen, deren „Überfälligkeit“ verspürt wurde und die mit dem Perestrojka-Projekt Gorbatschows zusammengedacht wurde. Der zweite Schritt war die Feststellung von „Defiziten“, insbesondere auf dem Gebiet der Demokratie, im Vergleich zu den bürgerlichen Gesellschaften, deren Bedeutung für das Verhältnis der gegnerischen Systeme ungeklärt blieben. Der entscheidende Schritt war dann die Etablierung jenes allgemeinen Modernebegriffs, der schließlich auch in der häufigen Rede von menschlicher „Zivilisation“ aufging. Der Zivilisationsbegriff seinerseits kam von der Diskussion der gattungsbedrohenden Zerstörungspotentiale (Atomkrieg, Umweltzerstörung) her (vgl. A. Brie 1993: 51) und schloß an das Neue Denken an.

Das Zusammentreffen des Zivilisations- und Modernebegriffs im Reformdiskurs zeigt den Zusammenschluß der „äußeren“ Relativierung und Dezentrierung des Marxismus-Leninismus (durch die Unterordnung von Klassenpolitik unter die „Menschheitsfragen“) mit der „inneren“ theoretischen Dynamik der im Marxismus-Leninismus widersprüchlichen Konstruktion von Rationalität, Fortschritt, Planung, Führung und Volkssouveränität.

„Entfaltung moderner Demokratie“

Unter Demokratisierung, der „Entfaltung moderner Demokratie“ in „jedem der Systeme“ (Kapitalismus und Sozialismus) „auf seine formationsspezifische Weise“, (Brie/Land/Segert 1989: 23) verstand das Projekt zunächst noch vorsichtig einige neue „Tendenzen“ in der Entwicklung der sozialistischen Länder – eine „neue Qualität“ der Führung der marxistisch-leninistischen Partei (Entflechtung von Partei- und Staatsapparat, mehr innerparteiliche Demokratie), Ausweitung von öffentlicher Meinungsdiskussion und Interessenvermittlung, größere Rolle des Rechts als „Bewegungsform von Interessenkonflikten“, Etablierung einer „politischen Gesellschaft“ neben dem Staat, schließlich ein positiveres Verhältnis zu den Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie (gemeint sind die zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten in der westlichen Gesellschaft).

Zwar war die Argumentation des Projektes gewissermaßen (system-) funktionalistisch, aber mit dem Gedanken der in der Moderne notwendigen „relativ selbständigen Teilbereiche“ von Wirtschaft, Politik etc. war die Vorstellung von funktionaler Arbeitsteilung eines Gesamtsubjekts, nämlich der autokratischen Partei, bereits deutlich überboten. Die Vorstellung eines „Monosubjektes“ des Sozialismus wurde folgerichtig auch als zu überwindende Konzeption kritisiert: „Mit der Reduktion aller gesellschaftlichen Subjekte auf ‚Organe‘ der staatlich formierten Gesamtgesellschaft im alten Paradigma vom ‚Sozialismus eines monolithen Subjektes‘ wurde anstelle der grundlegenden Vermittlungsform der widersprüchlichen gesellschaftlichen Subjekte im Sozialismus – Leistungsprinzip in der Ökonomie, Demokratie in der Politik, Öffentlichkeit im geistigen Leben und Recht als normative



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Grundform der Regelung der Rechte und Pflichten der Subjekte (...) – die vermittlungslose Identifikation mit dem Ganzen gefordert.“ (M. Brie 1989a: 50)

„Die Vielfalt der Welt ist zur positiven Bedingung ihrer Ganzheitlichkeit geworden und kann deshalb nicht mit Gewalt negiert werden, ohne die Ganzheitlichkeit in Frage zu stellen.“ (Brie/Brie/Land/Segert 1989: 23) Dieser typische philosophische Satz enthält implizit dreierlei: demokratiethoretisch ein Pluralismuscredo, friedenspolitisch einen pazifistischen Anklang und indirekt innenpolitisch ein verstecktes Plädoyer für die Akzeptanz von kritischen Bürgerbewegungen im Sozialismus.

Dem endgültigen Durchbruch des Gedankens einer radikaldemokratischen sozialistischen Kulturgesellschaft stand freilich immer noch – habituell verankert und anscheinend macht- und politikstrategisch geboten – die Betonung der notwendigen Führungsrolle der Partei entgegen.

Intervention an die Honeckersche Parteiführung

Im Oktober (8.10.) 1989 (unter dem Eindruck von Massenflucht, Paraden zum 40. Jahrestag der DDR und Demonstrationen immer größerer Teile der Bevölkerung) formulierten dann allerdings Brie/Brie/Ettl (1990: 79-99) eine Intervention noch an die alte Honeckersche Parteiführung, einen Versuch der Politikberatung in der Krise der DDR. Sie forderten ein Sofortprogramm zur Umgestaltung des politischen Systems auf der Linie ihrer reformatorischen Demokratisierungsvorstellungen. Erstmals wird als Hauptproblem die *Legitimität* der SED für die Führung in diesem Prozeß innerparteilich thematisiert. Die Autoren koppeln Legitimität an die Zustimmung bzw. „Identifikation von Seiten der Massen“. Eine breite Aussprache und die Modifikation des Wahlsystems sollen diese Legitimität erneuerbar machen. „Das politische System besitzt für große Teile der jüngeren Generation keine politische Legitimation mehr, da es für sie nicht im Resultat eines bewußten wählenden Handelns entstanden ist.“ Freilich hatte sich zu dieser Zeit noch kein endgültiger Wechsel des Modus der Legitimationsbeschaffung in den politischen Vorschlägen durchgesetzt. Noch glaubte die Gruppe an die Notwendigkeit einer führenden SED, weil sie die Existenz des Sozialismus mit der Stellung der Partei (ihrer politischen Macht und Kompetenz) verbunden sahen. Entsprechend plädierten sie auch nur für einen „begrenzten legalen Raum“ für oppositionelle Kräfte und einen taktischen Umgang mit Wahlterminen. Ziel sei es, die Bildung von „oppositionellen Organisationen mit unmittelbarem Anspruch auf Machtbeteiligung“ zu verhindern. „Die Erfahrungen des Jahres 1989 in Polen und Ungarn zeigen, daß Wahlen zu den zentralen Staatsorganen unter der Bedingung einer Vertrauenskrise zwischen Parteiführung und Volk unmittelbare Gefahren für die sozialistische Orientierung der Politik heraufbeschwören.“ (Ebd.: 98) An kurzfristigen Maßnahmen wurde daher lediglich die Aufstellung mehrerer Kandidaten für die Mandate bei Beibehaltung des Systems der Nationalen Front, also der Kontingentierung der Mandate, vorgeschlagen. Allerdings hatte die Gruppe (Brie, Land, Petsch u.a. 1990: 37-145) früher in einer „Studie zur Gesellschaftsstrategie“ (entstanden auf Drängen Kleins, vom SED-Sekretariat der Universität aufgehoben und erst im Oktober veröffentlicht) eine andere, viel weitergehende Auffassung formuliert (ebd.: 118-119): „Die Einflußnahme politischer Organisationsformen auf den staatlichen Entscheidungsprozeß, ihre politische Legitimation, die Feststellung, ob sie mehrheitsfähig sind, kann nur über

Wahlen erreicht werden.“ Und sie reflektieren auch den letzten Schritt, die Möglichkeit eines Machtverlustes: „Die These, daß die Macht immer und unter allen Umständen zu halten ist, unabhängig von der Wahl der dazu nötigen Mittel, ist neu zu durchdenken angesichts der realen Abläufe politischer Krisen.“ Die intellektuelle Bewegung von der Führungsrolle der Partei zur Umstellung auf das in Wahlen zu testende Mehrheitsprinzip demokratischer Legitimierung mit dem Risiko der Disposition über das Gesellschaftsmodell war zwar denkmöglich in der Konstruktion des theoretischen Projektes angelegt, vollzog sich aber *öffentlich wirksam* erst unter dem Druck der politischen Realität und der Erfahrung der politischen Praxis durch die Mitglieder des Diskussionszusammenhanges selbst.

Entwicklungsphasen des Reformprojektes

Die Geschichte des Reformprojektes kann in drei Phasen dargestellt werden. Auf die erste Phase der zunächst losen, dann organisierten Konstituierung eines noch vorwiegend theoretisch-wissenschaftlichen Diskurses folgte die Etappe der politischen Involvierung der Mitglieder des Diskussionszusammenhanges im Umbruchherbst 1989. Nach dem weitgehenden Machtverlust der SED und dem Scheitern der theoretischen und praktischen Initiativen der Gruppenmitglieder ab etwa Dezember 1989 zerfiel der Zusammenhang, die einzelnen Personen orientierten sich zurück auf den wissenschaftlichen Diskurs oder verteilten sich politisch auf konkurrierende Parteien, vor allem die PDS, aber auch das Bündnis '90 und die SPD. Die Juristin Will z.B. wurde von der SPD in Brandenburg als Verfassungsrichterin nominiert und gegen öffentliches Getöse durchgesetzt.

Die „politische“ Phase des Projektes begann mit der sich abzeichnenden Krise der DDR, als die ungarisch-österreichische Grenze geöffnet wurde. Formuliert wurde die bereits erwähnte Intervention „Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED“ (Brie/Brie/Ettl 1989). Der politische Adressat war zu diesem Zeitpunkt die Führung der SED, genauer: erhoffte reformbereite Kräfte in der Führung. Ein zunächst vorgestellter reformerischer „Staatsstreich von oben“ (Segert 1993: 100), der die Honecker-Parteiführung ablösen sollte, war den Beteiligten nach entsprechenden „Erkundigungen“ als unmöglich erschienen, weil niemand die entsprechende Rolle in der Führung übernehmen konnte oder wollte.

Die Gruppe konstituierte sich am 26. Oktober formell als Arbeitsgruppe der SED-Kreisleitung der Humboldt-Uni-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Das Projekt hatte Einfluß: in der Anregung wissenschaftlicher und kritisch-intellektueller Diskurse, in der Reformdiskussion der SED, gegenüber der DDR-Regierung unter Modrow, im Dialog mit der Opposition und hinsichtlich der späteren PDS-Programmatik.

versität, ihr Adressat war jedoch (nach den negativen Erfahrungen) nicht mehr nur die Partei (hier hatte sich die Hoffnung von der Führung auf die Aktivität der Basis übertragen), sondern bereits die gesellschaftliche Öffentlichkeit. In öffentlichen Präsentationen der politischen Thesen des Projektes sollte zunächst Basisdruck auf die Partei ausgeübt werden, Ende Oktober wurde dann auch die bewußte Debatte mit Vertretern der Opposition geführt.

Die inhaltlichen Positionen der Gruppe flossen dennoch sehr stark über personelles Engagement ihrer Autoren direkt in die programmatische Neuorientierung der SED ein – z.B. in das radikalreformerische Konzept der sogenannten Plattform WF innerhalb der SED (Behrend/Meier (Hg.): 248-249) und mit Dieter Klein in die Standpunkte des „Arbeitsausschusses“ zur Neuformierung der SED, nachdem die protestierende SED-Parteibasis das

komplette ZK (am 3.12.1989)

zum Rücktritt gezwungen hatte. In dem programmatischen Papier des Ausschusses sollte sich die SED „zu freien, geheimen und gleichen“ Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt und zu einem pluralistischen politischen System (ebd.: 255) bekennen.

Mit der Umstrukturierung der

SED zur PDS gewannen die in diesem Bereich engagierten Mitglieder des Projektes (Klein und die Bries) sogar endgültig die inhaltliche Hegemonie. Das erste Parteiprogramm der SED/PDS stammt weitgehend von Einzelautoren aus dem Diskussionszusammenhang der Gruppe von der Humboldt-Universität.

Bedeutung des Projektes

Insgesamt hatte das Projekt in fünf unterscheidbaren Bereichen spezifischen Einfluß: erstens allgemein in der Anregung wissenschaftlicher und kritisch-intellektueller Diskurse, zweitens in der Reformdiskussion der SED, drittens in einer begrenzten Beratungsfunktion gegenüber der DDR-Regierung unter Modrow, viertens im Dialog mit der Opposition und schließlich in der politisch maßgeblichen Wirkung hinsichtlich der späteren PDS-Programmatisierung.

Zur Beratungsfunktion gegenüber der Regierung ist anzumerken, daß wohl vehement versucht wurde, Modrow mit reformsozialistischen Konzepten zu erreichen, bei diesem auch generell die Bereitschaft zur Rezeption vorhanden war, faktisch aber – aus Zeitmangel und sicher auch im Zuge der Unausgegorenheit der Perspektiven, dem Nichtvorhandensein einer wirklich elaborierten Konzeption für eine Zukunft der DDR – der pragmatische Rückgriff auf etablierte Kader erfolgte oder die Analysen schlicht nicht umgesetzt wurden (vgl. A. Brie 1993: 50). Egon Krenz hingegen hatte die Mitglieder der Gruppe zur Kooperation aufgefordert, was von diesen jedoch abgelehnt wurde (Segert 1993: 107).

Der Versuch eines Reformbündnisses mit der Opposition in der DDR, soweit diese an einer demokratisch-sozialistischen Perspektive der DDR orientiert war, führte zum Aufruf „Für unser Land“, an dessen Entstehung und der Formulierung erster Entwürfe auch Dieter Klein beteiligt war. Den Aufruf, der am 28. November veröffentlicht wurde, unterzeichneten hernach über eine Million DDR-Bürger. In der von der Schriftstellerin Christa Wolf redigierten Fassung (mit den Erstunterzeichnern u.a. Volker Braun, Stefan Heym, Friedrich Schorlemmer, Ulrike Pop-

pe, Konrad Weiß und Dieter Klein) hieß es: „Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemäßt, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht.“ (In Schüddekopf (Hg.) 1990: 240) Der Aufruf wendet sich gegen den durch die Politik der BRD drohenden „Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte“ und plädiert für den Versuch, eine „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.“

Ich teile die Bewertung von Falkner (Gysi/Falkner 1990: 82) und Segert (1993: 88), daß das Vorhandensein dieses Reformflügels in der SED, der von Oktober bis Dezember einigen Einfluß hatte und dem nach Einschätzung von Land (1994: 243) beinahe die „Revolution die Macht in die Hände“ getrieben habe – mithalf, die Staatskrise der DDR beherrschbar zu machen, indem er dazu beitrug, eine gewaltsame Alternative der Herrschenden innerparteilich inhaltlich und machtpolitisch zu blockieren. Die wichtigste Funktion war das intellektuelle Aufbrechen dogmatischer Ideologeme, die Anregung und die inhaltliche Differenzierung des parteiinternen Disputs, die Herstellung der Verbindung zur Öffentlichkeit.

Wie an einer Perlschnur aufgereiht, spulten sich im Diskurs der „Reformsozialisten“ nacheinander die Adressaten der intellektuellen Loyalität ab, gemäß der hierarchischen Konstruktion der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Der Menschheitsbegriff hatte im Neuen Denken die Rolle der Oberinstanz, der Transzendenz des hergebrachten klassenkämpferischen Weltbildes erlangt und die Ideologie von oben relativiert. Die Zielrichtung des Sozialismusentwurfs wurde umgepolt auf die friedliche Konkurrenz um „zivilisatorische“ Werte. Zunächst war noch die Parteiführung (bzw. Teile davon) Inkarnation der Hoffnung auf „Reformen von oben“. Nach ihrem Versagen war es die Parteibasis, schließlich das „Volk“ und zuletzt das „Land“, dem Loyalität, Identifikation entgegengebracht wurde. Die Logik der Identifikation funktionierte so rückwärts zur Ideologie von der Spitze zur Basis und dann vom konkreten (dem sozialistischen Projekt DDR) zum abstrakten Fernziel eines „demokratischen Sozialismus“, wie es der Name der SED-Nachfolgepartei PDS ausdrückt. Mit dem Zurückspulen der Identifikationsebenen des politischen Projektes wandelten sich gleichzeitig die Modalitäten der Legitimierung. Zuerst war die Führungsrolle der Partei ein Sanktuarium, dann sollte sie praktisch erworben werden durch „Konsenszielung im Dialog“, dann sollte die Konkurrenz verschiedener Parteien und Gruppen die Entwicklung eines konstitutionellen Sozialismus garantieren, schließlich blieb das wahlarithmetische Mehrheitsprinzip letztes, formales Kriterium von Legitimität, und der inhaltlich verflüchtigte Sozialismus war zur realen Abstimmung freigegeben.

spw

Literatur:

- BEHREND, Manfred/MEIER, Helmut (Hg.) 1991: Der schwere Weg der Erneuerung: Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin
- BRIE, André 1993: Die Verhältnisse tanzen lassen. Das Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89, in: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung 16, 45-53

Das Vorhandensein dieses Reformflügels in der SED half mit, die Staatskrise der DDR beherrschbar zu machen, indem er beitrug, eine gewaltsame Alternative der Herrschenden innerparteilich inhaltlich und machtpolitisch zu blockieren.

BRIE, Michael 1989a: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus – Thesen in der Diskussion, in: Forschungsprojekt..., 33-56
 BRIE, Michael 1989b: Die Tendenz zu Stagnation und Fäulnis gehört zu seinem Wesen, in: Frankfurter Rundschau 21.12
 BRIE, André/ BRIE, Michael/ ETTL, Wilfried 1990: Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED, in: Land/Kirchner (Hg.) 79-99
 BRIE, Michael/ BRIE, André/ LAND, Rainer/ SEGERT, Dieter 1989: Zum Zusammenhang von Sozialismustheorie, Epochenverständnis und Theorie des modernen Kapitalismus, in: Forschungsprojekt... 8-32
 BRIE, Michael/ LAND, Rainer 1989: Aspekte der Krise – Wege der Lösung, in: Einheit 12, 1084-1089
 BRIE, Michael/ LAND, Rainer/ PETSCH, Hannelore/ SEGERT, Dieter/ WILL, Rosi 1990: Das Umbaupapier. Studie zur Gesellschaftsstrategie, in: Land (Hg.) 37-145
 FORSCHUNGSPROJEKT 1989: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1989, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion m.l. Philosophie, Druck-Gen. Nr. 13 529/89
 GRIMM, Thomas (Hg.) 1993 (o.J.): Was von den Träumen blieb: Eine Bilanz der sozialistischen Utopie, Berlin (o.O.)
 GYSI, Gregor/FALKNER, Thomas 1990: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin
 HEUER, Uwe-Jens 1989: Marxismus und Demokratie, Baden-Baden
 KLEIN, Dieter 1988: Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin (DDR)
 KOSING, Alfred 1990: Zur Diskussion um eine moderne Sozialismus-

konzeption, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2, 168-186
 LAND, Rainer 1993: Evolution der Moderne und Emanzipation. Vom „Modernen Sozialismus“ zum „Libertären Ökosozialismus“, in: Initial (Berliner Debatte) 6, 61-72
 LAND, Rainer 1994: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten? In: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft ..., 237-248
 LAND, Rainer (Hg.) 1990: Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin
 LAND, Rainer/ KIRCHNER, Lutz (Hg.) 1989: Sozialismus in der Diskussion 1: Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin (DDR)
 LAND, Rainer/ KIRCHNER, Lutz (Hg.) 1990: Sozialismus in der Diskussion 2: Texte zu Politik, Staat, Recht; Berlin (DDR)
 DIE REAL-EXISTIERENDE POSTSOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT, 1994, Berlin
 SCHÜDDEKOPF, Charles (Hg.) 1990: „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek
 SEGERT, Dieter 1993: Politische Visionen im Zerfallsprozeß der DDR – das Beispiel des Sozialismusprojekts, in: Utopie kreativ 37/38, 87-108
 WILHELMY, Frank 1995: Der Zerfall der SED-Macht. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, Münster – Hamburg

¹ Die Rolle der WissenschaftlerInnen der Akademie der Gesellschaftswissenschaften – und anderer Zirkel und Personen, kann hier aus Platzgründen nicht angemessen kritisch gewürdigt werden.

Ein Weltniveau-Staat wie die DDR hatte natürlich nicht nur seine Beatles (die Puhdys), sondern auch seine Rolling Stones: Das war Pankow... Ohne große Worte vermittelte der ruppige Rhythmus dieser Musik das Gefühl, sich von der Verlogenheit der Verhältnisse ringsum zu befreien, mit einem Wort: Authentizität“, führte die F.A.Z. unlängst ihre Leser in eine fremde Welt ein. Nun stand Pankow erstmals seit 1990 wieder auf der Bühne: „Doch die Authentizität war nicht nur durch den Fortgang der Zeiten gebrochen. Der Gitarrist der Gruppe, Jürgen Ehle, ist vor kurzem als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt worden; als ‚IM Peters‘ hatte er regelmäßig über die anderen Mitglieder der Band berichtet, nur Gutes allerdings, wie er beteuert, um der Band ihre Reisemöglichkeiten zu erhalten.“ Und dann: „Bei der Einzelvorstellung der Musiker bekommt Ehle demonstrativ den meisten Beifall... Was ‚authentisch‘ ist und was nicht, wird über Plebiszit entschieden.“¹

Dieses Plebiszit hatte man sich anfangs freilich anders vorgestellt. Doch handelte es sich bei den Beifallklatschenden nicht um angepaßte Nostalgiker. Hier applaudierten die Fans einer Band, die in der DDR für rebellische Neigungen stand. Wenn dieses Publikum jetzt derart politisch inkorrekt Beifall klatscht, muß irgend etwas dumm gelaufen sein. Was?

Unsere Hypothese lautet: Die zur Verwaltung und Bearbeitung der MfS-Akten eigens geschaffene Behörde, die sog. Gauck-Behörde, hat wesentlich dazu beigetragen, die gesellschaftliche Akzeptanz ihres Gründungsanliegens zu demontieren. Dieses Anliegen war individuelle wie gesellschaftliche Aufklärung (und zwar in einem emphatischeren Sinne, als das MfS ‚Aufklärung‘ verstanden hatte). Es muß als im Kern beschädigt betrachtet werden: An Aufklärung jedenfalls denkt unterdessen in Ostdeutschland kaum noch jemand, wenn die nächste aktuelle IM-Enthüllung durch die Medien galoppiert. – Wir vermuten also, daß die Gauck-Behörde als ein zentrales Instrument der ostdeutschen Vergangenheitsaufarbeitung teilsächlich an der von Angelika Barbe 1995 in

spw beklagten „Diskreditierung der Vergangenheitsaufarbeitung“² beteiligt ist.

Die Didaktik der Aufklärung

Worauf gründet sich diese Annahme, was also hat die Gauck-Behörde hier zu verantworten? Zwei Dinge:

(1.) Die Behörde pflegt ein Bild der Zweifelsfreiheit ihrer Erkenntnisse. Es ist kein Fall bekannt geworden, daß sie von sich aus einen Irrtum eingestanden hätte. Als tatsächlich irrumsfreie Behörde indes wäre sie einmalig. Wo Menschen tätig sind, geschehen Fehler, also auch bei dem mit 3.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ausgestatteten Bundesbeauftragten. Korrigiert wurden die Fehler aber, soweit die Öffentlichkeit davon erfuhr, allein aufgrund äußeren Drucks, etwa infolge von Gerichtsentscheidungen.

(2.) Die Behauptung der Zweifelsfreiheit ihrer Erkenntnisse verbindet sich mit einem positivistischen Selbstbild der Gauck-Behörde: Sie nimmt vorgeblich nur „Beauskunftungen entsprechend der Aktenlage“ vor (während daraus ggf. abzuleitende Konsequenzen von anderen, z.B. Arbeitgebern, zu ziehen sind). Zugleich aber schränkt sie mit ihren Interpretationen den Spielraum derjenigen erheblich ein, die mit den Gauck-Auskünften arbeiten müssen.

Der IM-Begriff hat sich in den letzten Jahren als sehr wandlungsfähig erwiesen.

IMs

Eine Fehlerdiskussion

von Peer Pasternack*

Peer Pasternack, Dipl.-Pol., ist Herausgeber der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift hochschule ost und war kein IM. Zumindest nach bisheriger Auskunft der Gauck-Behörde.

Ein Beispiel: Im Falle des Hallenser Medizinprofessors F. Eckard Ulrich beauskunftete die Behörde, dieser sei „zweifelsfrei über viele Jahre Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes“ gewesen.³ Zugleich bestreitet Behördenchef Gauck, daß er Auslegungsmöglichkeiten hätte. Ein Blick in das

Es gelangten, unter Verletzung des Stasi-Unterlagengesetzes und ohne vorangegangene Klärung, personenbezogene Unterlagen aus den 50er Jahren an die Öffentlichkeit.

Stasi-Unterlagen-Gesetz belehre, „daß ich beauskunfteten muß nach der Richtung, in der die Staatssicherheit die Akten angelegt hat.“⁴ Damit hat er allerdings auch recht. Doch zieht Joachim Gauck sich immer erst dann auf diese Aussage zurück, wenn er mit seinen freimütigen

Bewertungen in Bedrängnis geraten ist.⁵ Nehmen wir einmal an, die Auskunft zu dem Hallenser Professor sei im Kern richtig gewesen,⁶ d.h. aus den MfS-Akten ergab sich, daß Ulrich „über viele Jahre“ Inoffizieller Mitarbeiter gewesen ist: Dann fragt sich z.B., welche Funktion das Wörtchen „zweifelsfrei“ in der gauckbehördlichen Auskunft hat. Anders gesagt: Was ist es anderes, wenn nicht eine (gesetzeswidrige) Bewertung oder Auslegung vorgefundener Aktenbestände? Nur wenn sich hinter dem „zweifelsfrei“ eine behördliche Auslegung verbarg, wird verständlich, warum in dem konkreten Fall kurze Zeit später bei unveränderter Aktenlage das Gegenteil festgestellt werden konnte.

Obwohl nun die Gauck-Behörde in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung sowohl für sich die Fähigkeit zum Irrtum ausschließt wie auch vorgeblich nur wertfreie Auskünfte entsprechend der Aktenlage gibt, haben sich in den letzten Jahren fortlaufend Änderungen in der Beauskunftungspraxis ergeben. Einige sind in Novellierungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes festgeschrieben, andere aus öffentlichen Mitteilungen des Behördenchefs zu entziffern.

Die Metamorphose des IM-Begriffs

Es war recht frühzeitig zu ahnen gewesen: Zur kontextualisierenden Entschlüsselung der MfS-Akten bedarf es offenkundig einer speziellen Hermeneutik (Interpretationslehre, Anm. d. Red.). Und in der Tat: Decodierungshilfen, die über die Auflösung von Abkürzungen und IM-Kategorien⁷ hinausgehen, erwiesen sich schon binnen kurzem als eigentlich unverzichtbar. Nun ist die Gauck-Behörde unter anderem mit einer eigenen Forschungsabteilung ausgestattet. Es durfte erwartet werden, daß diese Abteilung alsbald mit systematischen Entwürfen zur Bedeutungsentlüsselung der Akteninhalte dienen würde (nicht zuletzt, um auch die eigene Arbeit zu fundieren und ihren wissenschaftlichen Seriositätsanspruch zu unterstreichen). Diese erwarteten Entwürfe kamen nicht, konnten folglich nicht diskutiert, entwickelt, präzisiert werden. Statt dessen kam es infolge des Mangels einer Aktenhermeneutik zu etwas anderem: Je länger desto dringender bedürfen wir einer speziellen Hermeneutik der Auskünfte Joachim Gaucks und seiner MitarbeiterInnen.

Schauen wir uns das anhand des Problems an, bei dem der hermeneutische Reparaturbedarf am dringlichsten scheint: Kann aus den Akten eine frühere Inoffizielle Mitarbeit für das MfS jenseits vernünftiger Zweifel festgestellt werden? Der IM-Begriff hat sich in den letzten Jahren als sehr wandlungsfähig erwiesen. Anhand einiger aussagekräftiger, öffentlich gewordener Einzelfälle läßt sich dessen Metamorphose nachvollziehen:

(1) Anfangs hatte es geheißenen, wer IM gewesen war, sei zweifelsfrei feststellbar: Denn IM könne nur gewesen

sein, wer sich schriftlich dazu verpflichtet hatte.

(2) Die Fälle Manfred Stolpe und Heinrich Fink brachten eine erste Modifizierung dieser Angaben. Nun hieß es: Insbesondere im kirchlichen Bereich habe es auch Verpflichtungen per Handschlag gegeben. Das stimmt allem Anschein nach, wenn auch die beiden Anlaßfälle nicht befriedigend geklärt werden konnten: Der Fall Stolpe blieb eine Interpretationsfrage.⁸ Im Fall Fink hatte Joachim Gauck widersprüchlich argumentiert. Einerseits lautete seine schriftliche Auskunft: „Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen ‚Heiner‘ tätig gewesen.“⁹ Mündlich erläuterte er hingegen, er sei „ohne Mühe imstande“, sich „vorzustellen, daß ein Mann wie Heinrich Fink... möglicherweise das nicht gewußt hat.“¹⁰ Das Landesarbeitsgericht Berlin erkannte in einem nachfolgenden Prozeß die IM-Tätigkeit Finks als tatsächlich. Doch bescheinigte es seiner Urteilsbegründung selbst „argumentative Angreifbarkeit“. (Az 12 Sa 32/92)¹¹

Wenn sich damit auch diese IM-Bestimmung der Verpflichtung per Handschlag als zumindest unzuverlässig erwiesen hatte, so konnte man aber immerhin noch auf die Unterschriftsvariante als verlässlichen Beleg einer bewußten MfS-Mitarbeit vertrauen.

(3) Doch diesbezüglich brachte 1993 der Fall Peter Althaus Unerwartetes an den Tag. Althaus, renommierter Urologe und Chefarzt an der Berliner Charité, war 1991 wegen IM-Vorwurfs gekündigt worden. Er bestritt die Anschuldigung sehr entschieden. Charité-Dekan Harald Mau verfluchte in der *F.A.Z.* „die Stasi, die es geschafft hat, diesen Mann als Mitarbeiter zu dinge.“¹² Zugleich betonte er damit die Zweifelsfreiheit der entsprechenden Gauck-Behörden-Auskunft. Althaus ging vor Gericht. Im Prozeß stellte sich aufgrund graphologischer Gutachtung heraus, daß das MfS die Unterschrift unter die IM-Verpflichtungserklärung gefälscht hatte.¹³ Dekan Mau, der vorher vernehmen lassen hatte: „ich würde der erste sein, der alles in seinen Kräften Stehende tun würde, um jeden Makel von diesem Kollegen zu nehmen, wenn sich ein Fehler oder Irrtum herausstellen sollte“,¹⁴ schwieg.¹⁵

Jedenfalls war damit gerichtsnotorisch geworden, daß auch die bis dahin als unerschütterlich geltende Annahme der Gauck-Behörde erschütterbar ist, IM sei zumindest gewesen, von wem es eine unterschriebene Verpflichtungserklärung gibt. Nun war bekannt: Das MfS fälschte auch Unterschriften.

Kontextgebundenheit der Akteneintragungen

(4) Pikant war ein 1991 ausgelöster und 1995 abschließend geklärt Vorgang: Volker Nollau, Staatssekretär im sächsischen Wissenschaftsministerium, war von einer Kommission des sächsischen Landtages als MfS-Informant eingestuft worden. Daraufhin nötigte ihn seine CDU-Fraktion zum Rücktritt. Der Vorermittlungsausschuß der EKD – Nollau war Synodaler – entlastete ihn schließlich von allen Vorwürfen. Das Pikante daran war, daß Nollau als Wissenschaftsstaatssekretär zeitgleich an den Hochschulen ablaufende Vorgänge verantwortet hatte, die er in seinem Fall – zu Recht – monierte: „Damals... befand ich mich in der grotesken Situation, meine Unschuld beweisen zu müssen – entgegen eigentlich allen relevanten rechtsstaatlichen Prinzipien.“¹⁶

(5) Bereits 1992 war im Fall des oben schon erwähnten Halleschen Internisten Ulrich deutlich geworden, daß es auch Anwerbungsituationen gab, die heutzutage *allein* kontextualisiert zu erhellen sind. Friedrich Schorlemmer rekapitulierte später, was auf die Gauck-Mitteilung,

Ulrich sei „zweifelsfrei“ IM gewesen, geschah: „Er mußte erleben, wie selbst manche Freunde und Kollegen skeptisch, unsicher wurden und wie er bei amtlichen Stellen plötzlich vor verschlossenen Türen stand. Er lebte mit Blicken, die er nicht aushielt. Er wurde zum Stadtgespräch, er wurde zum Opfer der allfälligen Hechelei.“¹⁷ Der Fall hatte suizidal geendet.

Hier hätte die Gauck-Behörde durch Eingeständnis eines inzwischen offensichtlich gewordenen Irrtums das Schlimmste verhindern können. Dafür fand sie, nach Auskunft Schorlemmers, „nicht den Mut“.¹⁸ Immerhin hatte es vorzeiten in einer Treffauswertung des MfS geheißen: „Es besteht kein Vertrauensverhältnis zum operativen Mitarbeiter... U. weiß bedeutend mehr als er sagt, ist skeptisch, nicht offen und ehrlich... Er macht nur Angaben zu solchen Sachverhalten und Gegebenheiten, die ohnehin schon bekannt sind.“¹⁹ Das MfS stellte den IM-Vorgang ein und machte einen operativen Vorgang daraus. Operative Vorgänge (OV) waren Bearbeitungen von Personen, u.a. durch auf sie angesetzte IMs. Die hinterlassenen OV-Akten sind in der Kategorisierung der Gauck-Behörde Opferakten – eine auch im Fall Ulrich zutreffende Charakterisierung.²⁰

(6) Eine kontextgebundene Erhellung wäre auch Ende 1993 nötig gewesen, als der letzte DDR-Innenminister Diestel aus Joachim Gaucks persönlichen Stasi-Akten zitierte. Es ging um ein Gespräch Gaucks mit einem MfS-Hauptmann aus dem Jahre 1988, das nach MfS-Darstellung ausgesprochen kooperativ abgelaufen sei. Diestel ließ die (auch zu Gaucks Gunsten auslegbare) Interpretation offen und beschränkte sich auf den Hinweis: „Um es ganz deutlich zu sagen: Mit weniger als einer solchen MfS-Niederschrift sind Ärzte, Lehrer, Juristen, Angestellte und andere aus ihren Berufen entfernt worden.“²¹ Gauck widersprach weder in der Sache noch Diestels Folgerung. Er stellte lediglich richtig, daß seine Akte nicht als IM-Vorlauf, sondern als Operative Personenkontrolle (OPK) kategorisiert worden sei.²²

(7) Schon ein knappes Jahr zuvor hatte der in den 80er Jahren aus der DDR ausgereiste Schriftsteller Günter de Bruyn über seine zweijährigen Kontakte mit dem MfS berichtet. (So lange hatte es gedauert, bis er die Werber wieder losgeworden war.) Er beschrieb sein Entsetzen bei der Lektüre: Aus seinen knappen Ja/Nein-Antworten hatten die MfS-Bearbeiter „zusammenhängende Gesprächsprotokolle“ gestaltet. de Bruyn bekam ein komfortables Podium für die Darstellung seiner Zweifel an den Akteninhalten – das *F.A.Z.*-Feuilleton – und war aus dem Schneider.²³

(8) Sodann fand sich Christa Wolf im Gespräch. Sie war 1960-1962 als IM „Margarete“ keine große Hilfe für das MfS, und der Fall würde heute, da vor 1976 liegend, nicht mehr beauskunftet werden. Nun setzten moralische Bewertungen des Behördenchefs Gauck ein. Christa Wolf sei zwar IM gewesen, aber doch auch ein guter Mensch: „Ich rechne damit, daß Christa Wolf keine Diffamierung zu fürchten haben wird.“²⁴

(9) Bald darauf geriet Heiner Müller in Verdacht. Hier stellte sich heraus, daß es auch IM-Registrierungen als Schutz des unwissentlich Registrierten vor der Bearbeitung durch andere MfS-Abteilungen gegeben hatte: Wer einmal registriert war, hatte für andere Abteilungen tabu zu sein.²⁵

Politischer Umgang mit dem Aktenmaterial

(10) Eine neue Qualität des politischen Umgangs mit dem Aktenmaterial entstand im November 1994, als Stefan Heym als Alterspräsident des Bundestages die Sit-

zungsperiode eröffnen sollte. Es gelangten, unter Verletzung des Stasi-Unterlagengesetzes und ohne vorangegangene Klärung, personenbezogene Unterlagen aus den 50er Jahren an die Öffentlichkeit. In Abweichung von vergleichbaren Fällen, in denen Nachrichtenhändler und Journalisten dafür verantwortlich waren, beteiligten sich hier Polizeibeamte und Minister an der Gesetzesverletzung. Heym sollte von der Eröffnungsansprache abgehalten werden, ließ sich von ihr aber nicht abbringen. Weder gab es wegen der gesetzeswidrigen Aktenverwertung disziplinarrechtliche Ermittlungen, noch redete nach zwei Tagen noch irgend jemand von den (augenscheinlich haltlosen) Vorwürfen gegen Heym.²⁶

(11) 1995 wurde ein Fall öffentlich, der eine weitere Neuigkeit brachte (auf die man aber auch durch Nachdenken hätte kommen können): Dekonspiration gegenüber Dritten unmittelbar im Anschluß an eine MfS-Anwerbung konnte ein probates Mittel sein, sich der unsympathischen Verbindung zu entledigen. (Inzwischen ist dies auch als Entlastungskriterium in die Arbeitsrichtlinien der Gauck-Behörde eingegangen.) Der Arbeitsmediziner Rudolf Mucke, Mitarbeiter an der Charité, „hatte in den 70er Jahren einen Anwerbungsversuch des MfS durch Dekonspiration abgewehrt.“²⁷ Der Ehreusschuß der Humboldt-Universität kam dennoch zu dem Schluß, daß Muckes weitere Beschäftigung unzumutbar sei. Mucke war auch Bezirksverordneter für Bündnis 90/Die Grünen: „Fast zeitgleich mit der Uni hatte der Ehrenrat der B[eizirks] V[erordneten] V[ersammlung] Lichtenberg über Muckes Stasi-Verstrickung zu reden. Weil sie [lies: er, p.p.] die als unerheblich einschätzte, sprach ihm seine Fraktion Bündnis 90/Grüne das Vertrauen aus.“²⁸ „Kurz nach dem vernichtenden Urteil des Ehreusschusses stürzte sich Rudolf Mucke von einer Brücke.“²⁹

(12) Ebenfalls 1995 ging es um die Schriftstellerin Monika Maron. Die moralischen Wertungen Joachim Gaucks gewannen an Differenziertheit. Wo Christa Wolf noch ein guter Mensch trotz IM-Tätigkeit war, da war Maron nun auch ein guter IM: Nicht jeder IM, so Gauck, sei ein Verräter gewesen.³⁰

Damit hatte sich der Behördenchef von seinen in vorangegangenen Jahren formulierten Unhinterfragbarkeiten der Akteninterpretation deutlich entfernt. Gleichwohl hat er frühere entgegenstehende, personenbezogene Aussagen nicht – auch in der Folgezeit nicht – widerrufen.

(13) 1996 schließlich kann als das Jahr gelten, ab dem niemand mehr, der auf Seriosität wert legt, die Fraglosigkeit der IM-Kategorien in den MfS-Akten annimmt. *En passant* erledigte nun die *F.A.Z.* als das Blatt, „in dem die gesellschaftliche Herrschaft sich ihrem politischen Personal mitteilt“ (Gremliza), den Aktenmythos endgültig. In einem Artikel über den in Ost-Berlin residierenden Kardinal Bengsch (verst. 1979) schrieb sie: Für das Alltagsgeschäft mit den Behörden und Staatsvertretern „hatte er seine politischen Prälaten, Groß und Dissemmond etwa, in der Abkürzung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit... ‚Otto‘ und ‚Peter‘. Über deren Charakter wird gerätselt, da sie von der Stasi als ‚IM‘ geführt wurden. Sehr ernst muß man das nicht nehmen, wenn man sich in die zu Wichtigtuerei und Aufschneiderei neigende... Mentalität von Geheimfunktionären hineinversetzt“.³¹

Statt des angestrebten Zieles – generelle Sensibilisierung für das Denunziationsproblem, nicht zuletzt für künftige Versuchungen – wurde weitgehende Gleichgültigkeit erreicht.

Foto: Stephan Hoppe (Köln)

Fazit

Wir konnten die Entwicklungen des IM-Begriffs in Gauck-Behörde und Öffentlichkeit hier nur in einigen illustrativen Beispielen referieren. Es ließen sich eine Reihe weiterer Fälle anführen: etwa Lothar de Maizière, der nach Rücktritt von allen politischen Ämtern dann doch nicht IM „Cerny“ gewesen sein soll; Herbert Goliasch, zurückgetretener CDU-Fraktionschef in Sachsen, anschließend entlastet; Ludwig Gürtler, Lieblingstrompeter des Bundeskanzlers wie zuvor des Staatsratsvorsitzenden, dessen IM-Vorgang zu einer Zeit bekannt geworden war, als in einer unberatenen Minute von der Spitze des Kanzleramtes verlautete: „Wenn es nach mir ginge, würden die Akten geschlossen“ – Gürtlers Fall wurde nie abschließend geklärt.

Die Beispiele dürften aber hinreichen, eine unterdessen gängige Ansicht in vornehmlich der ostdeutschen Öffentlichkeit

nachvollziehbar erscheinen zu lassen: Wo aus den Akten so wenig Gewißheit zu erlangen, aber mit solch geringer Gewißheit derart reichlich politische Instrumentalisierung zu betreiben sei, wie es zu beobachten war, da ist augenscheinlich das gutgemeinte Anliegen ungenügend gegen sachfremde Indienstnahme immunisiert worden.

Mithin: Statt des angestrebten Zieles – generelle Sensibilisierung für das Denunziationsproblem, nicht zuletzt für künftige Versuchungen – wurde weitgehende Gleichgültigkeit erreicht. Die Gauck-Behörde ist keine moralische Anstalt geworden, sondern Instrument wie Partei in Interessenauseinandersetzungen. Partei ist sie insoweit, als die Behörde aus bürokratischem Selbsterhaltungsstreben eine Desavouierung oder Relativierung des Beweiswerts der

MfS-Unterlagen nicht für wünschenswert halten kann: Denn das Stasi-Unterlagengesetz als Geschäftsgrundlage des Bundesbeauftragten geht von der Hypothese der inhaltlichen Richtigkeit der MfS-Akten aus.³² Instrument wurde die

Gauck-Behörde, als in Einzelfällen tatsächliche oder vermeintliche Belastungen zu genau solchen Zeitpunkten bekannt wurden, da sie politisch nützlich waren.

In dieser Weise lassen sich die Ergebnisse einer Entwicklung kennzeichnen, an deren Anfang einmal Hungerstreiks von Bürgerrechtlern in der Berliner Ex-Stasi-Zentrale und Sitzstreiks von Abgeordneten in der Volkskammer gestanden hatten. Die Ergebnisse können bedauert werden, verwundern dürften sie nicht: Schließlich sind die MfS-Akten nicht vergesellschaftet, sondern (erneut) verstaatlicht worden.

spw

¹ Mark Siemons: Go, Stasi, go. Hauptsache, authentisch: Die Rockgruppe Pankow, in *F.A.Z.*, 16.12.1996, S. 34.

² Angelika Barbe: Am Scheideweg: Zivilcourage oder Konformismus.

Gegen einen Schlußstrich bei der DDR-Vergangenheitsbewältigung, in *spw* 85 (1995), S. 27.

³ zit. nach Friedrich Schorlemmer: An einer vergifteten Atmosphäre gestorben. Zum Tode des Arztes Dr. Eckhard Ulrich, in F. Eckhard Ulrich: ich habe aufgegeben dieses land zu lieben. Gedichte, 2. erw. Aufl., Halle/S. 1994, S. 71.

⁴ Leserinterview: Joachim Gauck, in *Wochenpost* 13/1994, S. 27.

⁵ Kurt Neumann hat das anhand der Fälle Stolpe und Dieter Dehm beschrieben in: Akten verbinden, oder: Honi soit qui mal y pense?, in *spw* 91 (1996), S. 52f.

⁶ Sie war es nicht. Wir kommen darauf zurück.

⁷ Dazu legte die Gauck-Behörde die Dokumentensammlung „Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven“, 2 Bde., Berlin 1992, und den faksimilierten, also unveränderten Nachdruck des „Wörterbuchs der Staatssicherheit“ von 1985 vor (Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1993).

⁸ Vgl. Landtag Brandenburg: Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 [Stolpe-Untersuchungsausschuß]. Drucksache 1/3009. 29.04.1994, o.O. (Potsdam) 1994, und dort insbesondere die von der Mehrheitsmeinung abweichenden Voten der CDU-Vertreter und des Bündnis-Abgeordneten im Untersuchungsausschuß, in Anlagen, Teil B.

⁹ dokumentiert in: Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (= *Utopie kreativ* Dokumentation), Berlin 1992, S. 27.

¹⁰ Außerordentliche Sitzung des Konzils der Humboldt-Universität zu Berlin am 29.11.1991, in ebd., S. 47.

¹¹ und das Bundesverfassungsgericht, das unlängst die Verfassungsbeschwerde Finks abgewiesen hat, sah – da ihm bei der eigenen Feststellung von Tatsachen enge Grenzen gesetzt sind – seine Aufgabe nicht darin, die vom LAG Berlin festgestellte IM-Tätigkeit Finks nochmals auf ihre Tatsächlichkeit hin zu überprüfen. (Vgl. Az 1 BvR 1934/93)

¹² Harald Mau: Der Stasi den Preis für den eigenen Traum bezahlt, in *F.A.Z.*, 6.8.1991.

¹³ Vgl. S. Sch. [Silvia Schattenfroh]: Gericht: Stasi-Mitarbeit Althaus' ist nicht erwiesen, in *F.A.Z.*, 22.1.1993, S. 4.

¹⁴ Harald Mau: Offener Brief an Frau Dr. med. Sabine G., in *Berliner Ärzte* 9/1991, S. 33.

¹⁵ Vgl. Peter Althaus (lv.): Mir geht es wieder gut, in *Wochenpost*, 28.1.1993, S. 39.

¹⁶ Volker Nollau (lv.): Professor Volker Nollau ein weiteres Mal vollständig vom Verdacht einer Stasi-Mitarbeit entlastet, in *Dresdner Universitätsjournal* 1/1995, S. 9.

¹⁷ F. Schorlemmer, a.a.O., S. 73.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ zit. nach ebd.

²⁰ Vgl. Konrad Seige: F. Eckhard Ulrich zum Gedenken. Ein Lebensweg – erfolgreich und doch voller Tragik, in *Universitätszeitung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 20.9.1993, S. 6. 1996 erhielt Ulrich, der auch Gedichte schrieb, posthum den Literaturpreis der Bundesärztekammer.

²¹ Peter Michael Diestel: Gauck als IM-Vorlauf. Lügen MfS-Akten ganz, teilweise oder gar nicht?, in *Neues Deutschland*, 31.12.1993, S. 3.

²² Vgl. Joachim Gauck: Gegendarstellung, in *Neues Deutschland*, 5.1.1994, S. 3; des weiteren die Entgegnung Diestels: Ungerechtfertigte Jagd muß ein Ende haben, in *Neues Deutschland*, 21.1.1994, S. 3.

²³ Günter de Bruyn: Dieses Mißtrauen gegen mich selbst, in *F.A.Z.*, 18.2.1993, S. 27.

²⁴ Joachim Gauck (lv.): „... dann schlägt die Vergangenheit zurück“, in *Wochenpost*, 25.2.1993, S. 31.

²⁵ Vgl. Dossier von Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und weitere Materialien, in Heiner Müller: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, 2. erw. Aufl., Köln 1993, S. 429-497.

²⁶ Vgl. Peter Jochen Winters: Polizeibeamte, Minister und das Stasi-Unterlagengesetz. Die Verdächtigungen gegen den Schriftsteller Stefan Heym, in *F.A.Z.*, 14.11.1994, S. 5.

²⁷ Oliver Michalsky: „Da bleibt ein Unsicherheitsfaktor“. Eine hitzige Debatte über den Umgang mit den Stasi-Akten, in *Berliner Morgenpost*, 25.2.1995, S. 3.

²⁸ Regina Mönch: Stasi-positiv: Willkür oder Abwägung, in *Der Tagespiegel*, 25.2.1995, S. 4.

²⁹ Der Ehreणाusschuß als Mittel der Vergangenheitsbewältigung?, in *UnAufgefordert* 67/6.6.1995, S. 15.

³⁰ Zwischenspiel. Joachim Gauck über Monika Maron, in: *F.A.Z.*, 19.8.1995, S. 26.

³¹ Heinz-Joachim Fischer: Bischof Bengsch war auf seine Intelligenz und Schnoddnigkeit angewiesen, in *F.A.Z.*, 25.11.1996, S. 3.

³² Vgl. Frank Lansnicker/Thomas Schwitzke: Der Beweiswert von Stasi-Unterlagen im Arbeitsgerichtsprozeß, in *Deutsch-Deutsche Rechtszeitschrift* 5/1994, Beil. z. NJW, S. 166.

Parteien in den USA und in Europa

Bereits vor 90 Jahren beschäftigte sich Werner Sombart mit dem Phänomen, warum es in den USA keinen Sozialismus gibt.¹ Sombart fand heraus, daß die politische Kultur der Vereinigten Staaten sich von den politischen Kulturen Europas, auch von denen mit langer demokratischer Tradition, erheblich unterscheidet: Die Aufteilung der politischen Parteien nach sozioökonomischen Klassen mit entsprechenden Programmen und Ideologien hat in Amerika nicht stattgefunden. Dort gibt es nur eine Partei, die der bürgerlichen Besitzenden, aufgeteilt in „Republikaner“ und „Demokraten“. Ursprünglich regional definiert, konkurrieren sie heute mittels Symbolen und Personen, nicht durch Programme. Es gibt weder zahlende Mitglieder noch kontinuierlich arbeitende, bezahlte Funktionäre. Jenseits ihrer Mobilisierungsaufgaben vor Wahlen, wenn ad hoc gebildete (und finanzierte) Komitees für bestimmte Kandidaten aktiv werden, haben sie keine Funktion in der Gesellschaft.

In Europa dagegen haben die politischen Parteien in der Regel ihren Ursprung in den klar umrissenen Klassenauseinandersetzungen des vorigen Jahrhunderts. Adel, Bürger und Arbeiter organisierten sich für ihre Interessen, und entsprechend „weltanschaulich“ waren die Programme ihrer Parteien. Insbesondere galt das für die Arbeiterparteien, die alle – ob revolutionär oder reformistisch – die eine oder andere Form des „Sozialismus“ anstrebten. Selbst wenn in der heutigen Sozialdemokratie diese historischen Wurzeln so gut wie bedeutungslos sind, so werden sie doch als Form der Traditionspflege offiziell weiterhin hochgehalten. Dadurch tragen sie in gewissem Maße zur Identitätsbildung der aktiven Mitglieder bei.

So gesehen, hat die europäische Sozialdemokratie historisch nichts gemein mit der „Partei“ der Demokraten in Amerika. Dennoch ist es nicht vollkommen abwegig, die modernen amerikanischen Demokraten und die westeuropäische Sozialdemokratie in einem Atemzug zu nennen. Beide repräsentieren den Korporatismus des Bretton Woods-Systems der Nachkriegszeit, als ein aktiver Staat auf der Basis unaufrührlichen Wachstums den Klassenkom-

promiß orchestrierte, legitimiert durch die Wirtschaftsphilosophie von John Maynard Keynes. Ideologischer Gegner war – neben dem Universalfeind Kommunismus – die marktradikal-libertäre Rechte, die unaufhörlich gegen den Klassenkompromiß nörgelte. Dieser Klassenkompromiß war erstens ein Nachhall der Kriegsfront gegen den deutschen Nationalsozialismus, zweitens eine Präventivmaßnahme gegen die Konkurrenz des Kommunismus. Solange letzterer als Alternative noch plausibel gefürchtet werden konnte, herrschte in den westlichen Ländern einschließlich der USA im operationalen Sinn Sozialdemokratie, auch wenn nominell mal ihre politischen Gegner an der Macht waren.

In dem Maße, wie die Gefahr, daß der Kommunismus zur attraktiven Alternative werden könnte, sich verringerte, wurde im Westen der Klassenkompromiß vorsichtig wieder aufgekündigt. Die marktradikal-libertäre Rechte gewann ihre ideologische Hegemonie zurück, zuerst in den USA. Allerdings hätte sie das nie so schnell aus eigener Kraft schaffen können, wenn sie dabei nicht willkommene, zuerst allerdings eher verabscheute Helfershelfer gehabt hätte. Die wußten nicht immer, was sie taten, aber sie taten es.

Der britische Journalist Martin Walker beginnt sein jüngstes Buch über Clinton² mit einer Erinnerung an den West-Berliner „Revolutionär“ Rudi Dutschke, der seinerzeit seine Genossinnen und Genossen an den westdeutschen Unis und Schulen dazu aufforderte, „sich wie weiland der Genosse Mao auf den langen Marsch vorzubereiten, den Marsch durch die Institutionen.“³

Clinton als „Achtundsechziger“

Denn wenn es heute ein westliches Land gibt, in dem dieser strategische Traum der sogenannten „Achtundsechziger“, deren Wortführer sich selbst ja für die Speerspitze einer Neuen, einer wirklichen Linken gehalten haben, in großem Stil Wirklichkeit geworden ist, dann sind das die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Namen eines großen Teils der heutigen Führungsspitze dieses Landes könnten direkt von Präsident Nixons *enemy list* abgeschrieben sein. Die meisten von ihnen sind Mitglieder eines politischen Freundeskreises, der sich in den sechzigern Jahren um die Person des heutigen Prä-

Bill Clinton: Karriere eines „Achtundsechzigers“

von Frank Unger*

sidenten gebildet hatte. Dreierlei verbindet dieses Netzwerk, die sogenannten FOBs (*Friends of Bill*): erstens, die persönliche Freundschaft mit Bill Clinton, zweitens, ihr überdurchschnittliches Engagement für so gut wie alle „fortschrittlichen“ Ziele und Kampagnen, die dieses Land in den letzten dreißig Jahren gesehen hat, und drittens, ihr unbändiger persönlicher Ehrgeiz.

Erster Anknüpfungspunkt war – wie bei den Jugendbewegungen in anderen Ländern auch – die gemeinsame Opposition gegen den Krieg in Vietnam.⁴ Die Clintons und ihre Freunde gehörten nicht zur radikalen Fraktion der Vietnamkriegsgegner, wohl aber zum aktiven Teil der „gemäßigten“ Opposition; genauer gesagt zu denjenigen, die innerhalb des Systems für die Beendigung des Krieges arbeiteten, weil sie ihre bürgerlichen bzw. politischen Karrieren nicht durch Radikalopposition aufs Spiel setzen wollten.

Bill Clinton war also in den Kämpfen der sechziger Jahre eindeutig auf der „linken“ Seite. Aber bereits früh in seiner politischen Karriere zeigte er auch eine deutliche Neigung zur Realpolitik. Er wollte stets mehr sein als bloß ein „Gesinnungslinker“, und zwar nicht nur aus Karrieregründen. Illustriert wird das durch eine Stelle aus einem Brief, den er im Sommer 1969 an den Verantwortlichen des ROTC-Programms der Universität von Arkansas, einen gewissen Oberst Holmes, schrieb. Darin entschuldigt er sich dafür, daß er eine Bewerbung

Bill Clinton war in den Kämpfen der sechziger Jahre eindeutig auf der „linken“ Seite. Aber bereits früh in seiner politischen Karriere zeigte er auch eine deutliche Neigung zur Realpolitik.

* Frank Unger ist Privatdozent an der FU Berlin. Gegenwärtig arbeitet er zusammen mit Andreas Wehr sowie Martin Jaques und Stuart Hall an einem Buch über die „Modernisierer“ (Clinton, Blair, Schröder), das im nächsten Frühjahr bei Elefanten-Press erscheinen soll.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



für dieses Studienfinanzierungsprogramm, das ihn nach Studienende für gewisse Zeit als Berufsoffizier verpflichtet hätte, nur deswegen eingereicht habe, um ohne das Mittel der formellen Verweigerung der unmittelbar drohenden Einberufung zu entgehen. Nun, nachdem inzwischen diese Gefahr durch bestimmte Änderungen im Einberufungsmodus⁵ gebannt sei, wolle er seine Bewerbung wieder zurücknehmen. Natürlich hatte Oberst Holmes das wahre Motiv für Clintons Drang zum Kriegshandwerk geahnt, aber der junge Mann war als Rhodes-Stipendiat so etwas wie das politische Wunderkind von Arkansas, und so wollte er ihm gefällig sein – innerhalb der politischen Klasse Amerikas damals nichts Ungewöhnliches.

Nun stand der damals 23-jährige Jungpolitiker vor der unangenehmen Aufgabe, dem düpierten Gönner seinen Rückzieher zu erläutern. In einem Brief teilte er ihm folgendes mit: „Die Entscheidung, den Wehrdienst nicht zu verweigern und die daran gebundenen weiteren Entscheidungen waren die schwierigsten meines bisherigen Lebens. Ich entschied mich aus einem einzigen Grund dafür, die Einberufung grundsätzlich zu akzeptieren, obwohl es gegen meine politische Überzeugung war: ich wollte meine politische Handlungsfähigkeit innerhalb des Systems erhalten. Die ganzen Jahre zuvor hatte ich mich auf ein politisches Leben vorbereitet, das durch *praktische politische Handlungskompetenz und Engagement für sozialen Fortschritt* charakterisiert sein sollte. Und das ist immer noch das Ideal, das ich anstrebe. Ich glaube nicht, daß unser System per definitionem korrupt ist, wie sehr auch immer es in den letzten Jahren dieser Definition nehege-

kommen sein mag. Die *Gesellschaft* mag vielleicht korrupt sein, aber das ist nicht dasselbe, und wenn es dasselbe wäre, können wir sowieso alle einpacken.“⁶ (Hervorhebung von mir, F.U.).

Wenn im Jahre 1969 jemand vorausgesagt hätte, daß ein Mensch mit derartig offengelegten linken strategischen Zielen einmal amerikanischer Präsident werden würde, wäre er ausgelacht worden. Doch dieser Mann, dessen erklärtes Lebensziel es war, mithilfe des politischen Systems der amerikanischen Demokratie die „korrupte Gesellschaft Amerikas“ zu verändern, wurde 1992 tatsächlich Präsident der Vereinigten Staaten!

Die Clinton-Präsidentschaft: Sozialer Rückschritt

Selten in der Nachkriegsgeschichte der westlichen Länder hat es eine politische Situation gegeben, die so hoffnungsvoll für die Armen und Beladenen schien wie der Amtsantritt Clintons. Nicht nur er selbst, sondern das ganze Team, das er sich zusammengestellt hatte, schien für soziale Gerechtigkeit zu bürgen. Die Inaugurationsfeier des 42. Präsidenten im Januar 1993 war die wahrscheinlich größte Versammlung von explizit „fortschrittlichen“ Individuen, die es jemals auf amerikanischem Boden gegeben hat. Gleichzeitig war es auch die mit Abstand prächtigste und prunkvollste der letzten 30 Jahre.

Nicht weniger als elf offizielle und noch weit mehr unoffizielle Bälle fanden in dieser Nacht in Washington statt. Die Elite der *baby boomers*, d. h. der Generation der nach Ende des Zweiten Weltkriegs Geborenen, deren *best and brightest* seinerzeit die Hoffnungen ihrer Altersgenossen im ganzen Westen auf eine emanzipierte, „repressionsfreie“ Gesellschaft als erste zum Ausdruck gebracht hatten, feierte ostentativ die Übernahme der gesellschaftlichen Macht.

Fünf Jahre später sprechen namhafte Journalisten und ehemalige Mitarbeiter der Clinton-Administration davon, daß das Land näher an die soziale Katastrophe gerückt sei als jemals zuvor.⁷ Sie zählen vor: In der ersten Amtsperiode des Demokraten Clinton sind mehr innenpolitische Maßnahmen für die Zerstörung des sozialdemokratischen Klassenkompromisses getroffen worden als unter sämtlichen republi-

kanischen Regierungen der Nachkriegszeit. Ganze Heerscharen von legalen und illegalen Immigranten und deren Familien wurden aus dem Anspruchsbereich des Wohlfahrtsstaats entfernt, obwohl sie mitunter seit Jahrzehnten zur Mehrung des amerikanischen Sozialprodukts beigetragen und Steuern gezahlt haben. Ein bis dahin unangreifbares Kernstück des New Deal, das Gesetz *Aid to Families with Dependent Children*, das jedem in den Vereinigten Staaten von Amerika lebenden Kind einen Mindest-Überlebensstandard garantiert, wurde kassiert. Es ist durch ein neues ersetzt, in dem erstens die Verantwortung auf die Einzelstaaten delegiert wurde, und zweitens die Maximaldauer, in der eine Familie Sozialhilfe beziehen konnte, auf fünf Jahre begrenzt wurde. Dieses Gesetz wurde verabschiedet wohlgermerkt, ohne daß irgend ein Ersatzprogramm für die betroffenen Familien an die Stelle gesetzt wurde.

Eine neue Studie des *Department of Health and Human Services* hat ausgerechnet, daß als unmittelbare Folge dieses Gesetzes 2,6 Millionen Menschen, darunter 1,1 Mill. Kinder, in den Armutsbereich befördert werden, und daß insgesamt 11 Millionen amerikanischer Familien, die untersten 10% auf der Einkommensskala, Einkommensverluste durch dieses Gesetz erleiden würden. So gut wie die gesamten Einsparungen, mit deren Hilfe der Präsident mittelfristig das Defizit im Staatshaushalt ausgleichen will, wie er es versprochen hatte, sind Einsparungen an Wohlfahrtszahlungen an die Ärmsten. Clinton hätte die Möglichkeit gehabt, hier sein Veto einzulegen, aber er tat es nicht. Gleichzeitig förderte er drakonische Verschärfungen des Strafrechts und stellte größere Mittel für die Verstärkung von Polizei und Strafvollzug zur Verfügung. Die USA haben heute absolut und prozentual mit Abstand die meisten Strafgefangenen der Welt.

Die Richtung, in der sich die USA unter Führung von Bill Clinton entwickelt, widerspricht eigentlich diametral den Aspirationen, mit denen der junge Bill vor 30 Jahren gemeinsam mit der Avantgarde seiner Kohorte den Marsch durch die Institutionen Amerikas angetreten hatte. Oder vielleicht doch nicht? Hat er vielleicht, als er mit den Parolen „Emanzipation“ und „Freiheit von staatlicher Bevormung“ gegen die

In der ersten Amtsperiode des Demokraten Clinton sind mehr innenpolitische Maßnahmen für die Zerstörung des sozialdemokratischen Klassenkompromisses getroffen worden als unter sämtlichen republikanischen Regierungen der Nachkriegszeit.

„korrupte Gesellschaft“ ins Feld zog, vielleicht bloß nicht bemerkt, daß er im Resultat damit die Sache der Marktadikalen betrieb? Oder gibt es in den USA einfach objektive Grenzen dafür, inwieweit sich „praktische politische Handlungskompetenz“ für „linke“ Ziele einsetzen kann, will sie nicht genau diese Handlungskompetenz wieder verlieren?

Wie es dazu kam: Das Image entscheidet

Die Urteile fallen hier je nach Temperament verschieden aus. Rekonstruieren wir den Lauf der Ereignisse: Clinton wurde 1978 der jüngste und langhaarigste Gouverneur, den es im Staat Arkansas jemals gegeben hat. Zwei Jahre später verlor er – trotz objektiver politischer Erfolge – seinen Job wieder. In seiner Verzweiflung heuerte er einen damals noch jungen und national unbekannteren *pollster* (Meinungsforscher) namens Dick Morris an, der herausfand, daß er die Wahl verloren hatte, weil zum einen die Kfz.-Steuer (gering) erhöht hatte, und weil er zweitens es zugelassen hatte, daß der damalige Präsident Carter ihm eine Anzahl kubanischer „boat-people“ in ein Lager nach Arkansas geschickt hatte. Ferner fand Morris heraus, daß die Bevölkerung des Staates nur sehr wenig davon wußte, was der Gouverneur alles an Positivem für seinen Staat getan hatte.

Clinton zog daraus zunächst die grundsätzliche Lehre, daß der Erfolg in Wahlen unabhängig sei von dem, was ein Politiker wirklich getan habe, sondern allein von dem, was von diesen Dingen *wahrgenommen* wird. *Esse est percipi* gilt in besonderem Maße für Politiker in der Mediendemokratie. Um Wahlen zu gewinnen, müsse man vor allem zwei Dinge tun: erstens, herausbekommen, was die Wähler wollen, und zweitens, genau dies dann mithilfe des Fernsehens zu versprechen.

Noch etwas anderes kam hinzu. Clinton war in den achtziger Jahren einer der führenden Kräfte hinter den Bestrebungen, das Image der Demokraten bei den Wählern zu verändern. Als Demokrat und Gouverneur eines Südstaats war er besonders betroffen davon, daß die Demokraten ihren ehemaligen Monopolstatus südlich der Dixon-Mason-Linie verloren hatten. Bis in die sechziger Jahre hinein galt, daß im Süden jeder Demokrat gewählt wur-

de, der sich zur Wahl stellte. Diese regionale Identifizierung war ein langer Nachhall des Bürgerkriegs 1861 – 1865, in dem die *Yankee-Republikaner* den *Dixie-Demokraten* blutig ihr polit-ökonomisches System aufgezwungen hatten. Auch als die Demokraten längst zur traditionellen Partei der Massen in den nördlichen Städten geworden war, blieb der Süden zunächst demokratisch.

Mit dem Vietnamkrieg und der Identifizierung der Demokraten als der unpatriotischen Antikriegspartei (McGovern) wurde das anders. Unter Ronald Reagan wählte der traditionell militärvernarrte Süden mehrheitlich republikanisch, und der einzige Weg, ihn für die Demokraten zurückzugewinnen, bestand darin, daß die Demokraten sich von ihrem McGovern-Image und eben dem Image, die Wohlfahrtspartei für die städtischen Massen zu sein, befreiten. So lautete die Strategie des *Democratic Leadership Councils*, dem der Gouverneur Clinton angehörte: Die Demokraten wollten nicht mehr als Patronagepartei für die Armen (Schwarzen, Minderheiten etc.) gelten, sondern jetzt als bewußte Interessenpartei der „Mittelklasse“, der zu Familienmüttern und Vätern herangewachsenen Babyboomers.

Genau so führte Clinton 1992 seinen Wahlkampf: Geschicktes Ansprechen der Sorgen der „Mittelklasse“ (zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit, Sorgen um die Zukunft der Kinder, und – an allererster Stelle – Sorge um die Bezahlbarkeit medizinischer Behandlung). Bush hatte ein Jahr zuvor den Golfkrieg durchgeführt und kurzfristig Populäritätsraten erzielt, die absolut einmalig in der Geschichte der amerikanischen Meinungsforschung gewesen sind, was dazu führte, daß andere aussichtsreiche Kandidaten es vorzogen, 1992 nicht gegen Bush anzutreten. Clinton ergriff die Gelegenheit, mobilisierte seine alten Kontakte unter den Staatsgouverneuren und stellte seine Kampagne unter ein äußerst wirksames Motto: *It's the economy, stupid*, ließ er verlauten. Die Botschaft war: Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen, Amerika hat den Golfkrieg gewonnen, großartig! Jetzt aber komme es darauf an, das Land im Innern zu sanieren, es ökonomisch wieder auf die Reihe zu bringen, es sozial zu versöhnen, seine mörderischen Großstädte zu befrieden, die Mittel-

klasse von sozialer Unsicherheit zu befreien.

Schon bald nach dem Wahltriumph merkte Clinton, daß seine praktische politische Handlungskompetenz als Präsident begrenzt war. Bereits sein erster Versuch, billig eine „fortschrittliche“ Marke zu setzen, war ein Reiffall. Der Vorstoß, bekennenden Homosexuellen das Recht zu geben, offiziell in den Streitkräften dienen zu dürfen, scheiterte auf für ihn demütigende Art und Weise. Die „Mittelklasse“ sah ihn wieder als unseriösen Radikalen, in diesem Fall als Schwulenfreund. Andere Fauxpas folgten. Die Quittung kam mit den Kongreßwahlen 1994: Die Republikaner gewannen erdrutschartig (wenn auch nur mit einer Wahlbeteiligung von 35%). Clinton stand nun einer überwältigenden Mehrheit von ausgesprochen aggressiven Republikanern im Kongreß gegenüber, die flugs daran gingen, seine rhetorische Ankündigung, „das Wohlfahrtssystem, wie wir es kennen,“ abschaffen zu wollen, beim Wort zu nehmen und ihn damit unter Druck zu setzen.

Er selbst hatte nämlich durchaus nicht vor, dies wirklich zu tun, er hatte nur seinerzeit die Parole benutzt, weil seine Meinungsforscher ihm sagten, daß sie populär sei, und zweitens, weil er damit den Republikaner den republikanischen Wind aus den Segeln nehmen konnte. Nun mußte er sich stellen, denn die Republikaner im Kongreß legten einen Entwurf nach dem anderen vor, deren Inhalte alle auf dasselbe hinausliefen: Beendigung des Wohlfahrtsstaats, Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten des ärmsten Zehntels der Bevölkerung.

Die Rolle der politischen PR-Berater

Clintons politische Uhr schien abzulaufen. Der Mehrheitsführer der Republikaner im Kongreß, Gingrich, sprach unwidersprochen davon, daß bei den Wahlen 1996 wieder ein Republikaner oben auf dem Siegereppchen stehen würde. Jetzt tat Clinton einen entscheidenden Schritt: Wie schon 1978 wandte er sich wieder an seinen alten Berater Dick Morris. Der war zwar inzwischen fast ausschließlich als Berater und *pollster* für Republikaner tätig, u.a. für den Neandertal-Konservativen Jesse Helms, aber er willigte ein, Bill Clinton ein zweites Mal zu helfen und begann mit der Arbeit.

Clintons Strategie: Die Demokraten wollten nicht mehr als Patronagepartei für die Armen (Schwarzen, Minderheiten etc.) gelten, sondern jetzt als bewußte Interessenpartei der „Mittelklasse“, der zu Familienmüttern und Vätern herangewachsenen Babyboomers.

Die Partnerschaft Morris/Clinton brachte entscheidende Veränderungen im Verhältnis von politischen Amtsträgern und Beratern. Die Mitarbeit von public relations Beratern in der Politik ist an sich nichts Neues. In der Regel will der Klient von ihnen erfahren, was die Öffentlichkeit über dieses Produkt oder über jene politische Maßnahme denken bzw. mit welchen Argumenten am besten eine positive Einstellung befördert werden kann. *Spin* heißt das in der amerikanischen Umgangssprache.

Morris jedoch arbeitete anders. Mit Hilfe professioneller Meinungsforschungsunternehmen führte er repräsentative telefonische Blitzumfragen durch, mit denen er innerhalb weniger Stunden die öffentliche Meinung der ganzen Nation zu ganz spezifischen Fragen repräsentativ erfahren konnte. Morris behauptete, auf diese Weise herausgefunden zu haben, daß Clinton die Präsidentenwahl 1996 verlieren vorhatte und wofür ihm die meisten seiner politischen Freunde dringend rieten – gegen die oben erwähnte Gesetzesvorlage der Republikaner zur Eliminierung des Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe für alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern sein Veto einlegen würde. Clinton tat es folglich nicht, und wenige Wochen später gewann er deutlich gegen seinen republikanischen Konkurrenten Bob Dole.

Den Erfolg schrieb sich Morris zu. Zu beweisen ist es nicht, aber zu

konstatieren bleiben zwei Dinge: Erstens, daß hier zum ersten Mal der Berater nicht nur über den Verkauf einer Politik, sondern effektiv über *den Inhalt* der Politik selbst bestimmt hat. Zweitens, daß diese Methode, mithilfe von national repräsentativen Blitzumfragen Politik zu machen bzw. seine Wiederwahl zu sichern, so kostspielig war, daß nicht nur Clintons Mitarbeiter, sondern am Ende zunehmend auch der Präsident selbst den größten Teil seiner täglichen Arbeitszeit damit verbrachte, das Geld für Morris' Umfragen zu organisieren. Morris berichtet in seinem jüngst herausgekommenen Buch⁸ darüber, wie der Präsident gegenüber seinen politischen Mitarbeitern auf diese Anforderungen reagierte:

„Clinton beklagte sich bitterlich darüber, daß er ständig dieses viele Geld organisieren mußte: ‚Ich kann nicht denken. Ich kann nicht handeln. Ich mache überhaupt nichts mehr außer auf *fund raisers* zu gehen und Hände zu schütteln! Ihr wollt von mir Präsidentenerlasse (*executive orders*) über dieses und jenes – ich kann mich aber auf nichts anderes mehr konzentrieren als auf den nächsten *fundraiser*. So geht es Hillary, und so geht es Al – wir werden alle krank und verrückt davon!“⁹

Es liegt einige Ironie in diesem Resultat: der idealistisch gestartete junge Mann, der sein Engagement für sozialen Fortschritt stets mit praktischer politischer Handlungsfähigkeit verbinden wollte, verbringt

am erfolgreichen Ende seines Marsches durch die Institutionen einen sehr großen Teil seiner Arbeitszeit auf dem Gipfel der Macht mit Geld sammeln. Dieses ganze Geld sammelt er nicht für sich selbst, sondern allein für die Ehre, weiterhin an erster Stelle im Staat als „Linker“ die strategischen Ziele seiner erklärten politischen Feinde auf der Rechten legitimieren zu dürfen. Eine typische „Achtundsechziger“-Karriere? spw

- ¹ Werner Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, Tübingen 1906.
- ² Martin Walker, The President We Deserve. Bill Clinton: His Rise, Falls, and Comebacks, New York 1996.
- ³ Walker, a.a.O., S. 1.
- ⁴ Zu dieser Gruppe gehören neben seiner Frau Hillary Rodham solche engen Mitarbeiter wie Strobe Talbott, heute Chefverkäufer der NATO-Osterweiterung, Harold Ickes, der inzwischen allerdings demoralisiert abgetretene Robert Reich, Ira Magaziner, Anthony Lane, Richard Stearns, Bruce Lindsey u.v.m.
- ⁵ Inzwischen war das Losverfahren eingeführt worden, und Clinton hatte das Glück, eine hohe Nummer zu ziehen, woraufhin seine Einberufung so gut wie ausgeschlossen wurde. Siehe dazu David Maraniss, First in His Class. The Biography of Bill Clinton, New York 1995, S. 198.
- ⁶ Maraniss, S. 199
- ⁷ Siehe z. B.: Peter Edelmann, The Worst Thing Bill Clinton Has Done, in: The Atlantic Monthly, March 1997, S. 43 – 58.
- ⁸ Dick Morris, Behind the Oval Office. Winning the Presidency in the Nineties, New York 1997.
- ⁹ Garry Wills, The Real Scandal, in: The New York Review of Books, Feb. 20, 1997, S. 6.

Zum ersten Mal bestimmte der Berater nicht nur über den Verkauf einer Politik, sondern effektiv über den Inhalt der Politik selbst. Und Clinton verbringt einen sehr großen Teil seiner Arbeitszeit auf dem Gipfel der Macht mit Geldsammeln.

express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

- ★ NACHRICHTEN VOM 'WAREN-LEBEN IM VALSCHEN' IM BETRIEBSSPIEGEL
- ★ INDUSTRIAL RELATIONS IN THEORIE UND PRAXIS
- ★ DEBATTEN ZUR POLITIK DER ÖKONOMIE UND DAS 10. MAI. IM JAHR



- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse, bar oder Briefmarken)
- Ich möchte den *express* abonnieren und bitte um weitere Informationen.

Name _____

Straße _____

Ort _____

AFP

PF 10 20 62, 63020 Offenbach

Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

Besprechung zu: Hans-Jürgen Burchardt: *Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos*, Stuttgart: Schmetterling Verlag, 1996, 266 S.; und: Anna Vollmann/Werner Zahn: *Kuba. Vom „Modell“ zurück zum „Hinterhof“?*, Heilbronn: Distel Verlag, 1996, 146 S., 22,- DM.

In Bolivien sind termingerecht zu seinem 30. Todestag die Überreste Che Guevaras ausgegraben und nach Kuba überführt worden. Dort sind sie am 17. Oktober in einem Mausoleum mit militärischen Ehren und im Beisein von zehntausenden KubanerInnen bestattet worden.

Während die deutsche Linke dem 30. Todestag Che Guevaras auf Kongressen gedachte² und knapp 500 Deutsche zu dem Weltjugendfestival nach Kuba pilgerten, machen geschäftstüchtige Kapitalisten sich den Che-Kult auf ihre Art zu eigen: eine englische Brauerei benannte werbewirksam ein Bier nach Che, sein Bild zierte eine Uhr der schweizer Firma Swatch und einen Ski einer österreichischen Firma. Der Kölner Stadt-Anzeiger trieb es auf die Spitze und montierte das bekannte Che-Portrait auf eine Cola-Dose („Che Cola“).

In allen Zeitungen erschienen ausführliche Artikel³, zahlreiche Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt befassen sich mit Che, auch die Musikindustrie versucht von dem allgemeinen Gedenken zu profitieren und hat spezielle CDs herausgebracht⁴. Demgegenüber habe ich mir zwei Bücher gegriffen, die bereits 1996 erschienen sind, und die sich v.a. den wirtschaftlichen Veränderungen auf Kuba widmen: Hans-Jürgen Burchardt „Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos“ und Anna Vollmann/Werner Zahn „Kuba. Vom ‚Modell‘ zurück zum ‚Hinterhof‘?“

Kuba unter Druck

Nach der Auflösung des RGW und dem Verlust eines Großteils der Handelsbeziehungen seit 1989 befindet sich Kuba bekanntermaßen in einer schweren ökonomischen Krise. Der Verlust von sämtlichen Kreditgebern sowie von rund zwei Dritteln der Absatzmärkte zwang Kuba zum zweiten Mal seit 1959, praktisch seinen gesamten Außenhandel neu zu orientieren und setzte die Ökonomie unter extremen Anpassungsdruck. Die ‚Achillesferse‘ der kubanischen Wirtschaft ist die Energieversorgung, da Kuba hier fast vollständig

von Importen abhängig ist. Die Halbierung der Erdölimporte von 13 Mio. Tonnen 1989 auf 5,7 Mio. Tonnen 1993 brachte Kuba an den Rand eines totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Trotz der nach 1989 völlig veränderten Rahmenbedingungen haben die USA ihren Konfrontationskurs gegen Kuba forciert: Seit 1992 ist das „Cuban-Democracy-Act“ („Torricelli Gesetz“) in Kraft; 1995 ist mit dem „Cuban Democracy and Solidary Act“ („Helms-Burton-Gesetz“) die nächste Zuspitzung der Blockade erfolgt.⁵ Hierbei zeigen sich die USA von allen internationalen Protesten völlig unbeeindruckt.⁶ „Die USA lassen offenbar nicht locker, bis Castro gestürzt ist. Er ist das Symbol eines antiimperialistischen Selbstbehauptungswillens, den es zu brechen gilt.“ (V/Z, 7/8)

Für Kuba geht es also ums Ganze, um die „Rettung von Vaterland, Revolution und sozialen Errungenschaften“⁷. „Let me be clear, whether Castro leaves Cuba in a vertical or horizontal position is up to him and the Cuban people. But he must and will leave Cuba.“ (Jesse Helms, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses)⁸

Soziale Erfolge, Vor und Zurück in der Wirtschaftspolitik

Beiden Büchern ist gemeinsam, daß ihre AutorInnen solidarisch an der Seite Kubas stehen. Vollmann/Zahn beanspruchen für sich, zeigen zu wollen, „warum Kuba sich die unversöhnliche Feindschaft der meisten westlichen Staaten – allen voran der USA – zugezogen hat“; sie wollten „keine Lobeshymne auf Fidel Castro anstimmen, sondern würdigen, was er und seine Mannschaft auf Kuba angestrebt und was sie erreicht haben.“ (V/Z, 7) Burchardt nimmt für sich in Anspruch, einen „problembewußten Internationalismus“ zu verfolgen, und grenzt sich ausdrücklich „von der sogenannten kritischen Solidarität“ ab, die „kritisch gerne besonders groß schreibt und darüber oft die Solidarität verißt.“ (B, 62)

So werden in beiden Büchern die vorbildlichen Maßnahmen der kubanischen Revolution in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Aufhebung des Stadt-Land-Gefälles, Soziales, Aufhebung der Rassendiskriminierung und Gleichstellung von Frauen und Männern hervorgehoben. Sie seien das Resultat einer Politik, die

„mit dem Kapitalismus den Sozialismus zu retten“¹

von Hans Günter Bell*

auf die Egalität aller KubanerInnen abziele, Castro habe die Hilfe der UdSSR „nicht wie ‚normale‘ Drittwelt-Herrscher dazu (benutzt), selbst samt seiner Machtelite im Luxus zu schwelgen und Polizei und Armee zu entwickeln, um aufmuckende Massen niederzuhalten, sondern er gebrauchte die gewährte Unterstützung und die Einkünfte aus dem RGW-Austausch dazu, Kuba tatsächlich ein Stück weit zu entwickeln.“ (V/Z, 47/48)

Beide Bücher vermitteln eine kompetente Übersicht über die Wirtschaftsgeschichte Kubas, die sie – weitestgehend – übereinstimmend in vier Etappen einteilen:

1959 – 1969: Konsolidierung der Revolution und authentische Entwicklungsversuche;

1970 – 1985: Eintritt in den RGW und Übernahme des sowjetischen Modells der Wirtschaftslenkung und -planung mit materiellen Anreizen (Sistema de Dirección y Planificación de la Economía);

1986 – 1990: Rückbesinnung auf die von Che Guevara in den frühen 60er Jahren entwickelten Prinzipien, die auf die Wirkungskraft moralischer Anreize setzten, um die Arbeitsproduktivität zu steigern (Rectificación de errores);

seit 1991: „Sonderperiode in Friedenszeiten“ (Periodo especial en el tiempo de paz).

Bei dieser Übersicht wird auch das Vor und Zurück der kubanischen Wirtschaftspolitik deutlich, das ständige Schwanken zwischen materiellen und moralischen Anreizen; exemplarisch an den „freien Bauernmärk-

In beiden Büchern werden die vorbildlichen Maßnahmen der kubanischen Revolution in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Aufhebung des Stadt-Land-Gefälles, Soziales, Aufhebung der Rassendiskriminierung und Gleichstellung von Frauen und Männern hervorgehoben.

* Bell, Hans Günter, geb. 1965, wohnt in Köln, stellv. Vorsitzender der Jusos Mittelrhein, Dipl. Ing. für Städtebau und Regionalplanung, Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg



ten" abzulesen. Diese Märkte sind eingerichtet, verboten und – zuletzt 1994 – erneut zugelassen worden.

Die „Sonderperiode in Friedenszeiten“

Mit der Ausrufung der „Sonderperiode in Friedenszeiten“ bekundet die KP Kubas ihren Willen, dem Wegfall der östlichen Handelsbeziehungen durch eine *Öffnung zum Weltmarkt* entgegenzutreten. Importe mußten jetzt mit harten Dollars bezahlt werden. Daher wurde der *Devisenbeschaffung* auf der Insel Priorität eingeräumt; denn eine Voraussetzung zum Überleben des Inselsozialismus war die kurzfristige Stabilisierung einer Mindestkaufkraft am Weltmarkt.

Die Folge dieser Prioritätensetzung ist jedoch eine „strukturelle Heterogenisierung“ der kubanischen Volkswirtschaft: einem traditionellen (Binnen-) steht ein aufstrebender (Devisen-)Sektor gegenüber. Entstanden ist ein System mit zwei schwach verknüpfte Sektoren, in denen unterschiedliche Finanz-, Bilanzierungs-, Planungs- und Rechtssysteme bestehen.

Die „Sonderperiode“ ist u.a. durch folgende Maßnahmen gekennzeichnet:

Einrichtung landwirtschaftlicher Produktionskooperativen (UBPCs)

Das Land wird unbefristet an die Mitglieder der Kooperativen verpachtet, Produktionsmittel und Ernte gehören diesen. Über die Erlöse

befinden die Mitglieder, die Löhne hängen von der Leistung ab, der gewählte Geschäftsführer ist – innerhalb der staatlichen Vorgaben – frei in seinen Produktionsentscheidungen. Der Staat bleibt jedoch Eigentümer des Landes und besteht auf seinem Abnahmemonopol zu den von ihm festgesetzten Preisen.

„Kleinbauern als Antwort auf fehlende Maschinen und Düngemittel!“ spotten Vollmann/Zahn (V/Z, 73) und verweisen darauf, daß die Organisationsform der Kooperativen ein „Widerspruch“ sei. (V/Z, 74) Setzte man auf das Motiv des Eigennutzes, so sei in Kauf genommen, daß die Akteure die Versorgung, die sie verbessern sollen, vielmehr behindern: denn nicht mehr die ganze Ernte lande beim Staat. „Wozu dem Staat liefern, wenn am Schwarzmarkt ein Vielfaches erzielt werden könnte?“ (ebd.) – fragen sie kritisch nach.

Legalisierung des US-Dollars (1993)

Burchardt beschreibt die „Zwickmühle“, in der sich die kubanische Regierung befunden hat: Sie habe zuwenig Devisen gehabt, um ausreichend Lebensmittel und Erdöl zu importieren, habe aufgrund der angespannten Versorgungslage den privaten Konsum jedoch kaum stärker einschränken können, ohne soziale Unruhen zu provozieren. Der wirtschaftliche Kollaps habe bevorgestanden. Die einzigen Quellen, die noch hätten angezapft werden können, um den chronischen Devisenmangel zu überwinden, seien die Schwarzmarktdollars und die Stimulierung der Geldüberweisungen aus dem Ausland an auf der Insel lebende Familienangehörige gewesen. In dieser Situation habe die Regierung den US-Dollar als Zweitwährung legalisiert. Nach Ansicht Burchardts handelte es sich bei dieser Maßnahme um eine „ökonomische Notbremse“ (B, 116); nur durch das Ziehen dieser Notbremse sei die drohende Liquiditätskrise abgewendet worden. Eine Sichtweise, der auch Vollmann/Zahn grundsätzlich zustimmen und anerkennen: „Der kubanische Staat hat sich mit der Legalisierung des Dollars ... eines drängenden Problems entledigt.“ (V/Z, 77/78)

Zulassung von „joint-ventures“

Kuba ist gegen den Widerstand der USA eine erstaunlich erfolgreiche

Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft gelungen. Ein wesentlicher Grund für diesen Erfolg dürfte in den „hervorragende(n) Bedingungen“⁹ liegen, die das kubanische Joint-Venture-Gesetz den ausländischen Unternehmen einräumt. (Ihnen wird z.B. die freie Rückführung ihrer Gewinne garantiert.)

Soziale und ökonomische Widersprüche

Burchardt warnt jedoch davor, „daß Joint-Ventures vermutlich die in sie gesetzten Erwartungen nur unzureichend erfüllen werden.“ (B, 76) Als wesentlichen Grund führt er die fehlende Integration der Joint-Ventures in den Binnenmarkt an, die bewirke, daß die touristische Nachfrage über Importe befriedigt werden müsse. Da diese Importe in Devisen bezahlt werden müßten, flöbe ein Großteil der gigantisch erscheinenden Bruttogewinne wieder ab, um den Tourismus am laufen zu halten.

Ein weiteres Problem, das mit den Joint-Ventures zusammenhängt, wird in beiden Büchern kritisch angesprochen: die „Entstehung einer ‚Arbeiteraristokratie‘“ (B, 77). Die in den Joint-Ventures Beschäftigten genießen zahlreiche Privilegien. „So mancher Ingenieur muß mittlerweile mit Verbitterung feststellen, daß er als Taxifahrer sein Monatseinkommen an einem Tag verdienen könnte. Kellnerjobs in Touristenhotels sind längst eines der lukrativsten Berufsziele für Akademiker.“ – beklagt Burchardt. (B, 157) Und Vollmann/Zahn ergänzen: „Entscheidend für den Zugang zu den Mitteln der Bedürfnisbefriedigung ist damit zunehmend nicht mehr ... die Ausübung einer für den kubanischen Sozialismus nützlichen Tätigkeit, sondern die Verfügung über eine Dollar-Quelle.“ (V/Z, 39)

Und dies alles für einen bescheidenen Gewinn. Denn – darauf weist Burchardt hin – Kuba hätte 1993 durch den Tourismus gerade einmal Devisengewinne für 100 Mio. US-Dollar erwirtschaftet. „Fast genauso viel, wie die Biotechnologie im Folgejahr einbrachte.“ (B, 88/89)

In einer Zwischenbilanz dieser „Sonderperiode“ streichen beide Bücher die wichtigsten Erfolge der bisherigen Reformstrategie heraus: a) die soziale und politische Stabilität des Systems aufrechtzuerhalten, b) die graduelle Wiedereingliederung in den Weltmarkt, c) der Erhalt der sozialen Sektoren.

Mit der Ausrufung der „Sonderperiode in Friedenszeiten“ bekundet die KP Kubas ihren Willen, dem Wegfall der östlichen Handelsbeziehungen durch eine Öffnung zum Weltmarkt entgegenzutreten. Importe mußten jetzt mit harten Dollars bezahlt werden.

Darüber hinaus kommen sie jedoch auch zu der ernüchternden Einschätzung „daß ein wachsender Teil der Kubaner wegen Geldmangels sich immer unzureichender reproduzieren kann;“ (V/Z, 102) bzw. daß „es auch im Inselsozialismus Kubas vorbei zu sein (scheint) mit der sozialen Gleichheit.“ (B, 113). „Das Leben und die Wirklichkeit veranlassen uns, Dinge zu tun, die wir sonst niemals getan hätten ... Das ist kaum der Sozialismus, den wir wollen.“ (Fidel Castro)

Unterschiedliche Bewertungen

Neben diesen Übereinstimmungen bestehen jedoch auch deutliche Unterschiede zwischen beiden Büchern in einzelnen Bewertungen; z.B. hinsichtlich der Vor- und Nachteile, die die Austauschbeziehungen innerhalb des RGW für Kuba gehabt haben. Gravierend unterscheiden sich vor allem die Einschätzungen darüber, inwieweit die angespannte Wirtschaftslage Kubas durch *äußere Einflüsse* verursacht wurde und inwieweit auch *interne Fehlentscheidungen und -planungen* zur Erklärung herangezogen werden müssen.

Vollmann/Zahn erklären: „Die Kubaner müssen die Erfahrung machen, daß der Eintritt in den Weltmarkt kein Mittel zur Rettung ihres Sozialismus ist.“ (V/Z, 105) Burchardt grenzt sich ausdrücklich von dieser Position ab und hält ihr entgegen, „daß der Weltmarkt viele solcher vermeintlichen Zwänge auch in Kuba nur vermittelt, sie aber nicht originär verursacht.“ (B, 192)

Vollmann/Zahn hingegen bestreiten ausdrücklich, „daß die Kubaner ... an ihrer Lage selbst schuld seien.“ Der Fortbestand des kubanischen Sozialismus hänge nicht „von einem richtigen oder falschen Handeln der KP Kubas ab“. So viele Fehler könne diese gar nicht machen, „daß sich an deren Vermeidung eine Wendung zum Guten entschiede.“ (V/Z, 103) Ihre Kritik richtet sich weniger gegen die Maßnahmen, zu denen Kuba durch den kapitalistischen Weltmarkt gezwungen werde, sondern dagegen, daß sich einige Funktionäre „auch noch das Bewußtsein abkaufen (lassen),“ (V/Z, 103) z.B. indem sie die frühere gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung jetzt als „Paternalismus“ kritisieren. (V/Z, 82/83)

Bloße Kritik oder alternative Entwicklungsstrategien?

Vollmann/Zahn lassen es im wesentlichen bei einer im Einzelnen mehr

oder weniger gut begründeten Kritik bewenden. Ein eindeutiger Mangel dieses Buches. Marianne Schweinesbein, die Bundesvorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, wirft ihnen denn auch vor, sie hätten eine „Art Anklageschrift gegen alle Anpassungsreformen“ verfaßt, „mit denen Cuba auf die grundlegend veränderte politische Situation ... reagiert hat.“¹⁰

Gegen diesen Vorwurf haben sich die AutorInnen zur Wehr gesetzt und darauf hingewiesen, daß sie den Versuch unternommen hätten, „zu charakterisieren, welche Widersprüche die Kubaner sich mit den neuen Maßnahmen ins Land holen, und wie sie mit diesen umgehen.“¹¹ Indem sie den *Zwangscharakter* dieser Maßnahmen kenntlich machten, würden „ja gerade nicht die Kubaner für die ihnen aufgeherrschten Notprogramme verantwortlich gemacht, sondern der *Imperialismus kapitalistischer Demokratien* als Verursacher durchgängig bestimmt.“¹²

Ob es den KubanerInnen allerdings viel nützt, wenn sie jetzt wissen, daß der Imperialismus an allem Schuld ist, und sie eigentlich nichts mehr tun können als abzuwarten, daß es der Linken in den Metropolen gelingt, „dem Kapital seine Handlungsfreiheiten zu bestreiten“?¹³

Burchardt hingegen geht über die bloße Kritik hinaus und versucht zu beschreiben, „wie ein reformierter ... Sozialismus auf der Insel aussehen könnte“. (B, 11) Seines Erachtens läßt sich auf Kuba eine „*assoziativ-autozentrierte Entwicklungsstrategie*“ verwirklichen, deren zentrale Elemente folgende wären:

1. Übergang zu einer Verarbeitung und Veredelung der wesentlichen Exportgüter mit einer Vervielfältigung und Ausdehnung des Exportwarenkorbes,
2. Importsubstitutions-Industrialisierung für Konsumgüter und schließlich auch Produktionsgüter,
3. Schaffung effizienter Produktionsformen durch kapitalintensives qualitatives Wachstum (B, 200)

Abschließend entwickelt er sogar noch einen „*Fahrplan für den kubanischen Reformprozeß*“, der „schnurstracks in einen anderen Sozialismus münden (sollte), der schon heute einen Namen hat: *Marktsozialismus*.“ (B, 231) An einem scheint es Burchardt also jedenfalls nicht zu fehlen, an Selbstbewußtsein.

Bei aller Kritik an der Beschrän-

kung von Vollmann/Zahn auf die bloße Kritik und einer m.E. gebotenen Skepsis gegenüber den Patentrezepten Burchardts, die mir etwas zu zwingend geraten sind, sind beide Bücher durchaus lesenswert und verdienen es, einer genaueren Prüfung durch die interessierte Leserin bzw. den interessierten Leser unterzogen zu werden. spw

Weitere Literatur

Fürntratt-Kloep, Ernst Fidel (Hrsg.): Kuba – Ein ‚Yankee‘ berichtet, Ron Ridenour; PapyRossa-Verlag, Köln 1997, 29,80 DM

Galeano, Eduardo: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1973

Gross, Horst-Eckart/Thüsing, Klaus (Hrsg.): adelante kuba! Wege einer Revolution, Neuss 1989

Müller, Ralf/Gross, Horst-Eckart: Kuba; F. Bruckmann, München 1987

Niess, Frank: 20mal Kuba; R. Piper, München 1991

Niess, Frank: Der Koloss im Norden. Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA; Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986

Rode, Clemens/Sevilla, Rafael (Hrsg.): Kuba – die isolierte Revolution?, Bad Honnef 1993

¹ Fidel Castro; zitiert nach Vollmann/Zahn, S. 39

² z.B. wurden Ende September auf der Che Guevara Konferenz in der Berliner Humboldt-Universität 1.200 BesucherInnen gezählt

³ der FAZ ist das Ereignis sogar einen Leitartikel wert gewesen (FAZ vom 19. August 1997)

⁴ z.B.: „El Che vive!“ mit historischen Aufnahmen auf den 60er Jahren und Neueinspielungen

⁵ der republikanische Abgeordnete Dan Burton bezeichnete den Gesetzentwurf als „letzten Nagel am Sarg von Fidel Castro“

⁶ darunter mehrere Resolutionen der UNO-Generalversammlung; so stimmten im November 1995 117 Länder für eine Verurteilung der US-Politik, es gab nur drei Gegenstimmen (USA, Israel und Uzbekistan) und 38 Enthaltungen (u.a. Deutschland)

⁷ Beschluß des IV. Parteitags der Kommunistischen Partei Kubas, 1991; zitiert nach: Vollmann/Zahn, S. 66

⁸ „Damit das klar ist: ob Castro Kuba horizontal oder vertikal verläßt, bleibt ihm oder dem kubanischen Volk überlassen. Aber er muß und wird Kuba verlassen.“, Time vom 20. Februar 1995; zitiert nach: Vollmann/Zahn, S. 17

⁹ Robert Lessmann: Mit joint-ventures aus der Krise? Stand und Perspektiven ausländischer Investitionen in Kuba; zitiert nach: Vollmann/Zahn, S. 90. Vgl auch ders.: Mit Castro in den Kapitalismus?, in: spw 76, 2/94, S. 30-33.

¹⁰ Cuba libre, Nr. 2-3/96, S. 55

¹¹ Cuba libre, Nr. 4/96, S. 34

¹² ebd.

¹³ ebd.

Die Folge dieser Prioritätensetzung ist jedoch eine „strukturelle Heterogenisierung“ der kubanischen Volkswirtschaft: einem traditionellen (Binnen-) steht ein aufstrebender (Devisen-)Sektor gegenüber.

Otto Bauer (1881-1938) – Die Mühen des Dritten Wegs¹

von Michael R. Krätke*

Bauers 2. Unvollendete – die „Kritik der Politik“

Otto Bauer begriff Marxismus als politische Wissenschaft. Von Marx war zu lernen, sich im „Gewirr der politischen Ereignisse zurechtzufinden durch das stete Bemühen, sie aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, aus den Klassenkämpfen und aus den Verschiebungen in den Machtverhältnissen der Klassen zu erklären“ (VIII, 805)², die „Methode der konkreten Analyse der konkreten, sich täglich wandelnden Klassenstruktur der Gesellschaft und ihrer geistigen und politischen Ausdrucksformen“ (IX, 201f.). Bauer war ein Meister der „Kunst der marxistischen Analyse der politischen Tagessituation, ihres Begreifens aus den jeweiligen Machtverhältnissen der Klassen, der Ableitung der jeweiligen Aufgaben und der jeweiligen Schranken der proletarischen Aktion aus ihr“ (IX, 758). Dazu gehörte intellektuelle Disziplin und Distanz. Ein „marxistischer Politiker“ sollte auch die Irrtümer, Illusionen und Irrwege der Arbeiterbewegung seines Landes und seiner Zeit aus ihren jeweiligen „objektiven Daseinsbedingungen“ begreifen und erklären können, um ihnen nicht blind ausgeliefert zu sein (VIII, 931f.).

Der gängige Vorwurf, Marxisten interessierten sich nur dafür, wer oder was herrscht, aber nicht dafür, in welchen Formen Herrschaft ausgeübt wird, trifft Otto Bauer nicht. Zwischen Herrschaftsformen und ihrem sozialen Inhalt „besteht ein innerer Zusammenhang“ (II, 319). Politische Formunterschiede sind wich-

tig, auch kleine institutionelle Details und Nuancen können etwas über die „tatsächlichen Machtverhältnisse“, die wirkliche Verfassung eines Landes (VIII, 880), aussagen. Otto Bauer hat sich mit vielen Formen des modernen Staates befaßt – vom Ständestaat, über den Absolutismus bis hin zum Faschismus; sein Hauptinteresse aber galt der Analyse der „bürgerlichen Demokratie“ und ihren Spielarten in den verschiedenen kapitalistischen Ländern. In der Demokratie sah er – ganz wie die Altväter Marx und Engels – zugleich die beste mögliche politische Form für die bürgerliche Gesellschaft, die Form, in der ihre inneren Konflikte offen ausgetragen werden konnten, und die notwendige und hinreichende politische Bedingung jeder sozialistischen Gesellschaft, die einzige Form, in dem der Prozeß der Transformation, des Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft bis zum gewünschten Ziel der „klassenlosen Gesellschaft“ gebracht werden könne.

Gegen die damals gängigen Phrasen von der „Bourgeoisrepublik“ oder der „Diktatur der Bourgeoisie“ entwickelt Otto Bauer die „feinere theoretische Analyse des Marxismus“ (II, 803), spürt den inneren Widersprüchen der bürgerlichen Demokratie nach, zeigt ihre Herrschaftsmechanismen auf, verfolgt ihren Form- und Funktionswandel, entschlüsselt den fortlaufenden Kampf um die „Hegemonie“. Er führt die damals wie heute kaum bekannten politischen Analysen von Marx weiter – und zwar lange vor Gramsci und erheblich präziser als jener. Kapitalismus und Demokratie hängen notwendig zusammen. Die demokratische Staatsform ist ein „Resultat der Entwicklung des Kapitalismus“ (IV, 121); die Demokratie führt (auf lange Sicht) den Kapitalismus auf eine „technisch, sozial und kulturell ungleich höhere(n) Entwicklungsstufe“ (IV, 131). Das ist möglich, weil die Demokratie eine Staatsform ist, die die direkte, organisierte physische Gewalt in den Hintergrund des politischen Kräftespiels verbannt, formelle politische Privilegien aufhebt, mithin den „sozialen Machtfaktoren“ den überragenden Einfluß auf die politische Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen zuweist (vgl. II, 245ff., 655; IX, 378ff u.ö.). Folglich kann der soziale Inhalt der Demokratie verschieden sein. Im Kapitalismus bleibt sie geprägt vom

umfassenden Widerspruch zwischen politischer Gleichberechtigung und sozialer Klassenherrschaft (vgl. IV, 133, IX, 381 u.ö.).

Will man diesen Widerspruch analysieren, muß man sich die Mechanismen ansehen, über die ökonomische in politische Herrschaft umgesetzt wird. In Bauers Analysen dieser Herrschaftsmechanismen kommt den Massenparteien, die ihre soziale Basis in den Mittelklassen der bürgerlichen Gesellschaft haben, eine Schlüsselrolle zu (vgl. IV, 125ff; IX, 202ff., 250, 257 u.ö.). In der Demokratie ist Herrschaft nur in der Form der Hegemonie, der geistigen Führerschaft möglich: Die bürgerlichen Massenparteien geraten ideologisch, ihrer Denkweise nach „unter den Einfluß, unter die Führung der großen Bourgeoisie“, und sie können die Regierungsgewalt im Staat nur behaupten, indem sie breite Schichten der Mittelklassen und der Arbeiterklasse „mittels politischer, religiöser, nationaler Ideologien unter ihrem Einfluß halten“ (IX, 207). „Minderheitsregierung der Großbourgeoisie mittels Mehrheitsregierung der bürgerlichen Massenparteien“, das ist das „Spezifische“ der bürgerlichen Demokratie (IX, 208).

Diese Parteien entwickeln und verändern sich, ebenso wie die Herrschaftsmethoden und die Formen, in denen sich verschiedene politische Blöcke bilden und ihre Hegemonie erringen, behaupten und wieder verlieren (vgl. II, 937ff.). Die Arbeiterbewegung bringt ihre eigenen Massenparteien hervor und tritt in den Kampf um die Hegemonie, um die geistige Führung der Massen der Arbeiter und der Mittelschichten ein. Daher verändert gerade der Mechanismus der Demokratie auch den Charakter der bürgerlichen Parteien, die sich zu Massen- und Volksparteien maulern und Wählermassen verschiedener Klassen um sich scharen müssen. Dank der Heterogenität ihrer sozialen Basis sind sie genötigt, immer wieder Kompromisse auszuhandeln und den Interessen ihrer nichtbürgerlichen Anhänger Zugeständnisse zu machen (vgl. IV, 134ff.). Gelegentlich, dank großer sozialer Erschütterungen im Gefolge von Krisen und Kriegen (wie 1918ff oder auch 1945ff.), kann ein Zustand des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ auftreten, der allerdings ganz verschiedene politische Folgen

„Um der individuellen geistigen Freiheit willen bin ich Demokrat. Die Demokratie – das ist mir etwas mehr als der Parlamentarismus, mehr als eine Summe juristischer Institutionen. Sie ist mir die Staatsverfassung, die die bestmöglichen Bürgschaften der individuellen, der geistigen Freiheit gibt.“

(Otto Bauer, Parlamentsrede 1932)

* Michael R. Krätke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam.

und Ausdrucksformen haben kann, je nach der Konstellation der Klassen und Klassenallianzen, die einander vorübergehend das „Gleichgewicht“ halten. Mitunter führen diese Gleichgewichtszustände zu neuen Partei- und Blockbildungen, zu Koalitionsregierungen und zu neuen institutionellen Formen und Regierungsmethoden – wie den Formen der „funktionellen Demokratie“ (Vorläufer des späteren Korporatismus in vielen kapitalistischen Ländern) (vgl. II, 656ff., 727ff., 731f., 743ff; IX, 55ff; IV, 148ff u.ö.).

Solche Gleichgewichte sind höchst instabil. Des öfteren führen sie zur Sprengung der demokratischen Staatsform, zu neuen autoritären Regimes (Bonapartismus, Faschismus in verschiedenen Formen), die aber wiederum keine Diktaturen der Bourgeoisie sind: Aus „Deklassierten“, aus den „Abfällen“ vieler Klassen bildet sich eine neue „regierende Kaste“, Teile der alten „regierenden Kasten“ (Bürokratie und Militär) sowie Teile der vormals herrschenden Klassen (des Großbürgertums und der Großgrundbesitzer im deutschen Fall) können in den neuen „herrschenden Block“ aufgenommen werden (vgl. IV, 148ff., 153ff; IX, 67f., 319f.). Die soziale Basis dieser Diktatur kann sich verbreitern oder verengen; damit ändert sich jeweils auch ihre Struktur und Funktionsweise. Mithin gibt es mehrere Faschismen mit durchaus verschiedenem sozialen Inhalt (vgl. IX, 490).

Otto Bauer hat sich mit der italienischen, spanischen, deutschen und österreichischen Spielart des Faschismus befaßt (vgl. IV, 360ff.). Er sah die historischen Parallelen zum Bonapartismus, warnte aber vor übertriebenen Analogien, da der Faschismus „auf einer ungleich späteren, ungleich höheren Entwicklungsstufe des Kapitalismus“ entstanden ist (VII, 770). Ideologisch ist der Faschismus Erbe der romantischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und Kultur (vgl. IV, 187ff.); er floriert, wo die Ideen der bürgerlichen Revolution nicht die Kraft eines Volksvorurteils erlangt haben (IV, 191). Faschistische Massenbewegungen sind also ein Ausdruck der Schwäche der bürgerlichen Hegemonie, die keineswegs immer und überall alle Klassen und Schichten des Volkes „durch die Macht ihrer Ideen“ (IV, 136) im

Zaum zu halten vermag. Wo diese Hegemonie stabil ist, wo die Bourgeoisie ohne Privilegien, ohne Unterdrückung, nur kraft ihrer Ideen und ihrer „volkstümlich gewordenen falschen Theorie(n)“ (vgl. IV, 125f., 136) herrscht, wo sie nicht nur alle besitzenden Klassen für sich gewonnen, sondern auch die Arbeitermassen mit ihrer Herrschaft versöhnt hat (wie z.B. in England – vgl. II, 322), da ist auch die Demokratie ungefährdet.

Bauers Sozialismuskonzept

Marxisten wird für gewöhnlich vorgehalten, sich mehr für soziale Gleichheit als für individuelle Freiheit zu interessieren. Auch dies Vorurteil trifft auf Otto Bauer nicht zu. Sein Konzept des *demokratischen Sozialismus* – im Gegensatz zum bürokratischen oder reinen Staatssozialismus bzw. zum despotischen Sozialismus – läßt sich geradezu auf die sehr moderne Formel reale „Freiheit für alle“ bringen. Dazu gehört auch gutes Leben – „Wohlstand für alle“ (vgl. IX, 785, 787).

Reale Freiheit für alle braucht materielle und intellektuelle Voraussetzungen ebenso wie institutionelle Garantien: Ganz bewußt spricht Bauer stets von konkreten individuellen und kollektiven Freiheiten im Plural und nennt sie beim Namen. Die *Menschen- und Bürgerrechte*, allererst die individuelle „Gewissens- und Gesinnungsfreiheit“, dann das „Recht der freien Rede, der freien Kritik, der freien Organisation“ (IX, 624, 285f.), „Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit“ (IX, 643) bilden die eigentliche Grundlage der Demokratie. Diese Freiheiten brauchen Garantien, müssen durch besondere Institutionen – Rechtsinstitute – gesichert werden. Daher ist der Rechtsstaat, das Prinzip der „Herrschaft des Gesetzes“ die wesentliche Voraussetzung jeglicher Demokratie (IV, 194f; IX, 384, 627, 641). Zur Demokratie gehören auch Mehrheits-herrschaft auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und das Prinzip der verantwortlichen Regierung (II, 301f., V, 417 u.ö.).

Aber ihren Kern, ihren „Lebensquell“ bildet die individuelle geistige Freiheit, die kollektive Freiheit erst ermöglicht. Denn politische Freiheit besteht für Otto Bauer im Gebrauch der politischen Rechte, in der offenen und öffentlichen Auseinander-

setzung mit friedlichen, geistigen Mitteln um die „Herzen und Hirne“ der Volksmehrheit. Der Sozialismus dient dazu, die Schranken, die dem Gebrauch dieser Freiheiten im Kapitalismus gesetzt sind, aufzuheben und gerade die individuelle geistige Freiheit zu einer realen Freiheit für alle zu machen. Ganz unromantisch betont Bauer schon 1906, daß der Sozialismus keineswegs die „gute“ Gesellschaft, die endgültige „Verwirklichung des Sittengesetzes“ sei; zwar fielen die Klassengegensätze auf die Dauer weg, aber damit noch keineswegs alle Gegensätze, „nicht einmal alle Interessengegensätze in der Gesellschaft“. In der sozialistischen Demokratie können diese Interessengegensätze offen ausgetragen werden, ohne die jeweiligen Gegner im Interessenkampf unterdrücken oder sie „mittels einer verlogenen Ideologie über ihr wahres Interesse“ täuschen zu müssen (VII, 885, 887).

Sozialismus ist für Otto Bauer wirtschaftliche Demokratie, die reale „Selbstbestimmung des Volkes in seinem Arbeits- und Wirtschaftsprozeß“ (IX, 283). Um wirtschaftliche Freiheit (Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit) für alle herzustellen, müssen die vielfältigen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus, voran die Lohnabhängigkeit in allen ihren Formen, überwunden werden. Industrielle Demokratie hat Betriebsdemokratie zur Voraussetzung, reicht aber weiter als die bloße Produzentendemokratie – sie soll „wirtschaftliche Selbstverwaltung des ganzen Volkes“, aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten, davon abhängigen Personen sein (II, 129, 300).

Daher entwickelt Otto Bauer, gleichermaßen gegen syndikalistische und staatssozialistische Vorstellungen gewandt, sein Konzept der *Vergesellschaftung*: Um den großen Grund- und Immobilienbesitz, um die Produktions-, Transport- und Kommunikationsmittel einer hochentwickelten industriellen Gesellschaft aus privatem in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, um die vielerlei Mehrwerttitel aufzuheben, dazu braucht man den Staat. Aber die vergesellschafteten Industrien sollen weder dem Staat gehören noch von staatlichen Behörden verwaltet werden; sie sollen demokratisch gewählten und verantwortlichen Verwaltungsräten unterstellt werden, in denen die Produzenten

„Die Überschätzung der eigenen Kraft, die im russischen Proletariat infolge der Märzereignisse entstehen mußte, hat in der Taktik Lenins und Trozkiis ihren getreuen Ausdruck gefunden. Der Aberglaube der Jakobiner an die Allmacht der Guillotine ist in Petersburg wiedererstand als Aberglaube an die Allmacht der Maschinengewehre.“

(Otto Bauer, Brief an Karl Kautsky, 28. September 1917)

„Man kämpft in der bürgerlichen Demokratie nicht um der Menschheit große Gegenstände, sondern um Steuern und Zollsätze, um die Höhe von Arbeitslosenunterstützungen und von Krankenkassenbeiträgen; die jährliche Prüfung von Staatsvoranschlägen und Rechnungsab-schlüssen ist das große Ereignis des Alltagslebens der bürgerlichen Demokratie.“ (Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen?, 1936)

„Ein skeptischer Relativismus, ein jeder grundsätzlichen Entscheidung, jeder kühnen Tat abgeneigter Opportunismus, ein krämerhafter Utilitarismus, der, jede grundsätzliche Auseinandersetzung scheuend, das ganze öffentliche Leben in öden Handel um Steuern und Soziallasten, Zölle und Produktionsprämien auflöst, ist die Grundhaltung der bürgerlichen Demokratie.“ (ebd.)

ebenso wie die Konsumenten vertreten sind. Dazu kommen Staatsvertreter, die allgemeine volkswirtschaftliche Interessen (z.B. auch Umwelt- oder Beschäftigungs- oder Außenhandelsinteressen) wahrzunehmen haben. Von einer staatlichen Gesamt- oder Rahmenplanung ist keine Rede. Die vergesellschafteten und demokratisch selbstverwalteten Banken sollen Investitionen lenken – über Kredite, die den einzelnen selbstverwalteten Betrieben und Branchen Spielraum für eigene Entscheidungen lassen. Heute würde man das *Marktsozialismus* nennen: ein Konzept, in dem viele Formen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, von Genossenschaften über gemeinnützige oder *gemeinwirtschaftliche* Betriebe bis hin zu privaten (Familien)betrieben in der Landwirtschaft oder im Handwerk ihren Platz haben (vgl. *Der Weg zum Sozialismus*, 1919, *Die Sozialisierungsaktion*, 1919, *Bolschewismus oder Sozialdemokratie*, 1920 – in Werkausgabe Bd. II).

Es gibt kein fix und fertiges Patentrezept für den Sozialismus (vgl. VII, 315, 316 u.ö.). Die neue Produktionsweise entsteht in einem langfristigen Prozeß des Experimentierens, Ausprobierens und Lernens: die soziale Revolution wird das „Ergebnis kühner, aber auch besonnener Arbeit vieler Jahre“, vielleicht Generationen sein (II, 95, 320). Dafür ist die (politische und wirtschaftliche) Demokratie die notwendige und beste Form: Denn in diesem Prozeß geht es auch und gerade um die „Selbsterziehung der Arbeiterklasse“, die sie erst zur Selbstverwaltung und -regierung im Wirtschaftsprozeß, zur Demokratisierung der Unternehmerfunktionen befähigen wird (II, 424, 204ff., 284f., 711, III, 276 u.ö.). Daher die Bedeutung der Betriebsräte und der Genossenschaften für die werdende sozialistische Wirtschaftsorganisation. Daher die Notwendigkeit der Demokratie für den Sozialismus: Erst die (lange) Erfahrung im Gebrauch politischer Freiheiten kann aus der subalternen Arbeiterklasse eine „Klasse freiheitshungriger Persönlichkeiten“ machen, deren „Freiheitsdrang“ sie zum Sozialismus, zur wirtschaftlichen Selbstregierung führt (II, 333, 332, 742 u.ö.). Die Arbeiterklasse entwickelt sich durch die Arbeiterbewegung, die daher selbst in allen ihren Organisationen der Demokratie bedarf.

Ohne geistige Freiheit, ohne offenen Meinungskampf innerhalb der Arbeiterbewegung besteht immer wieder die Gefahr, daß der „Sozialismus der Arbeiterbewegung selbst“ dem Sozialismus der Ideologen oder Berufsrevolutionäre, denen „das Proletariat nur das Instrument der Idee“ ist, zum Opfer fällt (II, 330, IX, 102 u.ö.).

Kritik der Sowjetunion

Über zwanzig Jahre lang war Otto Bauer einer der schärfsten, zugleich auch fairsten und sachkundigsten Kritiker des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion (vgl. z.B. *Die Russische Revolution und das europäische Proletariat*, 1917, *Räte-diktatur oder Demokratie?*, 1919, *Bolschewismus oder Sozialdemokratie?*, 1920, *Der „neue Kurs“ in Sowjetrußland*, 1921 – Werkausgabe Bd. II, *Zwischen zwei Weltkriegen?*, 1936, Werkausgabe Bd. IV). Er hielt die russische Revolution für ein welthistorisches Ereignis, aber nicht für ein Verdienst der Bolschewiki, die, von der Massenbewegung der kriegsmüden Bauern und Industriearbeiter zur Macht getragen, drauflos improvisierten und, teils bedingt durch die Rückständigkeit des Landes, teils durch ihre eigenen Fehler auf die schiefe Bahn zum *despotischen* Sozialismus gerieten. Er hat die geschriebene wie die tatsächliche Verfassung der Sowjetunion klar analysiert (vgl. II, 269ff über die Sowjetverfassung von 1918, IX, 637ff über die Sowjetverfassung von 1936) und sich über die rasche Verwandlung der anfänglichen Räteherrschaft in eine Diktatur der Parteibürokratie keine Illusionen gemacht (vgl. II, 290ff., IX, 561, 803, 820ff. u.ö.). Er hat den Terror der Diktatur nicht verschwiegen und nicht entschuldigt; er sah allerdings sehr klar, daß eine solche terroristische Diktatur in einem Bauernland, das in keiner Hinsicht „reif“ für den Sozialismus war, die einzige Möglichkeit darstellte, um eine winzige Elite von Berufsrevolutionären und Gesinnungssozialisten an der Macht zu halten.

Die entscheidende Frage war, was eine solche Diktatur im sozialistischen Sinn bewirken und erreichen könne. Zu Anfang hielt Bauer die Diktatur für eine kurze Übergangsphase, die dank der durch sie ausgelösten Agrarrevolution bald wieder in eine bürgerlich-bäuerliche Demokratie auf kapitalistischer

Grundlage münden werde (vgl. VIII, 928f u.ö.); immerhin könne das Experiment der Bolschewiki zu neuen ökonomischen „Mischformen“ von mehr oder minder sozialistischem Charakter führen (II, 300f.). Durch die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik Anfang 1921 sah er sich voll bestätigt: Nun hätten die Bolschewiki selbst anerkannt, daß ihre Parteidiktatur nur eine Zwischenphase in einer bürgerlichen Revolution sein könne. Daher könne es nur noch darum gehen, die Diktatur so schnell und so unblutig wie möglich zu liquidieren (vgl. II, 429ff., 455ff.). Nach der erneuten Wende zur forcierten Industrialisierung (und Aufrüstung) in der SU Ende der zwanziger Jahre räumte Otto Bauer ein, daß die Politik der nachholenden Industrialisierung Rußlands gelingen könne. Der Aufbau einer neuen, modernen Großindustrie, die Verwandlung eines rückständigen Agrarlandes in einen Industriestaat würde enorme Opfer kosten. Aber er würde zumindest auch die materiellen Fundamente einer künftigen sozialistischen Ordnung hervorbringen (vgl. *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*, III, 894ff.).

Otto Bauer machte allerdings einen klaren Vorbehalt: Ohne Abbau der Diktatur, ohne Demokratisierung, werde es auch mit noch so viel Industrie keinen Fortschritt zum Sozialismus geben. Anders als seine Kritiker ihm schon damals vorhielten, glaubte er keineswegs an eine „Selbstaufhebung der Diktatur“: „Die Freiheit wird wohl auch in Rußland erkämpft werden müssen.“ (IX, 286) Obwohl er die demoralisierenden, korrumpierenden Folgen der Diktatur sah (vgl. z.B. III, 907ff.), setzte er darauf, daß die Industrialisierung der Sowjetunion die Sozialstruktur und die Kultur des Landes umwälzen und die Diktatur auf Dauer überflüssig machen werde (vgl. z.B. IX, 583, 783ff u.ö.). Er beschrieb genau das Dilemma, an dem gut fünfzig Jahre später das Experiment Gorbatschows scheitern sollte: Die Parteidiktatur, die als stärkster Hebel für die Entwicklung der materiellen Voraussetzungen einer sozialistischen Ökonomie wirkt, ist zugleich das größte Hindernis für die Entwicklung ihrer intellektuellen und moralischen Voraussetzungen. Jede Erneuerung kann nur von oben, aus dem Parteiapparat kommen, aber sobald sie

kommt, machen sich die Zerstörungen bemerkbar, die die terroristische Diktatur angerichtet hat – die so lange unterdrückte Gesellschaft fällt auseinander.

Revolutionärer Reformismus – Die Strategie des „dritten“ Weges

Anders als die bis heute verbreitete Legende es will, war Otto Bauer kein „Determinist“ oder „Fatalist“, der auf die naturnotwendige Ankunft des Sozialismus wartete. Allerdings war er der Ansicht, daß es auch für sozialistische Politiker einige Regelmäßigkeiten und Gesetzmäßigkeiten des sozialen Lebens gebe, die zu beachten seien. Das glauben in der Tat die meisten Sozialwissenschaftler.

Zum demokratischen Sozialismus kommt man – wenigstens in Westeuropa – nur auf demokratischem Wege! Diesen Grundsatz hat Otto Bauer mit aller Konsequenz vertreten. Dafür hat er Unerhörtes getan: Er hat eine Revolution, eine Machtergreifung durch bewaffnete Arbeiter in Wien und Umgebung verhindert, und er stand dazu. Er hat sich geweigert, dem taktischen Grundsatz des großen Napoleon zu folgen, der lautete: Erst mal siegen, dann sehen wir weiter! Er sah nämlich nur zu klar, wohin eine Machtergreifung, die im Winter 1918/19 jederzeit möglich gewesen wäre, führen würde: In eine rasche, blutige Katastrophe, in den schnellen Zusammenbruch der „Wiener Kommune“, die weder der Lebensmittel- und Kohlenblockade, noch den Truppen der Entente mehr als nur symbolischen Widerstand würde entgegensetzen können (vgl. seine Darstellung in *Die österreichische Revolution*, 1923, II, 641ff.).

Otto Bauer hatte den Mut, unpopulär zu sein. Als „Höflinge des Proletariats“ (I, 155) seien Marxisten in der Arbeiterbewegung fehl am Platze. Sie sollten sich momentanen Massenstimmungen widersetzen und Illusionen offen kritisieren. Als sozialistischer Politiker war Bauer ein Verantwortungsethiker, wie er im Buche steht. Er nahm seine Verantwortung für das Leben und Wohlergehen derjenigen, die im politisch vertrauten und folgten, bitter ernst: Man spielt nicht mit dem Leben der eigenen Anhänger und schon gar nicht mit dem Leben Dritter, die keineswegs danach verlangen, für die Sache des Sozialis-

mus geopfert zu werden. Man spielt auch nicht mit den Gefühlen, den Stimmungen und Ängsten, den Illusionen der eigenen Anhänger oder derjenigen, die man gewinnen will. Immer wieder hat er sich gegen die Politik der „gefälschten Landkarten“ (II, 244) gewandt. Man muß wissen, was man kann, aber ebenso, was man darf (II, 465). Taktische Fragen sind nach Zweckmäßigkeit zu entscheiden, aufgrund genauester Kenntnis der Besonderheiten des Landes und der Epoche, in der man sich bewegt (vgl. IX, 172, 201, 420 u.ö.). Aber es gibt normative Grundsätze, an denen nicht zu rütteln ist, wie den, dem „Proletariat Blutopfer, vermehrtes Elend“, Unterwerfung unter eine Diktatur zu ersparen (IX, 136). Und es gibt Werte, wie den der Demokratie, die bedingungslos zu verteidigen sind. Es ist kaum ein größerer Gegensatz zur politischen Moral der Leninisten aller Sorten denkbar.

In der Regel wird Otto Bauers Vorstellung vom demokratischen Weg zum demokratischen Sozialismus auf die Formel von der *defensiven Gewalt* verkürzt (vgl. III, 1023f., V, 411f.). Das war in der Tat die umstrittenste Passage im Linzer Programm der SDAP von 1926, mit dem sich zum ersten Mal eine große sozialistische Massenpartei auf das Konzept eines dritten Weges, zwischen Reformismus und Bolschewismus, festlegte. 1931 machte sich die Sozialistische Internationale dieses Konzept zu eigen. Die Formel von der defensiven Gewalt – wir werden uns mit Waffengewalt verteidigen, wenn die Demokratie selbst angegriffen wird – wurde als Drohung wahrgenommen. Die österreichische Sozialdemokratie war den Wehrverbänden der Rechten nicht wehrlos ausgeliefert; sie hatte Waffen und verfügte über eine eigene Kampforganisation, den *Republikanischen Schutzbund*. Als Bürgerkriegsdrohung war die Selbstbindung an die Defensive für den Fall des offenen Verfassungsbruchs nicht sehr zweckmäßig, da sie dem Gegner die Initiative vollständig überließ. Sie war zugeschnitten auf eine bürgerliche Demokratie, in der es an Demokraten fehlt, vor allem (wie auch in der Weimarer Republik) an bürgerlichen Demokraten (vgl. IX, 605 u.ö.), an demokratischen Volksparteien rechts von der Sozialdemokratie. Otto Bauer hat Koalitionsregierun-



gen mit konservativen, bürgerlich-demokratischen Parteien nie prinzipiell abgelehnt; bis zuletzt hat er darauf gehofft, im bürgerlich-klerikalen Lager politische Gegner zu finden, die den Wert der Demokratie ebenso hoch schätzten wie er.

Heute mag uns die Formel von der defensiven Gewalt überholt erscheinen, nachdem sich das Bürgertum (selbst in Deutschland) im großen und ganzen zur Demokratie bekehrt hat. Ein Widerstandsrecht gegen Verfassungsbruch kennen heute die meisten gut demokratischen Verfassungen. Dennoch beschreibt die alte Formel des Linzer Programms bis heute recht genau den Kern jedes „Bekenntnisses zur Demokratie“, das mehr ist als Lip-pengymnastik: Wir werden die Spielregeln respektieren und die Resultate des politischen Kräftespiels in der Demokratie akzeptieren, auch die, die uns nicht passen – solange die anderen bereit sind, dasselbe zu tun. Wir werden also akzeptieren, daß eine Demokratie

„Unsicherheit“ einschließt. Wir können im politischen Meinungskampf unterliegen, wir können abgewählt werden, wir haben und wir verlangen keine Garantie dafür, daß das „Gute“ bzw. der „Sozialismus“ siegt.

Seit 1923 hat Otto Bauer die politische Strategie der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Demokratie als „Stellungskrieg“ beschrieben (vgl. II, 766, VI, 143, VII, 382ff u.ö.). Als einer der ersten stellt er sich der Tatsache, daß die Zahl der Industriearbeiter (in Österreich und anderswo) relativ abnahm: Man kann nicht länger damit rechnen, daß sie „automatisch“ zur Mehrheit der Bevölkerung in den Industrieländern werden; auf absehbare Zeit bleiben sie eine, wenn auch große Minderheit (vgl. V, 402f.). Daher wird der Stellungskrieg unweigerlich im Kampf um die Mittelschichten entschieden; es siegt, wer die Masse der Bauern, der Kleinbürger, der Intelligenz, der Angestellten und Beamten unter seine Hegemonie zu bringen versteht (vgl. V, 405ff.). Wie die Mehrheit der Köpfe zu gewinnen und die Hegemonie der Arbeiterklasse in Mittel- und Westeuropa – wo Kleinbürger und Bauer nicht bewußtlose, politisch indifferente Massen, sondern „politisch sehr aktive Klassen“ sind (II, 957) – zu erreichen ist, das hat Otto Bauer des öfteren auseinandergesetzt (z.B. in *Der Kampf um die Macht*, 1924, II, 937ff.). Was die im stark agrarisch geprägten Österreich besonders wichtigen Bauern betraf, hat er ein detailliertes Konzept entwickelt, das in das *Sozialdemokratische Agrarprogramm* von 1925 (vgl. II, 1001ff.) eingegangen ist. Vom Sozialismus wird darin durchaus nicht geschwiegen. Aber in erster Linie ist von den ganz alltäglichen, ganz gegenwärtigen Interessen der Kleinbauern die Rede und von Maßnahmen, die dazu dienen, sie gegen die Ausbeutung durch Großgrundbesitz, Handels- und Bankkapital zu schützen und die vorhandenen Institutionen zur gegenseitigen Hilfe in der Landwirtschaft zu stärken.

Eine Massenpartei der Arbeiterklasse wie die Sozialdemokratie hat selbstverständlich immer und überall für Reformen einzutreten, die – wie Arbeiterschutz oder Mieterschutz – die Lebenslage der Masse der Arbeiterbevölkerung verbessern (vgl. V, 223). Sie geht über den bloßen Reformismus hinaus, sobald sie Machtpositionen, die sie im Staat

erringt, nicht nur einfach besetzt, sondern sogleich als „Keimzellen neuer sozialistischer Ordnung“ (IX, 272), d.h. aber für sozialistische Experimente nutzt. Das wichtigste Experimentierfeld für die österreichischen Sozialisten waren die Roten Gemeinden, voran das Rote Wien, aber auch gemeinwirtschaftliche Betriebe und Genossenschaften. Stets ging es darum, Beispiele zu geben, durch die Tat zu beweisen, daß sozialistische Methoden überhaupt und deutlich besser funktionierten, die Beteiligten besser leben und besser arbeiten ließen. Ein solches Beispiel gab Wien mit einer einmaligen Kombination von kommunaler Sozial-, Gesundheits- und Schulpolitik, mit Mieterschutz, sozialem Wohnungsbau und sozialistischer Steuerpolitik. Otto Bauer sah die Mängel dieses Experiments sehr klar (vgl. z.B. III, 602f.), hielt es aber für unverzichtbar als Mittel zur Veränderung des Bewußtseins unter den Arbeitern selbst und um durch die werbende Kraft des Beispiels zur Hegemonie der Sozialdemokratie über die Volksmehrheit zu gelangen. Die soziale Revolution kann nur „das Werk aufbauender, organisierender Arbeit“ sein (II, 95); daher Bauers Lob der „revolutionären Kleinarbeit“ (vgl. III, 581ff.).

Otto Bauer – unser Zeitgenosse

Als sozialistischer Politiker ist Otto Bauer erstaunlich aktuell. Er hat sich als einer der ersten dem Problem der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit stellen müssen. Von 1919 bis 1934 sank die Arbeitslosigkeit in Österreich nie unter 10%, sie stieg seit 1924 wieder an und erreichte in der Weltwirtschaftskrise über 21%, mehr als 27% in den Industriegebieten des Landes. Bauer sah die demoralisierenden Folgen der Langzeit-Arbeitslosigkeit, die vor allem die Freien Gewerkschaften schwächten – deren Mitgliederzahl von 1923 bis 1932 von c. 900000 auf 520000 sank. Daher hat Otto Bauer Beschäftigungspolitik in großem Stil propagiert – lange vor Keynes. Er wollte öffentliche (Bau-)investitionen in großem Stil kombinieren mit allgemeiner Arbeitszeitverkürzung – natürlich bei vollem Lohnausgleich (siehe z.B. *Arbeit für 200.000*, 1933, III, 941ff.).

Otto Bauer ist einer der ersten marxistischen Ökonomen, der das alte Problem der sozialen Kosten der kapitalistischen Entwicklung

wiederentdeckt und am Beispiel der Rationalisierung bzw. Fehlrationalisierung zum ersten Mal differenziert behandelt hat. Eine noch heute lesenswerte Pionierarbeit, die Bauers Überzeugung entsprang, alle Sozialisten hätten die Widerstands- und Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus nach dem I. Weltkrieg stark unterschätzt, die neuen Formen der kapitalistischen Produktionsweise seien sorgfältig zu studieren. Er hat so eine der ersten gründlichen Studien dessen geliefert, was man heute „Fordismus“ nennt (vgl. *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*, 1931, III, 719ff.). Bauer hatte bereits ein klare Vorstellung von den ökologischen Problemen des Kapitalismus, als es eine ökologische Bewegung oder ein Umweltbewußtsein weder in Österreich noch anderswo in Europa gab. Wie er in seinen agrarpolitischen Schriften darstellt, führt die kapitalistische Agrikultur zur Umweltzerstörung (vgl. z.B. *Der Kampf um Wald und Weide*, 1925, III, 31ff und *Sozialdemokratische Agrarpolitik*, 1926, III, 283ff.), sie ist mit rationaler, naturbewahrender Land- und Forstwirtschaft unvereinbar, muß daher nicht nur im Interesse der Landbevölkerung, sondern im Interesse aller überwunden werden.

Die österreichische Sozialdemokratie hat auf Bauers Initiative als erste mit den heute vieldiskutierten *Sozialklauseln* im Außenhandel gearbeitet. Diese Sozialklauseln im Zollgesetz waren gegen Exporteure gerichtet, die (wie vor allem in Deutschland damals üblich) den gesetzlichen Achtstundentag nachweislich unterliefen (vgl. VII, 343ff.). Gleichzeitig plädierte er für größere, grenzüberschreitende gemeinsame Märkte (z.B. Arbeitsmärkte) in Europa und schlug als erster eine zwischenstaatliche Harmonisierung der Sozial(versicherungs)systeme vor (vgl. z.B. V, 983).

Sein letzter Artikel erschien einen Tag nach seinem Tode am 5. Juli 1938. Es war ein leidenschaftlicher Appell an die Regierungen der westlichen Demokratien, ihre moralische und völkerrechtliche Pflicht zu tun, und den Juden Deutschlands und Österreichs, denen unter der Nazi-herrschaft immer mehr elementare Bürgerrechte genommen wurden, die Auswanderung zu ermöglichen (*Ich appelliere an das Gewissen der Welt*, VII, 781-784).

spw

„Es ist noch lange nicht Sozialismus, wo Arbeiter das Maul halten müssen, damit es ihnen gut gehe.“
(Otto Bauer, Nach zwanzig Jahren, 1937)

- ¹ Es handelt sich um den zweiten Teil dieses Artikels. Die erste Hälfte haben wir in der letzten Ausgabe der spw, Nr. 97, veröffentlicht.
- ² Im folgenden wird die Otto Bauer Werkausgabe, erschienen im Europa Verlag, Wien 1976 – 1980, so zitiert: römisch Bandnummer, arabisch – Seitenzahl.

Literatur

Otto Bauer. Werkausgabe, Hg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, 9 Bde, Wien 1975-1980 (Zitierweise: Bandzahl römisch, Seitenzahl arabisch)

Wolfgang Abendroth, Otto Bauer, in: Internationales Soziologen Lexikon, hrsg. von Wilhem Bernsdorf, Stuttgart 1959, S. 24-26

Detlev Albers, Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur Politischen Theorie des Marxismus, Berlin 1983

Detlev Albers u.a. (Hg.), Otto Bauer und der „dritte“ Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/M 1979

Detlev Albers u.a. (Hg.), Otto Bauer – Theorie und Politik, Berlin 1985

Tom Bottomore, Introduction, in: ders./Patrick Goode (eds), Austro-Marxism, Oxford 1978, S. 1-44

Yvon Bourdet, Les conditions d'étude de l'austromarxisme, in: Le mouvement social, Jg. 50, 1965, S. 111-120

Yvon Bourdet, Otto Bauer et la révolution, Paris 1968

Julius Braunthal, Otto Bauer. Ein Lebensbild, in: Otto Bauer. Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk, Wien 1961, S. 9-101

Wilhelm Ellenbogen, Otto Bauer – Wille und Intellekt, in: Zukunft, 7/1978, S. 35-38

Ernst Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus, Wien 1981

Volker Gransow/Michael Krätke, Thesen zur politischen Theorie des Austromarxismus, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hg.), Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Berlin 1979, S. 103-122

Richard Kende, Norbert Leser und der Austromarxismus, in: Zukunft 1/1978, S. 39-43

Richard Kende, Die Tragik Otto Bauers, in: Zukunft, 8/1978, S. 32-36

Richard Kende, Otto Bauer: Person und Politik (1881-1938), in: Leviathan, 17. Jg. (1989), S. 409-431

Peter Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979

Otto Leichter, Otto Bauer. Tragödie oder Triumph?, Wien 1970

Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968

Norbert Leser, Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg., 1968, S. 471-501

Raimund Löw, Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980

Raimund Löw u.a., Austromarxismus. Eine Autopsie, Frankfurt 1986

Giacomo Marramao, Austromarxismo e socialismo di sinistra fra le due guerre, Milano 1977

Peretz Merchav, Otto Bauer und Max Adler, in: Die Neue Gesellschaft, 12/1977, S. 1035-1041

Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M 1972 (Kommentar S. „Austromarxismus“, S. 370-383)

Ernst Panzenboeck, Ein deutscher Traum: die Anschlußidee und Anschlußpolitik bei Karl Renner und Otto Bauer, Wien 1985

Anton Rabinbach, The Crisis of Austrian Socialism, Chicago 1983

Richard Saage, Otto Bauer (1881-1938), in: W. Euchner (Hg.), Klassiker des Sozialismus, Bd. 2, München 1991, S. 166-180

Hans-Jörg Sandkühler/Rafael de la Vega, Einleitung, in: dies. (Hg.), Austromarxismus, Frankfurt/M 1970, S. 7-47

Ladislav Singer, Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart 1979

Herbert Steiner, Am Beispiel Otto Bauers – die Oktoberrevolution und der Austromarxismus, in: Weg und Ziel, Sondernummer Juli 1967, S. 3-21

Gerd Storm, Franz Walter, Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen „Dritten Weg“ zum Sozialismus?, Berlin 1984



Johannes Klotz/
Ulrich Schneider (Hg.)
**Die selbstbewußte
Nation und ihr
Geschichtsbild**
222 Seiten; DM 29,80
ISBN 3-89438-137-X

Geschichtslegenden
der Neuen Rechten

**Wehrmachts-
verbrechen**
Vorwort von
Lew Besymenski
Einleitung von
Gert Meyer
320 Seiten; DM 36,-
ISBN 3-89438-138-8

Dokumente aus
sowjetischen Archiven



Dokumente
aus sowjetischen
Archiven

Vorwort von
Lew Besymenski
Einleitung von
Gert Meyer



Hermannus Pfeiffer
**Der Kapitalismus
frißt seine Kinder**
218 Seiten; DM 28,-
ISBN 3-89438-139-6

Über den Standort
Deutschland, seine
Gegner und seine glorreiche
Zukunft.

Frank Deppe
Fin de Siècle
Am Übergang zum 21. Jhd.
200 Seiten; DM 28,-
ISBN 3-89438-121-3

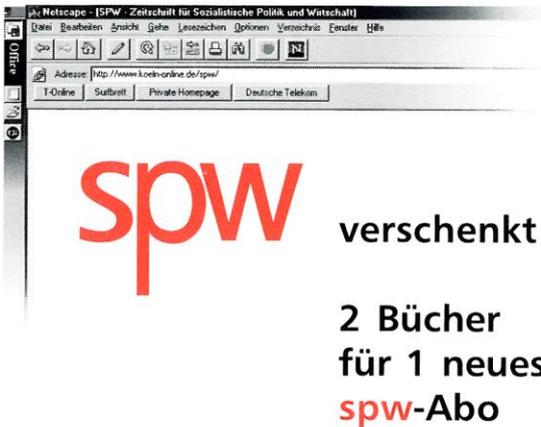
"Die krisengeschüttelte
Gegenwart... analysiert
Deppe in drei brilliant
geschriebenen Kapiteln"
(ND)



PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 85 45, Fax 0221/ 44 43 05

MULTI MEDIA MULTI MEDIA MULTI MEDIA MULTI MEDIA MULTI MEDIA



spw verschenkt
2 Bücher
für 1 neues
spw-Abo

Bitte zwei Kennziffern auf der **spw**-Abokarte für **spw**-Buchprämien angeben.



1
Jürgen Ritsert
Gerechtigkeit und Gleichheit
Einstiege, Band 1,
189 S.,
Ladenpreis DM 29,80



4
Jane Knowles
Facetten der Liebe
Eine Reise durch die Welt der Gefühle,
182 S.,
Ladenpreis DM 26,-



2
Eun-Jeung Lee
Konfuzianismus und Kapitalismus
Aktuelle Kontroversen,
Einsprüche Band 6,
159 S.,
Ladenpreis DM 24,80



5
Hermannus Pfeiffer
Der Kapitalismus frißt seine Kinder
Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft,
218 S.,
Ladenpreis DM 28,-



3
Reinhard Köbler
Entwicklung
Einstiege, Band 3,
190 S.,
Ladenpreis DM 29,80



6
Hrsg.: Johannes Klotz und Ulrich Schneider
Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild
Faschismus, Holocaust, Wehrmacht,
182 S.,
Ladenpreis DM 28,-